

**Die räumliche Abgrenzung der Stadt
nach bisherigen Methoden
und aus einer funktionellen Gesamtbetrachtung
der Stadt auf sozialökonomischer Grundlage**

INAUGURALDISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften
der
Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Wolfram E. Mantke
aus Beuthen O/S

1965

**Die räumliche Abgrenzung der Stadt
nach bisherigen Methoden
und aus einer funktionellen Gesamtbetrachtung
der Stadt auf sozialökonomischer Grundlage**

INAUGURALDISSERTATION

zur Erlangung der Würde eines Doktors
der Wirtschaftswissenschaften
der

Hohen Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät
der Albert-Ludwigs-Universität
Freiburg im Breisgau

vorgelegt von
Wolfram E. Mantke
aus Beuthen O/S

1965

Dekan : Prof. Dr. Erich Streißler
Referent : Prof. D. Dr. h. c. Dr. Constantin v. Dietze
Korreferent : Prof. Dr. J. Heinz Müller

Tage der mündlichen Prüfung: 21. und 22. Dezember 1965

Durch die Erteilung der Druckgenehmigung nimmt die Fakultät
keine Stellung zu den in der Arbeit vertretenen Auffassungen.

DISPOSITION

- A. Einführung in die Problemstellung und die Zielsetzungen der Untersuchung S. 1 - 11
 - I. Allgemeine Fragestellung und Problemstellung, die Ansatzpunkte der Untersuchung
 - II. Aufgaben für die räumliche Abgrenzung der Stadt aus der Praxis
 - 1. Die Abgrenzung eines Stadtgebietes für die Verwaltung
 - 2. Die Abgrenzung eines Stadtgebietes für die Statistik
- B. Der Stadtbegriff als Grundlage für eine räumliche Abgrenzung der Stadt S. 11 - 25
 - I. Der Stadtbegriff im öffentlichen Recht
 - II. Der Stadtbegriff in der Statistik
 - III. Der Stadtbegriff in der Geographie
 - IV. Der Stadtbegriff in der Nationalökonomie
 - V. Das Fazit über den Stadtbegriff
- C. Darstellung, Kritik und Ergebnisse der wesentlichen bisherigen Methoden der räumlichen Abgrenzung der Stadt S. 25 - 59
 - I. Die Stadt als Siedlung von geschlossener Ortsform
 - II. Die Stadt als Verdichtung von Menschen
 - III. Die Stadt als Bevölkerungsanhäufung
 - IV. Die Stadt als Verkehrsraum
 - V. Die Stadt als Gesamtheit von Menschen gleichartiger Lebensweise
 - VI. Die Stadt als nicht-landwirtschaftlich genutzter Raum
 - VII. Die Stadt als "kulturproduzente Arbeitsgemeinschaft"
 - VIII. Metropolitan District, Standard Metropolitan Area und Urbanized Area
 - IX. Die Stadt als wirtschaftliche Einheit nach der subjektiven Ansicht Orts- und Sachkundiger
 - X. Die Stadt als nicht-landwirtschaftliche Bevölkerungseinheit mit unmittelbarer gemeinsamer Existenzgrundlage bezüglich der Arbeitsstätten im Kerngebiet
 - XI. Die Stadt als komplexes Phänomen

XIII. Die Conurbation

XIII. Das Gesamtergebnis der bisherigen Stadtabgrenzungen

D. Die räumliche Abgrenzung der Stadt aus einer funktionellen Gesamtbetrachtung auf sozialökonomischer Grundlage S. 60-100

I. Ein globaler und formalistischer Stadtbegriff als Ausgangspunkt für die räumliche Abgrenzung

II. Ein funktionelles System der Stadt als Interpretation des Begriffsinhalts und als Auffassung über die Stadt

1. Begriff der Funktionen und Tätigkeiten
2. Die Qualität (Arten) der Funktionen
3. Die quantitative Messung der Funktionsarten
4. Die funktionelle Differenzierung des Stadtgebietes in Stadtviertel
5. Der räumliche Wirkungsbereich: örtliche und über-örtliche Funktionen
6. Die Stadttypen: die Klassifikation der qualitativ-quantitativen Funktionsverhältnisse einer Stadt in Beziehung zu anderen Städten und zum Umland

III. Die vom Stadtbegriff hergeleiteten Ansatzpunkte für die Abgrenzungsmethode: die Personengesamtheiten der Städte, Werksiedlungen und Dörfer als die Träger der gemeindlichen Einheit und Verbundenheit

1. Die Feststellung von Personengesamtheiten und die Probleme der Zuordnung
 - a. Funktionelle Kriterien für die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu den Personengesamtheiten
 - b. Die rechnerische Ermittlung der städtischen Personengesamtheit insgesamt im Gegensatz zur lokalen eigenständigen Personengesamtheit
2. Die Bestimmung des Stadtgebietes durch die Zuordnung von Siedlungsflächen an die festgestellten Personengesamtheiten
3. Die räumliche Abgrenzung der Stadt Freiburg i.Br. als Beispiel



E. Die rechtlichen Möglichkeiten einer Beseitigung der Inkongruenz zwischen dem rechtlichen und dem sozialökonomischen Stadtgebiet S. 101-108

I. Die Möglichkeiten nach geltendem Recht

II. Vorschläge für die künftige Rechtsgestaltung

F. Schlußbetrachtung S. 108-109



Digitized by the Internet Archive
in 2026

A. Einführung in die Problemstellung und die Zielsetzungen der Untersuchung

I. Allgemeine Fragestellung und Problemstellung, die Ansatzpunkte der Untersuchung

Das Hauptziel dieser Arbeit ist es, eine Methode der räumlichen Abgrenzung der Stadt zu entwickeln.

Wenn man ein Objekt abgrenzen will, so ergibt sich dessen Begrenzung aus seinem Begriffsinhalt, seinen Merkmalen und Funktionen. Diese Erkenntnis führt dazu, daß zuerst der Stadtbegriff in den wissenschaftlichen Disziplinen, die sich der Stadtforschung widmen, untersucht wird, und zwar im öffentlichen Recht, in der Statistik, in der Geographie und in der Nationalökonomie.

Es ist davon auszugehen, daß kein allgemeiner objektiv gültiger Stadtbegriff besteht. Vielmehr wird der Stadtbegriff verschieden formuliert. Die Stadt wird unter vielen spezifischen Aspekten betrachtet und gewürdigt. Der Stadtbegriff ändert sich, je nachdem von welchem Aspekt her man die Stadt sieht. Auf Grund der Komplexheit der städtischen Erscheinungen ist es erklärlich, daß sich der Stadtbegriff in einer solchen Verschiedenheit zeigt. Auch zeitliche und räumliche Unterschiede wirken auf den Stadtbegriff ein.

Die Komplexheit des Phänomens Stadt läßt es angezeigt und erstrebenswert sein, eine möglichst umfassende Betrachtung der Stadt vorzunehmen. Versuche in dieser Richtung sind schon gemacht worden. Doch ist gegenüber dem Ziel, die Stadt unter allen möglichen Gesichtspunkten zu erfassen, eine gewisse Skepsis angebracht. Die Seiten der Stadt sind zu viele, als daß man sicher sein könnte, alle erkannt zu haben. Zudem können zwischen den einzelnen Blickwinkeln der Betrachtung Antinomien auftreten, wie z.B. sich ein Gegensatz zwischen Funktion und Physiognomie im Stadtbild zeigen kann.

So scheint es sinnvoll zu sein, die umfassende Betrachtung der

Stadt durch eine Mehrzahl spezifischer Aspekte auf dem Boden einer einheitlichen Grundanschauung durchzuführen. Es wird hier eine Gesamtsicht auf sozialökonomischer Grundlage als zweckmäßig vertreten. Dies geschieht vor allem aus dem Grunde, weil ein sozialökonomischer Stadtbegriff und ein entsprechendes Stadtgebiet wohl den Vorstellungen am nächsten kommen, die überwiegend die Verwaltungsfachleute und das Schrifttum für die Abgrenzung eines Stadtgebietes für die Verwaltung und für die Statistik haben.

Wenn man ein solches sozialökonomisches Stadtgebiet feststellt, so kann sich ein Konflikt zu dem rechtlichen Stadtgebiet ergeben. Es ist möglich, daß sozialökonomischer und rechtlicher Stadtraum in den konkreten Fällen nicht übereinstimmen. Dies mag zu vielen erheblichen Unzuträglichkeiten und Nachteilen führen. Es muß das Ziel der Verwaltung sein, mit den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten, die Unzuträglichkeiten der Inkongruenz zwischen den beiden Stadtgebieten zu beseitigen und zu mildern. Wie dies geschehen kann, wird zum Ende der Untersuchung dargetan. Es ergeben sich hier zusätzliche verwaltungsrechtliche Probleme. Diese Darstellung soll dem Verständnis der Beziehungen zwischen dem sozialökonomischen und dem rechtlichen Stadtgebiet dienen.

Die Ableitung der Abgrenzungsmethode erfordert eine weit angelegte Untersuchung. Beim Aufbau der Methode sollen die Ergebnisse der bisherigen Versuche berücksichtigt werden. Die bisherigen Methoden der räumlichen Abgrenzung der Stadt sind darzustellen und zu analysieren. Dabei ist zu fragen, unter welchem Aspekt jeweils die Abgrenzung erfolgt ist und welcher Stadtbegriff damit bei den einzelnen Methoden vertreten worden ist. Damit wird ein weiteres Ziel dieser Arbeit verwirklicht. Es soll aufgezeigt werden, unter welchen spezifischen Aspekten und komplexen Sichten durch die bisherigen Methoden die räumliche Abgrenzung der Stadt durchgeführt ist. Auch wird klargestellt, daß noch die Aufgabe zu erfüllen ist, eine

Methode aufzustellen, die die Stadt in einer umfassenden Weise auf sozialökonomischer Grundlage abgrenzt.

Bei der Entwicklung der Methode gilt es, die Kriterien für die Stadtabgrenzung nach einer komplexen sozialökonomischen Sicht zu finden. Zuerst wird ein globaler und formalistischer Stadtbegriff herausgearbeitet, der die Ausgangsbasis für die weitere Untersuchung bildet. Alsdann wird der Inhalt des Stadtbegriffs in einer funktionellen Gesamtbetrachtung dargelegt, um die Kriterien für die Abgrenzung herzuleiten. Aus der funktionellen Auffassung über die Stadt ergibt sich dann die dieser Auffassung entsprechende räumliche Begrenzung der Stadt.

II. Aufgaben für die räumliche Abgrenzung der Stadt aus der Praxis

1. Die Abgrenzung eines Stadtgebietes für die Verwaltung

Der Stadt als juristischer Person ist ein räumliches Gebiet eigen. Dieses rechtliche Stadtgebiet ist klar festgelegt. Man wird die Frage stellen, wie es zu den rechtlichen Grenzen einer Stadt kommt. Dazu ist auszuführen: Das juristische Stadtgebiet ist das Ergebnis der historischen Entwicklung in jedem einzelnen Falle. Bis zum Anfang des 19. Jahrhunderts waren die rechtlichen Stadtgrenzen ohne weiteres akzeptabel. Die Stadt war von den anderen Orten in ihrer Umgebung räumlich eindeutig getrennt. Da die Verkehrsmittel gegenüber den heutigen Verhältnissen primitiv waren, wurde die Entfernung zur Stadt auch nicht überbrückt, so daß es zu keiner Verflechtung kam. Ende des 19. und im 20. Jahrhundert hat sich eine Situation entwickelt, die die räumliche Abgrenzung der Stadt zu einem Problem hat werden lassen. Die bauliche Ausdehnung der Städte zu den Vororten und über diese hinaus und

das Aufkommen leistungsfähiger Nahverkehrsmittel haben bei vielen Städten in Deutschland das alte rechtliche Stadtgebiet offensichtlich als zu klein und nicht mehr sachdienlich werden lassen. So erhebt sich nun die Frage, wo die Grenzen der Stadt liegen sollen. Will man z.B. die Grenzen der Stadt dorthin verlegen, wo die zusammenhängende Bebauung aufhört oder sollen dort die Grenzen verlaufen, bis wohin sich ein enger wirtschaftlicher Verflechtungsbereich mit dem Stadtkern zeigt? Für die Abgrenzung einer Stadt für die Verwaltung müssen administrative Gesichtspunkte maßgebend sein. Für die Verwaltung einer Stadt stehen die auf die Personen bezogenen wirtschaftlichen Momente im Vordergrund. Dies stimmt im wesentlichen mit der sozialökonomischen Stadtbetrachtung überein.

Im Schrifttum finden sich zu der Frage, was als Stadtgebiet unabhängig von den rechtlichen Grenzen abgegrenzt werden soll, einige Wertungen. So sehen Hasse 1), Brückner 2), Knibbe 3), Olbricht 4), Boustedt 5) das wirtschaftliche Stadtgebiet als entscheidend an.

Nach allem wird man sagen können, daß ein auf sozialökonomischer Grundlage festgestelltes Stadtgebiet geeignet ist, der staatlichen Verwaltung als städtisches Verwaltungsgebiet zu dienen.

Die Aufgabe, das sozialökonomische Stadtgebiet für die Verwaltung abzugrenzen, ist dann von Bedeutung und wünschenswert, wenn heute in der Bundesrepublik Deutschland die Inkongruenz zwischen rechtlichem und sozialökonomischem Stadtgebiet zahlreich anzutreffen ist und sich aus dieser Inkongruenz erhebliche Nachteile für die staatliche Verwaltung ergeben.

- 1) E. Hasse, Die Intensität großstädtischer Menschenanhäufungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 2, (1891/92), S. 615
- 2) N. Brückner, Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung im Gebiet des Deutschen Reiches, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 1 (1890), S. 143 - 144
- 3) H. Knibbe, Die Großsiedlung Hannover, Die wirtschaftliche Verflechtung der politischen Stadt mit dem Vorraum, Mitteilungen des statistischen Amts der Hauptstadt Han-

Ob und in welchem Maße dies der Fall ist, wird im folgenden dargetan.

Die Inkongruenz zwischen rechtlichem und sozialökonomischem Stadtgebiet war bereits im Anfang dieses Jahrhunderts so eklatant, daß eine Korrektur erfolgen mußte. Dies geschah vor einigen Jahrzehnten durch die Eingemeindungswelle 1), die zuweilen mit großer Gefühlsbeteiligung einherging. In der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg ist es um die Eingemeindung stiller geworden. Nichtdestoweniger ist die Frage der Inkongruenz noch aktueller geworden. Nach der Auffassung des Verfassers kann die Differenz zwischen den nach den heutigen rechtlichen Stadtgebieten gezählten Wohnbevölkerung und der nach sozialökonomischen Stadtgebieten zu erfassenden Bevölkerung für die Städte ab 50 000 Einwohnern in der Bundesrepublik auf ca. 4 1/2 bis 7 Mill. oder ca. 8 bis 12 % der Gesamtbevölkerung geschätzt werden. Um diese Bevölkerung von 4 1/2 bis 7 Mill., die in den rechtlich selbständigen Vororten wohnen, geht es konkret bei der Frage der räumlichen Abgrenzung der Stadt. Man kann sagen, daß sich mit der zunehmenden Urbanisierung der Bevölkerung in den großen Städten die reale räumliche Ausdehnung der Städte immer ungleicher den politisch-rechtlichen Grenzen vollzogen hat, so daß in der heutigen Zeit

nover, Neue Folge Nr. 9, 1934, S. 1- 2 u. 142

- 4) K. Olbricht, Die deutschen Großstädte, in: Petermanns Mitteilungen, Jg. 59 (1913), Halbbd. 2, S. 58
- 5) O. Boustedt, Die Stadtregionen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 37 (1953), S. 14
- 1) Vgl. die Zusammenstellungen über die erfolgten Eingemeindungen bei O. Landsberg, Eingemeindungsfragen, Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Heft 2, Breslau 1912, S. 94 - 105 und H. Schroll, Über Eingemeindungsprobleme der deutschen Großstädte, Diss. Breslau 1933, S. 5 - 38

die Inkongruenz zwischen dem sozialökonomischen und dem rechtlichen Stadtgebiet die Regel ist. Auch in den Vereinigten Staaten konnte man die Entwicklung beobachten, daß die Bevölkerung bei fortgeschrittenem Wohlstand dazu neigt, mehr und mehr in den Vorstädten zu leben.¹⁾

Aus der Inkongruenz entstehen viele beachtliche Nachteile für die Verwaltung ²⁾. Wenn nur ein Teil des sozialökonomischen Stadtgebietes - mag es auch der weitaus größte sein - von einer einzelnen zentralen Stelle verwaltet wird und der andere Teil von anderen Behörden, so wird dies zu einer nicht einheitlichen und nicht sachgerechten verwaltungsmäßigen Gestaltung dieses natürlichen Ganzen führen. Auch kann sich eine zu sehr an den lokalen Interessen ausrichtende Verwaltung rechtlich selbständiger Gemeinden zu einer Behinderung des Wachstums der Stadt auswirken. Eine Verwaltung, die auf das ganze sozialökonomische Stadtgebiet gestaltend eingreifen kann, hat die weitaus bessere Möglichkeit, die Entwicklung der Stadt in einer für die Bürger und das Gemeinwohl zuträglichen und fruchtbringenden Weise zu lenken.

Im einzelnen können sich vor allem in folgenden Bereichen Unzuträglichkeiten der Inkongruenz ergeben:

Die städtebauliche Anlage der Stadt sollte nicht nach lokalen Vorstellungen sondern im Hinblick auf die übergeordnete, ganze Stadt geplant und durchgeführt werden ³⁾; sei es, daß es sich einzeln um Industrie-, Wohn-, Geschäfts-, Verkehrs-, Erholungs-

1) W. Rostow, Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960, S. 98 und 105

2) Vgl.: Hasse, Eingemeindung, Die Notwendigkeit der Stadterweiterung, in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 1, Jena 1918, S. 570 - 572
O. Landsberg, a.a.O., S. 19 - 42
G. Willing, Verwaltungsprobleme des städtischen Großraumes, Diss. Kiel 1954, S. 37 - 57

3) Vgl.: O. Landsberg, a.a.O., S. 19 - 30
G. Schubert u. W. Schlitt, Stadt-Umland-Probleme des Städtebaues, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 118 ff.
H. Schroll, a.a.O., S. 39 - 47
E. Dittrich, Das Stadt-Umland-Verhältnis in seiner planerischen Problematik, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 65

flächen oder andere handelt, sei es, daß es um eine umfassende Erschließung geht. Es ist bei der Städteplanung nicht nur die augenblickliche Situation zu berücksichtigen sondern auch die zukünftige Entwicklung. Die selbständigen Vororte sind diesen Aufgaben weder technisch noch finanziell gewachsen. Eine uneinheitliche Verwaltung führt nicht zu einer optimalen Standortverteilung der kommunalen Einrichtungen. In manchen Teilgebieten des sozialökonomischen Stadtraumes mögen genügend oder gar überreichlich Schulen, Büchereien, Vortrags-, Konzert- und Versammlungssäle, Einrichtungen für Volksbildung und Jugendpflege, Theater, Sport- und Spielplätze, Schwimmbäder, Krankenhäuser, Badeeinrichtungen, Friedhöfe, Feuerlöscheinrichtungen, Versorgungsanlagen für Wasser, Gas, Elektrizität, Abwasser- und Müllbeseitigungseinrichtungen vorhanden sein, während in anderen Teilgebieten ein ausgesprochener Mangel herrschen mag.

Ferner wird in den politisch selbständigen Umgebungsgemeinden die Anlage des Verkehrsnetzes nicht in dem Maße auf die ganze Stadt ausgerichtet sein wie bei einer politischen Einheit 1). Ein leistungsfähiges Verkehrsnetz ist bei dem hochangestiegenen Verkehr von größter Bedeutsamkeit und eine Notwendigkeit. Aber nicht nur die Verkehrsanlage ist von Wichtigkeit sondern auch die verkehrliche Versorgung der Umgebungsgemeinden. Die Städte betreiben in der Regel den Straßenbahn- und Omnibusverkehr in eigener Regie. Die städtische Verwaltung wird insbesondere danach streben, ihr Gemeindegebiet verkehrlich gut zu verbinden und zu bedienen. Rechtlich selbständige Vororte können dabei leicht ins Hintertreffen geraten. Gerade dem Nahverkehr kommt heute auf Grund des täglichen Weges vieler Menschen von Wohnstätte zur Arbeitsstätte, zur Ausbildungsstätte, zum Einkaufszentrum und zum Vergnügungszentrum eine herausragende Bedeutung zu. Große Städte benötigen oft ausgedehnte Verkehrsanlagen wie Eisenbahnanlagen, Güterbahnhofe, Straßenbahndepots, Flugplätze, Wasserwege samt Hafen, Werften und

1) Vgl. O. Landsberg, a.a.O., S. 32 - 33

Schleusenanlagen. Diese Anlagen mögen sich zuweilen weit in die Außenorte erstrecken. Es ist offensichtlich, daß solche Anlagen zu dem rechtlichen Stadtgebiet gehören müssen. Dies auch darum, da bei verkehrlichen Anlagen im besonderen Maße darauf geachtet werden muß, genügend Freigelände für eine eventuelle zukünftige Erweiterung derselben zur Verfügung zu haben. Denn an anderer Stelle kann keine Neuerrichtung erfolgen.

Bei der Förderung bestehender und der Ansiedlung neuer Gewerbebetriebe ist ebenfalls der rechtlich selbständige Vorort nicht imstande, das zu leisten, was entsprechend den Umständen geboten wäre und was weitaus besser nur die Stadt selbst zu geben vermag: Anschlüsse an die Versorgungsbetriebe der Stadt, Anschlüsse an das Verkehrsnetz für Straße, Bahn und Wasser, Hilfe bei dem Kauf und der Pacht von Grundstücken, Anliegerleistungen, Gewährung von Sondertarifen bei Elektrizität, Gas, Wasser u.a..

Durch eine mangelnde Kanalisation, Abwässerbeseitigung und Müllbeseitigung, wie sie in finanzschwachen Gemeinden eher anzutreffen ist, können Gefahren und Schäden für die Volksgesundheit erwachsen. Es ist zu vergegenwärtigen, daß diese Vororte überwiegend städtische Verhältnisse aufweisen mit den damit erhöhten Gefahren und auf der anderen Seite erhöhten Anforderungen an die Hygiene bei dem engeren Zusammenleben und den vermehrten Kontakten.

Weiter ergeben sich für die kommunale Finanzwirtschaft, die die materielle Grundlage für die Aktivität der Gemeinde bildet, Unzuträglichkeiten 1). Die Gemeinde, die einen Gewerbebetrieb auf ihrem Gebiet hat, erhält die entscheidende Gewerbesteuer. Dies wird etwas durch den Gewerbesteuerausgleich gemildert, so daß auch die sog. Wohngemeinde geringfügig an diesem Steueraufkommen beteiligt wird. Durch die rechtlichen Aufspaltungen des einheitlichen Raumes wird eine unterschiedliche Steuerkraft und damit eine ebensolche Behandlung von Gebiets-

1) Vgl. O. Landsberg, a.a.O., S. 34 - 42
E. Dittrich, a.a.O., S. 69 - 70

teilen eines einheitlichen Ganzen bewirkt; denn die Steuerkraft einer Gemeinde ist ausschlaggebend dafür, inwieweit die Gemeinde ihr Gebiet mit Einrichtungen und Anlagen versehen kann. So zeigt sich auf der einen Seite das Bild, daß die rechtlich selbständigen Vororte finanziell zu schwach sind, um die ihnen sich aus ihrer Zugehörigkeit zum sozialökonomischen Stadtgebiet ergebenden Aufgaben in ausreichendem Maße zu erfüllen. Auf der anderen Seite gibt es Fälle, in denen sich die Industrie vornehmlich in den selbständigen Vororten niedergelassen hat. Unzuträglich ist diese Situation dann, wenn die Einrichtungen der Stadt wie Schulen, Theater, Krankenhäuser, Bäder u.ä. von den Einwohnern dieser Vororte im gleichen Maße benutzt werden wie von den Städtern selbst, die Gemeinden sich jedoch nicht an der finanziellen Last beteiligen 1).

Weiterhin sind die polizeilichen Vorkehrungen in den Vororten im Verhältnis zu den sachlichen Gegebenheiten oft nicht angemessen 2). Die rechtlich selbständige Randgemeinde ist sicherheitspolizeilich organisiert und versorgt wie eine normale Landgemeinde. Tatsächlich sind hier aber städtische Verhältnisse anzutreffen, die einer entsprechenden polizeilichen Regelung bedürfen. Aber nicht nur sicherheitspolizeiliche sondern auch feuer-, gewerbe-, veterinär- und andere ordnungspolizeiliche Unzulänglichkeiten sind in den rechtlich selbständigen Vororten auf Grund der gleichen Lage begünstigt.

Für eine Vereinigung beider Stadträume spricht auch die dadurch erfolgende Rationalisierung der Verwaltung. Die Zusammenfassung vieler oder mehrerer gleicher Dienststellen zu einer einzigen bietet die Möglichkeit, rationeller zu arbeiten bei gleichzeitiger Kostenersparnis 3).

Das Wachstum der Stadt vollzieht sich im besonderen in den Randgebieten. Dies erfordert hier ein besonderes Tätigwerden der

1) Hasse, a.a.O., S. 571

2) Vgl. O. Landsberg, a.a.O., S. 33

3) Vgl. R. Baadenhoop, System der kommunalen Verwaltungsrationalisierung, in: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 3, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1959, S. 570

Verwaltung. Dem steht aber die besonders in der Randzone oft anzutreffende Inkongruenz entgegen.

Die vielen aufgezeigten Nachteile der Inkongruenz zwischen dem rechtlichen und dem sozialökonomischen Stadtgebiet lassen erkennen, wie hemmend sich die Inkongruenz auf die Verwaltung eines Stadtgebietes auswirken kann. Wenn man davon ausgeht, daß der Staat nach einem maximalen Effekt seines Verwaltungshandelns strebt, so wird es der staatliche Wille sein, mit den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten die Nachteile der Inkongruenz zu beseitigen und zu mildern. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß man neben dem rechtlich festgelegten Stadt-
raum auch das sozialökonomische Stadtgebiet kennt. Daraus folgt auch die Aufgabe, eine Methode zu entwickeln, mit der man die Grenzen der Stadt unabhängig von ihrer rechtlichen Festlegung nach sozialökonomischer Grundlage feststellen kann.

2. Die Abgrenzung eines Stadtgebietes für die Statistik

Als zweites praktisches Ziel geht es um die Frage der statistischen Erfassung der Stadtgebiete unabhängig von den juristischen Grenzen. Die städtischen Gebiete sollen mit ihren bevölkerungsmäßigen, wirtschaftlichen und sozialen Fakten erfaßt werden 1). Da eine sozialökonomische Betrachtung alle diese Daten berücksichtigt, wäre eine Methode, die das sozialökonomische Stadtgebiet abgrenzt, diesem Ziele der Statistik dienlich. Daß die Statistik vor der Aufgabe steht, nicht-rechtliche Stadtgebiete festzustellen, erweist, wie erheblich die Inkongruenz in ihren Auswirkungen ist. Wenn die Kongruenz zwischen dem rechtlichen und dem sozialökonomischen Stadtgebiet verwirklicht ist, ist damit eine

1) Vgl.: H. Knibbe, Großstädtische Agglomerationen, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, F. Burgdörfer (Hrsg.), Bd. 1, Berlin 1940, S. 214ff.

Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 14, Bremen 1960, S. 24
H. Fehre, Zur Abgrenzung der Stadtregion, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 150 - 151

entsprechende Statistik die Folge. Die Kongruenz ist allerdings wegen der Beteiligung bedeutsamer politischer Aspekte in Frage gestellt.

Manche Staaten haben ihrer Statistik schon eine Abgrenzungsmethode zugrunde gelegt 1); während für die amtliche Statistik in der Bundesrepublik diese Frage noch offen ist 2). Die bisherigen Überlegungen sind nicht zufriedenstellend gewesen. Die praktische Statistik strebt nach einer allgemeinen, einfachen und schematischen Feststellung des Stadtgebietes 3). Es ist jedoch fraglich, ob ein solches Verfahren möglich ist, das gleichzeitig die tatsächlichen Verhältnisse in genügendem Maße getreu wiedergibt. Darauf soll in dieser Arbeit auch das Augenmerk gerichtet sein.

B. Der Stadtbegriff als Grundlage für eine räumliche Abgrenzung der Stadt

Ausgangspunkt für die räumliche Abgrenzung der Stadt bildet der Stadtbegriff. Dies folgt aus der allgemeinen Überlegung, daß sich die Abgrenzung eines Objekts aus seinem Begriffsinhalt ergibt. Welche Erkenntnisse sind bisher über den Stadtbegriff im öffentlichen Recht, in der Statistik, in der Geographie und in der Nationalökonomie erarbeitet worden? Dies soll zuerst untersucht werden. Damit ist dann eine Grundlage gewonnen, von der aus man die bisherigen Methoden der räumlichen Abgrenzung der Stadt beurteilen kann und Ansatzpunkte für die Entwicklung einer neuen Methode finden kann.

1) Vgl. O. Boustedt, Abgrenzung von Agglomerationen im Ausland, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 160 ff.

2) Antwortschreiben des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden vom 2.7.1965 an den Verfasser

3) Vgl. H. Knibbe, Großstädtische Agglomerationen, a.a.O., S. 214 ff., insbesondere S. 219

I. Der Stadtbegriff im öffentlichen Recht

Die Stadt erreichte im Mittelalter, im 13. Jahrhundert eine besondere Rechtsstellung, durch die sie sich von den übrigen Ortschaften unterschied: die autonome Selbstverwaltung 1). Sie wird Stadt im Rechtssinne, juristische Person 2), und zwar die erste durch Organe handelnde juristische Person 3). Sie ist nun aus dem Landrecht hinausgehoben 4).

Vor dieser Zeit gab es nur die städtherrliche Stadt. Stadtherr war einmal der König, der aber als Träger des Marktrechts und der Befestigungshoheit seine Rechte an geistliche und später auch an weltliche Fürsten übertragen konnte. Das Recht der Städtegründung ist seit Friedrich II ein solches des Landesherrn geworden. Die ersten Städtegründungen dienten vor allem den Kaufleuten als Stützpunkte, darüber hinaus an der Grenze des Reiches als Zollstation 5).

Die autonome Stadtgemeinde entwickelte die einzelnen Zweige der Verwaltung, wie sie noch heute zum größten Teil Gültigkeit haben wie z.B. Polizei, Finanzen, Wehrwesen 6).

Politisch war die Lage der Städte im Reiche wie folgt:

1) Die Landesherrlichen Städte. Diese waren der Landeshoheit unterworfen.

2) Die Reichsstädte, a) ehemals königliche. Zum großen Teil hatten diese eigenes Territorium und somit selbst die Landeshoheit. Sie konnten Bündnisse eingehen. Ihre Verpflichtungen gegenüber dem Reich waren genau festgelegt. b) Ehemals bischöfliche Städte. Sie wurden freie Städte genannt, da sie weder Heerfahrt, noch Vogtei und Jahressteuer zu erbringen hatten. Später wurde die Rechtslage der ehemals königlichen

1) H. Mitteis, Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Aufl., München/Berlin 1954, S. 141 u. 144

2) H. Planitz, Die deutsche Stadt im Mittelalter, Graz/Köln 1954, S. 295

3) H. Mitteis, ebenda, S. 145

4) Ebenda, S. 141

5) Ebenda, S. 141 - 142

6) Ebenda, S. 145

Städte diesen angenähert und so wurden beide Kategorien mit "freie Reichsstädte" bezeichnet 1).

Die Stadtverfassung hat im Wandel der Zeiten Änderungen durchgemacht. Mit ihr ist auch der Stadtbegriff oft umgestaltet worden. Bemerkenswert ist hier auf Grund ihrer ökonomischen Formulierung eine Definition der Stadt im Allgemeinen Landrecht für die Preussischen Staaten im II. Teil, 8. Titel, § 86 zu Anfang des die Stadtgemeinden behandelnden Abschnitts:

"Städte sind hauptsächlich zum Aufenthalte solcher Einwohner des Staates bestimmt, welche sich mit der Verarbeitung oder Verfeinerung der Naturerzeugnisse und mit dem Handel beschäftigen". Anfang des 19. Jahrhunderts hat die Stein'sche Städteordnung Ortschaften mit 3 500 Einwohnern als Mittelstädte angesehen und solche mit 10 000 als Großstädte. In den vielen Ländern Deutschland gab es kein einheitliches Recht. Nach verschiedenartigen Voraussetzungen war eine Ortschaft eine Stadt, wobei die historischen Rechte eine Rolle spielten. Im Jahre 1935 wurde mit der Deutschen Gemeindeordnung ein einheitliches Recht für alle Gemeinden geschaffen. Mit der Bildung der Bundesrepublik Deutschland hat jedes ihrer Länder eine eigene Gemeindeordnung gestaltet, die im grundsätzlichen übereinstimmen, vor allem was den Stadtbegriff angeht. Als eminente Erkenntnis muß konstatiert werden, daß der Stadt nach dem derzeitigen Recht keine besondere Rechtsstellung innewohnt. Sie unterscheidet sich damit in dieser Hinsicht nicht mehr von anderen Gemeinden. "Stadt" ist lediglich eine Bezeichnung, die in der Regel von der Landesregierung Gemeinden mit gewisser Größe und einem gewissen städtischen Gepräge auf deren Antrag hin verliehen wird. Gemeinden, die vor dem Inkrafttreten der Gemeindeordnung das Recht hatten, sich Stadt zu nennen, wird dasselbe belassen. So bestimmt beispielsweise die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25.7.1955 in § 5 II: "Die Bezeichnung 'Stadt' führen die Ge-

1) H. Mitteis, a.a.O., S. 146

meinden, denen diese Bezeichnung nach früherem Recht zusteht. Die Landesregierung kann auf Antrag die Bezeichnung 'Stadt' an Gemeinden verleihen, die nach Einwohnerzahl, Siedlungsform und ihren kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnissen städtisches Gepräge tragen". Die Bezeichnung als Stadt hat gleichwohl die Folge, daß die Gemeinderäte nun Stadträte heißen, die Gemeindebeamten die Vorsilbe Stadt erhalten (z.B. Stadtinspektor) und die Gemeindeeinrichtungen als städtisch genannt werden können (z.B. städtisches Schwimmbad). Nach allem muß festgehalten werden: die Stadt ist eine Gemeinde, die die Bezeichnung Stadt führt.

Insoweit ist auf den Begriff der Gemeinde einzugehen, um die Stadt von heute juristisch zu erfassen. § 1 GO Bad.-Württ. hat beispielhaft zum Inhalt: "Die Gemeinde ist Gebietskörperschaft." Sie steht im Gegensatz zur Personalkörperschaft, wie etwa den berufsständischen, wirtschaftlichen oder weltanschaulichen Körperschaften. Die gebietsmäßige Gemeinschaftlichkeit der Glieder ist konstitutives Merkmal der Gebietskörperschaft. Sinn der räumlichen Vereinigung ist es hauptsächlich, alle diejenigen Aufgaben zu erfüllen, die aus dem Zusammenleben vieler Menschen auf einem bestimmten Gebiet sich ableiten. Mitglied der Gemeinde ist, wer in ihr wohnt, wobei der Wohnsitz im Sinne des öffentlichen Rechts maßgebend ist. Diese Regel der sog. Einwohnergemeinde hatte schon die Deutsche Gemeindeordnung und das bisherige Recht. Die Einwohner sind einer gewissen Hoheit der Gemeinde unterworfen, so müssen sie bestimmte Abgaben entrichten und unter bestimmten Voraussetzungen sind sie verpflichtet, Gemeindedienste zu leisten. Auf der anderen Seite haben sie das Recht, durch die Gemeinde gefördert zu werden und die Gemeindeeinrichtungen zu benutzen. Die Einwohner unterscheiden sich von den Bürgern. Letztere sind die Einwohner, die die eigentlichen politischen Rechte und Pflichten besitzen, wie das Wahlrecht ehrenamtliche Tätigkeit, Bürgerentscheid und -begehren.

Die Voraussetzungen zum Bürger sind aber allgemein und aufs Notwendigste beschränkt gehalten (z.B.: 21. Lebensjahr vollendet, ein Jahr in der Gemeinde wohnhaft, im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte); auch wird man automatisch Bürger.

II. Der Stadtbegriff in der Statistik

Vor rund 100 Jahren ist der statistische Stadtbegriff geschaffen worden, nämlich 1860 auf dem Internationalen Statistischen Kongreß in London. Diesem Stadtbegriff ist die Aufgabe zugedacht, in der amtlichen Statistik, Stadt und Land zu scheiden. Danach gilt als Stadt eine Gemeinde (als administrative Einheit), die 2 000 und mehr Einwohner hat 1). Diese Definition übernahmen damals die meisten europäischen Länder. Jedoch haben manche Staaten einen statistischen Stadtbegriff, der die Einwohnerzahl ungleich 2 000 ansetzt, so beispielsweise Island mit 300 Einwohnern 2), die benachbarte Schweiz mit mehr als 10 000 Einwohnern 3); in Japan gelten als Städte die Gemeinden unter städtischer Verwaltung (shi), was in etwa einer Bevölkerungszahl von 30 000 und mehr entspricht 4).

Etliche Staaten haben einen anderen Stadtbegriff für die amtliche Statistik aufgestellt. So wurden z.B. in Rußland bei der Zählung im Jahre 1926 alle Siedlungen als Städte betrachtet, die rechtlich als Städte galten, außerdem zählten als städtisch die Gemeinden, bei denen die folgenden Merkmale gegeben waren: a. die Gemeinde hatte den Charakter als Fabriksiedlung, Bahnsiedlung, Sommerfrische, Markt-

- 1) Report of the Proceedings of the 4th Session of the International Statistical Congress in London 1860, London 1861, S. 356 ff.
- 2) Demographic Yearbook 1948, United Nations (Hrsg.), Lake Success/New York 1949, S. 227
- 3) Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1959/60, S. IX
- 4) Demographic Yearbook 1948, a.a.O., S. 216

flecken, Handels- oder Gewerbedorf, b. die Hälfte der berufstätigen Bevölkerung hatte einen nicht-landwirtschaftlichen Hauptberuf, c. die Einwohnerzahl bei den Sommerfrischen, Fabrik- und Bahnsiedlungen betrug mindestens 500, bei den Handels- und Gewerbedörfern mindestens 2 000 1).

Als Ansatzpunkte für die Bildung des statistischen Stadtbegriffs haben sich bei den Statistikern hauptsächlich die folgenden herausgestellt:

- a. die politisch-rechtliche Verfassung der Gemeinden (ob eine Gemeinde die Bezeichnung Stadt oder das Stadtrecht hat),
- b. die Einwohnerzahl der Gemeinden oder Wohnplätze,
- c. die Bevölkerungsdichte der Gemeinden oder Wohnplätze,
- d. die Berufsstruktur der Bevölkerung (Anteil der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung) 2).

Die auf diesen Grundmerkmalen aufbauenden Stadtbegriffe sind vielfältiger Art.

Es läßt sich zusammenfassen: In der Statistik wird kein einheitlicher Stadtbegriff vertreten, dies gilt sowohl für die amtliche Statistik der Staaten als auch für die Fachdisziplin.

Es sind heute Bestrebungen im Gange, die herkömmliche Zweiteilung Stadt und Land aufzugeben und eine größere Differenzierung einzuführen. In der Bundesrepublik ist seit der Volkszählung 1950 die bisher übliche Gliederung nach Stadt und Land in den allgemeinen Tabellen weggelassen worden.

1) A. Owtschinnikow, Die russische Volkszählung vom 6. Januar 1937, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 26 (1937), S. 447

2) G. Fürst, Stadt und Land in der Methodik der Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 20 (1930), S. 486 ff.

III. Der Stadtbegriff in der Geographie

Von der Geographie gingen die meisten Impulse aus, die Stadt in umfassender Weise zu erforschen und sie auch zu definieren. In diesem Wissenschaftszweig sind die Begriffsbestimmungen der Stadt am zahlreichsten. Im folgenden werden nicht alle Definitionsversuche angeführt, sondern nur die wichtigen und die charakteristischen. Es lassen sich zwei Richtungen unterscheiden: eine, die mehr die äußere Erscheinung und eine andere, die mehr die wirtschaftliche Seite als das Wesentliche der Stadt ansieht.

Ein Exponent der physiognomischen Gruppe ist Dörries 1). Er definiert die Stadt als "eine menschliche Ansiedlung von mehr oder weniger planvoller, geschlossener und um einen meist deutlich erkennbaren Kern gruppierte Ortsform und sehr mannigfaltigem Ortsbilde". Mit Ortsform meint Dörries Grundriß und mit Ortsbild Aufriß. Dörries geht dabei ganz einseitig nur von der äußeren Erscheinung aus. In der Dehnbarkeit der einzelnen Merkmale soll der Vielfalt der realen Formen nach allen geographischen Gesichtspunkten hin Rechnung getragen werden.

Gradmann 2) hat die städtischen Siedlungen in Württemberg untersucht. Dabei gibt er folgende Merkmale der Stadt an: die unterschiedliche Größe zwischen Stadt und Dorf, die aber am wenigsten immer zutreffend ist; die geschlossene Bauweise im Kern, wo auch der Typ des Bürgerhauses steht; die Beziehung zu den Verkehrswegen; der kulturelle Charakter und die soziale Schichtung der Bevölkerung, - Handwerk, Kleinhandel, Marktgerechtigkeit, städtische Einrichtungen und Beamten (wie Krankenhaus, Arzt, Notariat, höhere Schule usw.) sind weit häufiger als in den Dörfern -.

- 1) H. Dörries, Die Städte im oberen Leinetal, Göttingen, Northeim und Einbeck, Göttingen 1925, S. 6
- 2) R. Gradmann, Die städtischen Siedlungen des Königreiches Württemberg, in: Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 21 (1914), Heft 2, S. 141 - 142

Bobek 1) stellte 1927 folgenden Stadtbegriff auf: die Stadt ist "eine größere Siedlung, welche den möglichst allseitigen, wirtschaftlichen wie politischen und kulturellen Verkehrsmittelpunkt eines unscharf begrenzten Gebietes darstellt und deren körperlicher Aufbau eine gewisse Steigerung seiner charakteristischen Merkmale von den Rändern nach dem Mittelpunkt hin erkennen läßt". Bobek 2) hat später - 1938 - erneut die Stadt bestimmt. Hier sieht er drei Merkmale als genügend an, um die städtischen Siedlungen zu kennzeichnen: 1. Geschlossenheit der Ortsform, 2. gewisse Größe des Ortes, 3. städtisches Leben innerhalb des Ortes. Bobek geht dabei von den Funktionen der Siedlungen aus. Im Gegensatz zu seiner ersten Definition läßt Bobek jetzt die früher herausgestellte Bedeutung der Stadt für das nahe Umland, die Zentralität, fallen. Zu dem "städtischen Leben" soll hier ausgeführt werden: dieses soll nach jenen Funktionen gemessen werden, die nach der üblichen Terminologie zentrale Tätigkeiten sind, wobei es indifferent ist, ob zentrale Funktionen effektiv ausgeübt werden.

Die letzte Definition von Bobek sieht auch Klöpffer 3) als zutreffend an mit der Einschränkung, daß als zusätzliches Merkmal ein Mindestmaß an Zentralität dazukommen müsse.

Schwarz 4) hat als weiteres Merkmal das der beachtlichen Differenzierung des Ortsbildes, wenn sie die voll entwickelte Stadt wie folgt versteht: "eine Siedlung von gewisser Größe und geschlossener Ortsform, die eine beachtliche Differenzierung des Ortsbildes aufweist, in der städtisches Leben in ausreichender Breite entfaltet ist und eine ausge-

-
- 1) H. Bobek, Grundfragen der Stadtgeographie, in: Geographischer Anzeiger, Jg. 28 (1927), S. 216
 - 2) Derselbe, Über einige funktionelle Siedlungstypen und ihre Beziehungen zum Lande, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II sect. IIIa, S. 88 ff., insbesondere S. 89
 - 3) R. Klöpffer, Der geographische Stadtbegriff, in: Geographisches Taschenbuch 1956/57, S. 456
 - 4) G. Schwarz, Allgemeine Siedlungsgeographie, 2. Aufl., Berlin 1961, S. 315

sprochene Zentralität eigen ist". Schwarz will mit diesen Merkmalen die Stadt aus den verschiedenen geographischen Aspekten betrachtet wissen, wobei sie der Physiognomie, der inneren Struktur und der Funktion die gleiche Bedeutung zuzuerkennen gewillt ist.

Außer den beiden Hauptgruppen der Definitionen der Stadt gibt es verständlicherweise viele, die im besonderen physiognomische und wirtschaftliche Gesichtspunkte in sich vereinen. So schreibt Schrepfer 1): "Städte sind Siedlungen, die zentrale Funktionen erfüllen, ein differenziertes wirtschaftliches und soziales Gefüge besitzen und ein individualisiertes, aus mannigfaltigen Bestandteilen zusammengesetztes Erscheinungsbild aufzuweisen haben". Schrepfer erkennt von den drei Hauptmerkmalen der zentralen Funktion das primär bedingende zu, sie bildet die Struktur, und letztere äußert sich im baulichen Erscheinungsbild.

Diese Definition ist in mancher Hinsicht der von Robert Mayer 2) verwandt: "Eine Stadt ist eine Siedlung, die ökonomisch, sozial und funktionell und daher geographisch eine inhomogene Struktur hat".

Die Begriffsbestimmungen der Stadt, die im besonderen einer wirtschaftlichen Orientierung unterliegen, sind die folgenden:

Hermann Wagner 3) bezeichnet die Stadt als "isolierte Kernpunkte des menschlichen Verkehrs, die mit ihrer vorwiegend gewerb- und handeltreibenden, nicht im gleichen Maß an die Scholle gebundenen Bevölkerung stets vielseitigere Interessen in sich vereinigen und ihre Bewohnerschaft immer bunter nach Beschäftigungen gliedern". Wagners Schwerpunkt liegt auf der Art der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung, einem Gesichtspunkt, der von vielen Autoren vertreten wird.

-
- 1) H. Schrepfer, Zur Geographie der Großstadt und ihrer Bevölkerung, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 12 (1944), S. 266
 - 2) R. Mayer, Der geographische Stadtbegriff, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 11 (1936), S. 457
 - 3) H. Wagner, Lehrbuch der Geographie, 9. Aufl., Hannover 1912, S. 863 (das Subjekt des Satzes ist umgestellt worden)

V. Richthofen 1) sieht die Stadt in drei Punkten charakterisiert: als gemeinsamen Wohnort von sehr vielen Menschen, als den Ort, wo das Ungleichartige als Folge mannigfaltiger Interessen der Menschen nebeneinander existiert und als Ort, wo die Menschen ihre Existenzbedingungen nicht im Landbau, sondern im Handel und Gewerbe haben.

Ratzel 2) betrachtet einmal die Stadt von der physiognomischen Seite als größere Verdichtung von menschlichen Wohnstätten und zum anderen von der wirtschaftlichen Seite, nämlich die in den Wohnstätten lebenden Menschen erwerben ihre Nahrung nicht zumeist durch eine landwirtschaftliche Tätigkeit unmittelbar aus dem umgebenden Boden sondern durch Verkehr, Handel, Industrie, als Beamte und Soldaten. In späterer Zeit hat Ratzel 3) eine Definition gegeben, die vor allem den Verkehr hervorhebt: " eine dauernde Verdichtung von Menschen und menschlichen Wohnstätten, die einen ansehnlichen Bodenraum bedeckt und im Mittelpunkt größerer Verkehrswege liegt", Die Verkehrswege sind nach Ratzel für die Stadt deshalb notwendig, weil die Bevölkerung von gewisser Größe sich nicht unmittelbar von ihrem Boden ernähren kann.

Kurz und klar ist die Stadt bei Dickinson 4) bestimmt, der die beiden in der Literatur oft gebrauchten Merkmale, des äußerlich-körperlichen: der dichten, geschlossenen Siedlung, und des wirtschaftlichen: der nicht-landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit der Bewohner, verwendet: "The town in western Europe and North America may be defined as a compact settlement engaged primarily in non-agricultural occupations".

Dickinson führt weiter aus: der nicht-landwirtschaftliche Beschäftigungsbereich zerfällt in zwei Hauptkategorien: industry und service, wobei er unter ersterem "manipulating and

- 1) F. v. Richthofen, Vorlesungen über allgemeine Siedlungs- und Verkehrsgeographie, O. Schlüter (Hrsg.) Berlin 1908, S. 128 u. 203
- 2) F. Ratzel, Antropogeographie, Bd. 2, 2. Aufl., 1912, S.293
- 3) Derselbe, Die geographische Lage der großen Städte, in: Jahrbuch der Gehe-Stiftung, Bd. 9, 1903, S. 37
- 4) R.E. Dickinson, City, Region and Regionalism, London 1947 S. 25

handling" von Gütern versteht und unter service "die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse durch direkten Kontakt mit dem Konsumenten".

Ganz wirtschaftlich ausgerichtet ist die Begriffsbestimmung bei Cholnoky 1), wo es heißt: "Stadt nennen wir eine Siedlung, wenn die Bewohner ihren Lebensunterhalt nicht mehr aus den auf der Gemarkung der Siedlung gewonnenen Erzeugnissen, sondern durch Veredlungsarbeit (Gewerbe-, Handelstätigkeit, wissenschaftliche und künstlerische Betätigung usw.) den Überschuß anderer Produktionsgebiete käuflich erwerben. Wird eine Stadt blockiert, so fällt deren Einwohnerschaft in kurzer Zeit dem Hunger zum Opfer".

Die vielen Definitionen der Stadt lassen sich nicht auf einen Nenner bringen. Eine allgemein anerkannte Begriffsbestimmung existiert nicht, und zuweilen wird im Schrifttum die Meinung kundgetan, daß zur Zeit ein solches Unterfangen nicht möglich sei. Die Geographie versucht die Erscheinungen der Landschaft und der Kultur in umfassender Weise zu sehen. Die vielen Aspekte lassen viele Merkmale entstehen. Welche Gesichtspunkte man als wesentlich und welche man als unwesentlich ansprechen kann, ist eine weitere Schwierigkeit, in der die Meinungen auseinandergehen. Das wohl größte Problem in der geographischen Betrachtung dürfte sich in der teilweisen Antinomie zwischen Physiognomie und Funktion stellen, wovon auch der Stadtbegriff betroffen ist.

IV. Der Stadtbegriff in der Nationalökonomie

In der Nationalökonomie hat man sich verhältnismäßig wenig mit der Stadt und ihrem Begriff befaßt. So bemerkte Sombart 2):

- 1) E. v. Cholnoky, Die Notwendigkeit einer genaueren Bestimmung geographischer Begriffe, in: Földrajzi Közlemények, Geographische Mitteilungen, Zeitschrift der Ungarischen Geographischen Gesellschaft, 1932, S. 91
- 2) W. Sombart, Städtische Siedlung, Stadt, in: Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931, S. 527

"Den ökonomischen Stadtbegriff, den sich für ganz besonders wichtig halte, hat neben mir nur Max Weber verwandt und der faßt ihn anders als ich". Ein einheitlicher Stadtbegriff ist auch hier nicht zu verzeichnen.

Schon Adam Smith 1) hat in seinem Werke: "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations" das Wesen der Stadt aus ökonomischer Sicht herausgestellt: "It is the surplus produce of the country only that constitutes the subsistence of the town, which can therefore increase only with the increase of this surplus produce".

Auch Sombart 2) hat den Gesichtspunkt der Abhängigkeit der Stadt vom Land in den Mitteln für den Lebensunterhalt zum entscheidenden Merkmal seines ökonomischen Stadtbegriffes gemacht. Er führt aus: "Eine Stadt im ökonomischen Sinne ist eine größere Ansiedlung von Menschen, die für ihren Unterhalt auf die Erzeugnisse fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist". Zu der "größeren" Siedlung bemerkt er, daß dadurch eine kleine Unbestimmtheit zu verzeichnen ist, "man wird niemals ziffernmäßig feststellen können, wann eine Gruppe 'nach städtischer Art' lebender Menschen groß genug ist, um eine 'Stadt' zu bilden. Eine gewisse Größe aber muß wohl vorhanden sein: ein einzelner Mensch kann keine 'Stadt' bilden. Die Quantität schlägt an einer bestimmten Stelle in die Qualität (Stadt) um".

Max Weber 3) betrachtet das Verhältnis der Stadt zum Land von der anderen Seite: wenn man auf die Mittel zum Lebensunterhalt aus fremder landwirtschaftlicher Arbeit angewiesen ist, dann geht man anderem Erwerbe nach. So definiert er in einer Untersuchung "Die Stadt" dieselbe ökonomisch als: eine Ansiedlung, deren Insassen zum überwiegenden Teil von

1) A. Smith, An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Vol. 2, 11. Aufl., London 1805, S. 78

2) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, 2. Aufl., München 1916, S. 128
Derselbe, Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 25 (1907), S. 4

3) M. Weber, Die Stadt, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47 (1920/21), S. 622

dem Ertrag nicht landwirtschaftlichen, sondern gewerblichen oder händlerischen Erwerbes leben". Da die "Gewerbedörfer" Asiens und Rußlands, in denen ein einzelner Gewerbebetrieb von einer Sippe betrieben wird, nicht als Städte gelten können, soll als weiteres Merkmal das einer gewissen "Vielseitigkeit" der ausgeübten Gewerbe hinzukommen. Ferner ist die Stadt Marktsiedlung, in der ein dauernder Güteraustausch wesentlich zur Bedarfsdeckung und zum Erwerb der Siedler stattfindet. Im einzelnen führt Weber aus: "Wir wollen von der 'Stadt' im ökonomischen Sinn erst da sprechen, wo die ortsansässige Bevölkerung einen ökonomisch wesentlichen Teil durch Erzeugnisse lebt, welche die ortsansässige und die Bevölkerung des nächsten Umlandes für den Absatz auf dem Markt erzeugt oder sonst erworben hat".

Von Schmoller 1) zeigt den herausragenden ökonomischen Punkt der nicht-landwirtschaftlichen Orientierung von zwei Seiten auf kombiniert mit der Größe und der regionalen Bedeutung. Er schreibt: "Die Stadt ist ein größerer Wohnplatz als das Dorf, aber zugleich ein solcher, wo Verkehr, Handel, Gewerbe und weitere Arbeitsteilung Platz gegriffen hat, ein Ort, der auf seiner Gemarkung nicht mehr genügende Lebensmittel für alle seine Bewohner baut, der den wirtschaftlichen, verwaltungsmäßigen und geistigen Mittelpunkt seiner ländlichen Umgebung bildet". Von Schmoller charakterisiert darüber hinaus noch allgemein die Stadt durch morphologische Eigentümlichkeiten, die der Stadt mehr in früherer Zeit zukamen. Auch beachtet er die juristische Seite. Insoweit gibt er ein umfassendes Bild. So fährt er anschließend fort: "Man denkt aber ebenso sehr daran, daß er mit Straßen und Brücken, mit Marktplatz, mit Rat- und Kaufhaus und anderen großen Bauten versehen, daß er durch Wall, Graben und Mauern besser als das Dorf geschützt sei; wofern ein solcher Schutz überhaupt nötig ist; endlich daran, daß er eine höhere politische und Gemeindeverfassung, gewisse Rechtsvorzüge besitze".

1) G. v. Schmoller, Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Erster Teil, 1 - 3. Aufl., Leipzig 1900, S. 255

Aus der Sicht des Marxismus hat jüngst Schmid-Renner 1) in einer theoretischen Arbeit über die Stadt sich auch mit dem Stadtbegriff befaßt. Er geht davon aus, daß die Städte "historische Produkte der gesellschaftlichen, letztlich der sozialökonomischen Praxis" 2) sind. Und er fährt fort: "Städte im sozialökonomischen Sinne sind zunächst lokale Standortkomplexe, die städtische Funktionen ausüben, ohne unbedingt rechtlich als Städte anerkannt zu sein. Sie sind örtliche Konzentrationen des sachlich und territorial differenzierten Lebens der Gesellschaft, unterliegen den Bedingungen der jeweils herrschenden Produktions- sowie der daraus folgenden Lebensweise und sind zugleich immanenter Bestandteil derselben. Stark verallgemeinernd kann man die Stadt als örtliche Konzentration von arbeitsteiligen Produzenten, Dienstleistenden (und von Konsumenten) mit entsprechenden Funktionen im Territorium ansehen" 2). An weiterer Stelle charakterisiert Schmid-Renner die sozialistischen Städte "als lokale Kollektive (als örtliche Gemeinschaften) von Menschen" 3).

V. Das Fazit über den Stadtbegriff

Als Ergebnis der Untersuchung über den Stadtbegriff hat sich herausgestellt, daß in der Geographie, in der Statistik und in der Nationalökonomie kein allgemein anerkannter Stadtbegriff besteht. Vielmehr werden in allen diesen Disziplinen viele Begriffsbestimmungen vertreten, die sich nicht auf einen Nenner bringen lassen.

Man wird hieran die Frage aufwerfen lassen, welcher der vielen Stadtbegriffe wohl der "richtige" sei. Hierzu hat sich

- 1) G. Schmid-Renner, Standort, Stadt und Territorium, in: Geographische Berichte, Jg. 3 (1958), S. 106 ff.
- 2) Derselbe, Ökonomisch-geographische Grundsatzfragen der Städtebildung, in: Geographische Berichte, Jg. 3 (1958), S. 16
- 3) Ebenda, S. 21

Sombart 1) geäußert. Er unterscheidet zwischen analytischen und synthetischen Begriffen der Stadt. Der analytische Begriff ist in seinen Merkmalen gegeben. Dies ist z.B. der Fall, wenn Gesetze oder Urkunden den Stadtbegriff festlegen. Der Stadtbegriff des öffentlichen Rechts ist demnach ein analytischer. Dieser steht also fest, wie das rechtliche Stadtgebiet festliegt.

Der synthetische Begriff wird durch die Zusammenstellung von Merkmalen, die einen bestimmten Sachverhalt charakterisieren, erst gebildet. "Alsdann ist keine Stadt da, ehe wir sie nicht gedacht haben Über ihre 'Richtigkeit' entscheidet allein der Zweck: sie sind richtig, wenn sie zweckmäßig sind" 1).

Und in der Tat kann man ein so komplexes Phänomen wie die Stadt unter vielen Blickwinkeln betrachten und definieren, die für sich genommen, alle zutreffend sein mögen. Der Stadtbegriff ist davon abhängig, welchen Aspekt man als relevant ansieht. Ändert sich der Aspekt, so wandelt sich der Stadtbegriff. Auch darf man nicht übersehen, daß zeitliche und räumliche Unterschiede auf den Stadtbegriff Einfluß nehmen.

C. Darstellung, Kritik und Ergebnisse der wesentlichen bisherigen Methoden der räumlichen Abgrenzung der Stadt

Es sind bislang schon zahlreiche Methoden der räumlichen Abgrenzung der Stadt entstanden. Die Ergebnisse dieser Bemühungen sollen im Rahmen dieser Arbeit aufgezeigt und gewürdigt werden. Durch die Darstellung der bisherigen Methoden wird dargelegt, inwieweit bis jetzt die räumliche Abgrenzung der Stadt nach spezifischen Aspekten und komplexen Betrachtungsweisen erfolgt ist.

Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Stadtbegriff und

1) W. Sombart, *Der moderne Kapitalismus*, Bd. 1, Halbbd. 1, 2. Aufl., München 1916, S. 127

Stadtabgrenzung steht bei der Darstellung die Frage im Vordergrund, welchen Stadtbegriff der Autor eo ipso vertritt. Damit ist auch der Aspekt der jeweiligen Betrachtung ersichtlich. Auf Grund der verwandten Abgrenzungskriterien ergibt sich, was jeweils mit einer Methode als Stadt tatsächlich abgegrenzt wird.

Die Untergliederung des Abschnitts ist danach vornehmlich nach den hervortretenden Merkmalen des Stadtbegriffs vorgenommen worden.

Es wird versucht, das aus dem Schrifttum zu bringen, was im besonderen für Deutschland wesentlich ist. Darüber hinaus werden auch die bedeutsamen ausländischen Methoden berücksichtigt.

I. Die Stadt als Siedlung von geschlossener Ortsform

Schlüter 1) unterteilt die Stadt und ihre Umgebung durch vier konzentrische Kreise in vier Zonen:

1. Die eigentliche Stadt als eine in lückenlosem baulichen Zusammenhang stehende Ganzheit,
2. das Gebiet städtisch beeinflusster Besiedlung mit zerstreuter Bebauung, Einzelsiedlungen mit städtischer Bauart,
3. die Zone der gewerblichen Beziehungen zur Stadt,
4. der Gürtel der Handels- und Verkehrsbeziehungen und des geistigen Einflusses.

Als Stadtgebiet sieht Schlüter dabei nur Zone 1 an.

Für Schlüter ist die Stadt eine Siedlung von geschlossener Ortsform, denn nichts anderes bedeutet eine lückenlose Bebauung.

Jefferson 2) spezifiziert dieses Merkmal. Dieser Autor hat sich zweimal der räumlichen Abgrenzung der Stadt gewidmet. Beim zweiten Male sieht er die Stadt unter dem Gesichtspunkt

- 1) O. Schlüter, Bemerkungen zur Siedlungsgeographie, in: ^{des} Geographische Zeitschrift, Jg. 5 (1899), S. 68 - 69
- 2) M. Jefferson, Great Cities of 1930 in the United States with a comparison of New York and London, in: Geographical Review, Vol. 23 (1933), S. 90 ff.

Zusammenhangs hoher Bebauung, der morphologischen Stadtabgrenzung. In Korrelation zur Bevölkerungsdichte steht die Stadt als "a closely built-up area" 1).

II. Die Stadt als Verdichtung von Menschen

Der Statistiker E. Hasse 2) gehört zu den Begründern der Methode der sog. mathematischen Agglomeration. Diese wurde deswegen so genannt, weil sie sich geometrischer Mittel für die Abgrenzung bediente. Hasse schlug vor, konzentrische Kreise um den Stadtmittelpunkt mit Radien von $1/2$, 1, 2, 3. 10 km zu ziehen und die Bevölkerungsdichte in jedem Ring auszurechnen. Die Grenzen der Stadt sollen dann dort liegen, wo sich ein sprunghafter Abfall der Bevölkerungsdichte von Ring zu Ring ergibt.

Hassinger 3) schlägt vor, wobei ihm eine Verbesserung der Methode Hasses vorschwebt, vom Stadtmittelpunkt aus zahlreiche Radialstrahlen gegen die Stadtperipherie zu ziehen, diese Radien als Diagonalen aneinandergereihter Flächeneinheiten anzusehen, und dann den Punkt für jeden Radialstrahl zu berechnen, wo sich ein beträchtlicher Unterschied in der Bevölkerungsdichte ergibt. Die Verbindung der so gefundenen Punkte soll die Stadtgrenze darstellen.

Auch Jefferson sieht die Bevölkerungsdichte für entscheidend an. Das enge Zusammensein von Gebäuden, in denen Menschen wohnen, macht den Charakter der Stadt aus 4). Jefferson kommt zu dem Schluß, daß es einen Dichtewert gibt, der die Stadt anzeigt. Und er nimmt einen Wert, der in etwa dem der offiziellen durchschnittlichen Bevölkerungsdichte der großen

- 1) M. Jefferson, Great Cities of 1930, a.a.O., S. 91
- 2) E. Hasse, a.a.O., S. 615 ff.
- 3) H. Hassinger, Beiträge zur Siedlungs- und Verkehrsgeographie von Wien, in: Mitteilungen der K.K. Geographischen Gesellschaft in Wien, Bd. 53 (1910), S. 12
- 4) M. Jefferson, The Antropography of some Great Cities, in: Bulletin of the American Geographic Society, Vol. 41 (1909), S. 537 ff.

amerikanischen Städte entspricht. So stellt er den Satz auf: "A continuous area having everywhere 10 000 or more people to the square mile is a city" 1).

Die Stadt nach der Bevölkerungsdichte abzugrenzen, bedeutet, sie als Verdichtung von Menschen zu begreifen. Zu dem Merkmal der Bevölkerungsdichte ist zu bemerken: Schon durch bloße Überlegungen dürfte die Annahme gerechtfertigt sein, daß ein genereller Dichteunterschied zwischen der Stadt und dem Umland fragwürdig ist. Auf städtischer Seite findet man Villenviertel, aufgelockerte Randsiedlungen und Siedlungen von Einfamilienhäusern, während auf nichtstädtischer Seite sich die Dichte durch Anbau von Sonderkulturen oder durch umfangreiches eigenständiges Handwerk und Gewerbe erhöhen kann. So haben auch die Arbeiten von Heine 2), Boerman 3) u.a. gezeigt, wie der Unterschied in der Dichte von Stadt zu Land immer mehr verschimmt. Die räumliche Abgrenzung der Stadt ist nicht nur eine Abgrenzung zum Land (Dorf), sondern auch zu anderen Städten und gewerblichen Siedlungen. Hier fällt der Dichteunterschied völlig weg.

Die Anwendung der konzentrischen Kreise beruht auf der Annahme, daß sich die Stadt von einem Mittelpunkt aus ringförmig ausbreitet. Diese Ansicht wird jedoch der Wirklichkeit nicht gerecht. Denn die räumliche Expansion der Stadt vollzieht sich auf Grund vieler Faktoren: den vorhandenen Straßen und Eisenbahnlinien, in Abhängigkeit von der Bodengestalt (Berge), der Bodenbedeckung (Wald), dem Verlauf von Flüssen, Seen, nach geologischen Verhältnissen (Rohstoffe), auf Grund wirtschaftlicher und rechtlicher Gegebenheiten, historischen Zufälligkeiten u.a.m...Das Ergebnis des Wirkens aller konkreten Umstände wird keine Kreisform sein.

- 1) M. Jefferson, The Antropography . . . , a.a.O., S. 544
- 2) W. Heine, Die Einwirkung der Großstadt Kiel auf ihre ländliche Umgebung, Kiel 1938
- 3) W. Boermann, Een en ander over de ontwikkeling van het bedrijfsleven in haar betekenissen voor den stedenbouw, in: Tijdschrift voor Economische Geographie, Jg. 28 (1937), S. 285 ff.

III. Die Stadt als Bevölkeringssanhäufung

Ein Hauptvertreter der mathematischen Agglomeration ist Schott 1). Er schlägt um den Mittelpunkt jeder politischen Großstadt einen Kreis mit dem Radius von 10 km. Alles, was sich innerhalb dieses Kreises befindet, rechnet zur Agglomeration. Danach wird dann die Bevölkerungszahl und die Bevölkerungsdichte ausgerechnet. Den Kreis mit dem Radius von 10 km unterteilt Schott weiter: der Kreis mit dem Radius von 0 - 5 km gilt als innere und der Ring von den Radien von 5 - 10 km als äußere Agglomeration. An Hand dieser Methode hat Schott die Entwicklung der deutschen Großstädte von 1871 bis 1910 und von 1911 bis 1925 untersucht 2). Bei dem zweiten Zeitabschnitt ist Schott in zunehmende Schwierigkeiten geraten. Einzelne große Städte waren über den Kreis mit dem Radius von 10 km hinausgewachsen, so daß der Radius zuweilen auf 15 oder 20 km erhöht werden mußte. Außerdem hatte sich die Kreisrechnung in der bisherigen Form bei den Städteballungen des Ruhrgebietes auf Grund häufiger und erheblicher Überschneidungen als undurchführbar erwiesen.

In den letzten Jahren ist im Anschluß an Schott das Kreisverfahren mit Abwandlungen wieder von einigen Autoren herausgestellt worden. Fischer 3) vertrat seine Anwendung. Als Kreis-

- 1) S. Schott, Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: Jahrbuch Deutscher Städte 1903, S. 129 ff. und 1904, S. 18 ff., derselbe, Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871 - 1910, Schriften des Verbandes deutscher Städtetstatistiker, Heft 1, 1912 u. derselbe, Großsiedlungen (großstädtische Agglomerationen), in: Statistisches Jahrbuch Deutscher Städte, Jg. 24 (1929), S. 66 ff.
- 2) Derselbe, alle a.a.O., vgl. auch: J. Reichl, Die Agglomerationen der deutschen Großstädte 1910 - 1925, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 18 (1929), S. 37 ff.
- 3) L. Fischer, Sonderprobleme der Abgrenzung städtischer Groß-Agglomerationen in Nordrhein-Westfalen, in: Bericht über die 10. Tagung in Wuppertal am 30. September und 1. Oktober 1955, Arbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen im Verband Deutscher Städtetstatistiker, Sonderheft der Statistischen Mitteilungen der Stadt Köln, Jg. 10 (1955), S. 68 ff. u. derselbe, Probleme der Abgrenzung städtischer Agglomerationen, in: Bericht über die 55. Tagung in Augsburg 1955, Verband Deutscher Städtetstatistiker (Hrsg.), 1955, S. 105 ff., insbesondere S. 117

radien empfiehlt er die von Eicher 1) vorgeschlagenen Radien: für Mittelstädte 10 km, für Großstädte bis 200 000 Einwohnern 15 km und für Großstädte über 200 000 Einwohner 20 km. Berlin und Hamburg sollen als Sonderfälle betrachtet werden, während für München nach den Berechnungen des Statistischen Amtes dieser Stadt 2) der 20-km-Radius angemessen ist. Für die von Schott nicht gelöste Frage der Überschneidungen der Kreise bei den Ballungsräumen schlug Fischer vor: a) Bei den Kreisüberschneidungen größeren Umfangs, die nur Reste ergeben, sind diese Agglomerationen als Einheit anzusehen. Die äußeren Kreisringteile ergeben bei dem Fortfall aller inneren überschrittenen Kreisringteile das Agglomerationsgebiet. b) Bei Kreisüberschneidungen geringen Umfangs sind die Schnittpunkte durch die Sehne zu verbinden. Letztere ist sodann als Grenzlinie zwischen den Agglomerationen anzunehmen (Segmentverfahren). Hook 3) befürwortete die mathematische Agglomeration am Beispiel von Mannheim-Ludwigshafen-Heidelberg. Für diese Städte zog er insgesamt einen Kreis mit dem Radius von 35 km. Bei einer Zonenringeinteilung müßte nach seiner Auffassung die innere Agglomeration durch einen Kreis mit dem Radius von 15 km ausgewiesen werden. Dem sollen die äußeren Ringe mit einem Abstand von jeweils 5 km Durchmesser folgen. Hook hat ebenfalls die Agglomeration Mannheim-Ludwigshafen dargestellt. Hierfür verwandte Hook einen Kreis mit dem Radius von 25 km, den er als zutreffend ansah.

- 1) L. Fischer, Sonderprobleme der Abgrenzung städtischer Groß-Agglomerationen in Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 72 (Schreiben von Eicher auf eine Rundfrage des Statistischen Amtes der Stadt Köln)
- 2) Derselbe, Probleme der Abgrenzung städtischer Agglomerationen, a.a.O., S. 115 u. 117 (Schreiben von Eicher auf eine Rundfrage des Statistischen Amtes der Stadt Köln) und Münchener Statistik, Statistisches Amt der Landeshauptstadt, 1955, S. 139 ff., insbesondere S. 144
- 3) K. Hook, Die Stadtregion und ihre begriffliche Problematik, in: Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim, Heft 48, 1955, S. 23 ff.

Schott und die ihm Folgenden fassen die Stadt als eine Bevölkerungsanhäufung oder -konzentration oder -zusammenballung auf. Hier ist der Begriff der Agglomeration in seinem ursprünglichen Nominalsinne angebracht, nämlich als bloße Anhäufung von Bevölkerung, der sonst weiter nichts über weitere Beziehungen dieser Bevölkerung untereinander aussagt. Die Bevölkerungsanhäufung wird sogar als eine konzentrische mit bestimmten Radien angesehen. Damit werden die Grenzen der Stadt willkürlich gesetzt. Dies räumen selbst die Vertreter dieser Methode ein. Diese Methode ist von ihrem Ziel her zu begreifen, überhaupt eine vergleichbare einfache statistische Erfassung der Bevölkerung aller großen Städte unabhängig von ihren rechtlichen Grenzen zu ermöglichen.

Olbricht 1), der von einem dreifachen Stadtbegriff ausgeht: dem politischen, geographischen und wirtschaftlichen, kommt zu der Auffassung, das letzterer "erst einen wahren Einblick in die Bedeutung unserer Großstädte gibt". Jedem Stadtbegriff erkennt er einen ihm zugehörigen von einander verschiedenen Raum zu, so daß drei verschiedene Räume der Stadt bestehen, die nicht miteinander übereinstimmen. Das Gebiet, das der Stadt im wirtschaftlichen Sinne eigen ist, er nennt es Umkreis, stellt er fest, indem er ein starkes Wachstum der Bevölkerung der einzelnen Ortschaften in Stadtnähe als Kennzeichen nimmt. Seine Ergebnisse vergleicht er mit denen Schotts, wobei er zu dem Ergebnis kommt, daß seine Methode näher zum Ziele führt. Robert Mayer 2) will die Stadtgrenze durch die Linie bestimmen, die die Stadt durch eine auffällige Bevölkerungszunahme aus der Umgebung heraushebt. Als Zählobjekte sollen möglichst kleine Siedlungseinheiten verwandt werden. Danach sollen nicht Gemeinden sondern Ortschaften, Ortsteile und Stadtbezirke erfaßt werden. Die Stadt hat im Vergleich zu dem sie umgebenden Land eine charakteristische Bevölkerungsentwicklung, die es zu ermitteln gilt. Dabei reicht es nicht aus, lediglich eine Be-

1) K. Olbricht, a.a.O., S. 57 ff. u. Tafel 12

2) R. Mayer, Methoden zur Bestimmung der Stadtgrenzen, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 4 (1936), Halbbd. 1, S. 548 ff.

völkerungszu- oder -abnahme festzustellen. Vielmehr sind mit Hilfe von Häufigkeitskurven Gruppen von Siedlungseinheiten zu bilden, die sich voneinander durch ihr prozentual berechnetes Bevölkerungswachstum scheiden. Mayer stellte folgende Gruppen auf - wie auch die Durchführung seiner Methode in Graz 1) zeigt - :

a) Die Siedlungen im oberen Seltenheitsbereich. Diese Gruppe zeichnet sich durch ein besonders starkes Wachstum der Bevölkerung aus, wie es bei einer Neubildung von Wohnvierteln oder Industrie Gründungen zu beobachten ist.

b) Die Gruppe der überdurchschnittlichen Häufigkeit. Dazu gehören die Siedlungen auf dem Lande mit durchschnittlichem Wachstum.

c) Die Siedlungen im unteren Seltenheitsbereich. Diese Gruppe besteht nur aus verhältnismäßig wenig Einheiten, da hier eine Bevölkerungsabnahme von nicht unerheblichem Ausmaß zu verzeichnen ist und diese Fälle ziemlich selten sind.

Die Bevölkerungsentwicklung der Stadt und der nahen Gemeinden wird graphisch dargestellt. Dies kann einmal durch die Wachstumskurve geschehen. Hier wird für die einzelne Siedlungs- und Zählseinheit der Bevölkerungsstand auf der Ordinate und der Zeitverlauf auf der Abszisse abgetragen. Größere Aufschlüsse gibt das Querschnittsprofil. Auf der Abszisse werden hier die Siedlungseinheiten entsprechend ihrer räumlichen Lage nach dem Querschnitt aufgezeichnet und auf der Ordinate die Prozentzahlen des Bevölkerungswachstums innerhalb einer Zählperiode. Eine solche Kurve wird wie folgt aussehen: der Stadtkern wird sich als Senke darstellen, die wegen der dortigen Bevölkerungszunahme sogar im Negativen verlaufen wird. Je größer die Stadt und ihr Kern, desto breiter ist diese Senke. Die hohen Werte liegen in den äußeren Bezirken. Hier wächst die Stadt. Dies kann in einem kurzen Zeitraum oder auch in einer längeren allmählichen Entwicklung, wie bei einem Villenviertel, vor sich gehen. Außerhalb dieser städtischen Bevölkerungsschwelle, mit der die Stadt abschließt, liegt ein Ring von Ortschaften, der Menschen an die Stadt abgibt und verhältnismäßig leer ist.

1) R. Mayer, Die Grenzen der Stadt Graz, 23. Jahresbericht des Ersten Bundes-Realgymnasiums in Graz, Graz 1935

Danach kommt erst das Land mit den Siedlungen von durchschnittlichem Wachstum. Die Analyse dieser Kurven legt die Stadtgrenze dar. Dies kann auch für jeden vergangenen Zeitraum erfolgen, je nach dem welche Zeiträume man aufträgt.

In eine ähnliche Richtung geht die Methode Engelmanns 1), der alle Ortschaften zur Großsiedlung zählt, deren Bevölkerungsentwicklung gleich der der Kernstadt und beträchtlich größer als der der entfernteren Gemeinden verläuft.

Die meisten Städte zeichnen sich seit ihrer Gründung und besonders im 19. und 20. Jahrhundert durch eine erheblich über dem Lande liegende Bevölkerungszunahme aus. Die Bevölkerungszunahme wird vor allem in den Randzonen der Städte vor sich gehen, wo genügend Raum dafür ist. Dieser Sachverhalt liegt zugrunde, wenn die Bevölkerungsentwicklung als Abgrenzungsmerkmal gewählt wird. Die Stadt wird als Bevölkerungsanhäufung angesehen; denn kein anderer Gesichtspunkt ist relevant. Ob eine Ortschaft aus eigenständigen Kräften oder unter dem Einfluß einer nahen Stadt wächst, darüber sagt die ansteigende Bevölkerungszahl selbst nichts aus. Andererseits kann sich die Wirtschafts- und Sozial-Struktur einer Gemeinde ändern, ohne daß dies durch eine Bevölkerungszunahme zum Ausdruck kommt, deshalb kann die Bevölkerungszunahme im Gegensatz zu Olbricht auch nicht das wirtschaftliche Stadtgebiet abgrenzen. Die Bevölkerungsentwicklung ist nicht selbst Erscheinung eines städtischen wirtschaftlichen Status, sondern nur ein sekundärer Folgezustand von wirtschaftlichen Vorgängen, der nicht nur auf eine bestimmte primäre Ursache schließen läßt.

IV. Die Stadt als Verkehrsraum

1910 machte Hassinger 2) für Wien einen Versuch, die natürliche Stadtgrenze zu bestimmen. Er will das Siedlungsgebiet der Stadt feststellen, das er als Wohngebiet auffaßt. Hassinger räumt ein,

- 1) R. Engelmann, Oesterreichs städtische Wohnplätze mit mehr als 25 000 Einwohnern Ende 1910, Statistische Monatsschrift, Neue Folge Jg. 19 (1914), S. 413 ff., insbesondere S. 415
- 2) H. Hassinger, Beiträge zur Siedlungs- und Verkehrsgeographie von Wien, Bd. 53 (1910), S. 5 ff.

daß die Stadtgrenzen andere wären, wollte man die Stadt als wirtschaftliche, politische oder geistige Sphäre bestimmen. Für Hassinger ist die Stadtgrenze eine Verkehrsgrenze. Diese wird dadurch gewonnen, daß zunächst die Stundenisochrone ermittelt wird. Dies ist die Linie, die alle Punkte verbindet, die bei Benutzung des schnellsten örtlichen Verkehrsmittels vom Mittelpunkt der Stadt in einer Stunde erreichbar sind. Dies findet darin seine Begründung, daß nach der Erfahrung der wesentliche Teil der Wiener Bevölkerung nicht mehr als eine Stunde Fahrzeit zur Arbeitsstätte aufwendet. Aber nicht die Fahrzeit ist allein entscheidend für den Weg zu Arbeit sondern auch die Häufigkeit, mit der die Verkehrsmittel fahren, und der Fahrpreis. Auch muß der Weg zu den Verkehrsmitteln genau berücksichtigt werden. Hassinger hat danach eine Formel der mittleren Erreichbarkeit (E_m) aufgestellt:

$E_m = F_m + F'_m P + \frac{W_m}{2}$. F_m ist die Zeit des Weges zum Verkehrsmittel, F'_m bedeutet die Fahrzeit des Verkehrsmittels, die mit dem Proportionalitätsfaktor P multipliziert wird, der den Fahrpreis im Verhältnis zum Regelpreis mit einbezieht; und $\frac{W_m}{2}$ ist die halbe mittlere Wartezeit zwischen dem Fahren der Verkehrsmittel. Die Stundenisochrone wird damit von Hassinger in der Weise ergänzt und präzisiert, daß die mittlere Erreichbarkeit von einer Stunde das Kriterium für die Stadtgrenze ist. Die Linie der mittleren Erreichbarkeit vom Stadtzentrum aus ist die Stadtgrenze. 1942 hat Hassinger 1) nochmals mit derselben Methode die Verhältnisse Wiens untersucht.

Nach Hassinger haben andere Autoren für andere Städte Abgrenzungen nach Isochronen vorgenommen, so Aagesen für Kopenhagen 2), und Aarhus 3), Kok 4) für Den Haag.

- 1) H. Hassinger, Großstadtgrenzen, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 6 (1942), S. 97 ff.
- 2) A. Aagesen, Om Københavns geografiske Afgrænsning, in: Geografisk Tidsskrift, Jg. 45 (1942), S. 123 ff.
- 3) Derselbe, Et Bidrag til Aarhus Bygeografi, in Geografisk Tidsskrift, Jg. 46 (1943), S. 10 ff.
- 4) R. Kok, Isochronenkaarten voor het locale en regionale openbaar personenvervoer van s'Gravenhage, in: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Jg. 42 (1951), S. 261 ff.

Eine andere Arbeit, die die "Grenzen des Stadtraumes vom Standpunkt des innerstädtischen Verkehrs" in theoretischer Form behandelt, ist die von Wehner 1). Er geht davon aus, daß der räumlichen städtebaulichen Entfaltung Grenzen gezogen sind durch die Verkehrsbedienung der Stadt durch die Verkehrsmittel, die unter den Postulaten der Wirtschaftlichkeit und Leistungsfähigkeit stehen. Kriterium für enge wirtschaftliche Beziehungen der Außenbezirke zum Stadtzentrum ist für ihn vor allem die Verkehrshäufigkeit. Die Grenzen sollen nun bis dorthin gelegt werden, bis wohin sich noch besonders häufige Verkehrsbeziehungen zum Schwerpunkt erstrecken. Wehner entwickelt nun an Hand der bestehenden Theorien den Einfluß einer Verkehrslinie auf das von ihr erschlossene Wohngebiet: die Einflußzonen. Dies geschieht vollkommen abstrakt, wie seine ganzen Darlegungen nur theoretisch-idealtypischer Natur sind. Die Verkehrsmitteltheorie setzt er sodann in Beziehung zu wirtschaftlichen Idealschemen von Stadträumen. Diese sind folgende, wobei gleich die Ergebnisse genannt seien:

1. der lohnorientierte Stadtraum, dessen Grenze innerhalb der Fußgängerisochrone, allenfalls der Radfahrerisochrone liegt;
2. der rohstofforientierte Stadtraum, seine Ausdehnung ist durch eine Verkehrsplanung nur wenig zu beeinflussen;
3. der verbrauchsorientierte Stadtraum, gewöhnlich ist eine Ausdehnung über die Fußgängerisochrone nicht erforderlich, doch sind die Grenzen nicht so starr wie etwa bei 1.;
4. der verkehrsorientierte Stadtraum, grundsätzlich sind die Grenzen für den Stadtraum mit krisenfestem Arbeitsmarkt erheblich weiter als für den Stadtraum ohne krisenfesten Arbeitsmarkt, für den die Grenzen stets durch die Isochronen für billige Oberflächenverkehrsmittel bestimmt werden,
 - a) die Erwerbsgebiete befinden sich in der Innenstadt, hier ist nicht der Höchstzeitaufwand entscheidend sondern die Aufnahmefähigkeit der Innenstadt für Oberflächenverkehrsmittel,

1) B. Wehner, Die Grenzen des Stadtraumes vom Standpunkt des innerstädtischen Verkehrs, Diss. Berlin 1934

- b) die Erwerbsgebiete liegen in den Außenbezirken, hier setzen die Isochronen dem Stadtraum die Grenze.

Hassinger und Wehner betrachten die Stadt als einen vom Stadtkern her bestimmten Verkehrsraum. Die Schwierigkeit, das "richtige" Stadtzentrum zu wählen, hat Leyden 1) aufgezeigt, indem er von zwei Punkten in der Innenstadt Berlins, dem Alexanderplatz und dem Wittenbergplatz, die scheinbar gleich günstige zentrale Verkehrspunkte darstellen, die Isochronen bestimmte und dabei zu beträchtlichen Unterschieden gelangte. Einen eindeutigen Beweis für die Unanwendbarkeit der Isochronenmethode für die allgemeine Abgrenzung der Stadt glaubt Arnold 2) gefunden zu haben. Er verglich an Leipzig und Kopenhagen die Stadtgrenzen, die mit seiner Methode der Intensitätswerte und der Isochronen feststellte. Hierbei zeigte sich ein krasser Gegensatz zwischen den beiden Stadtgrenzen, sowohl bei Leipzig, eine Stadt, die sogar konzentrisch gewachsen ist, als auch bei Kopenhagen. Ein einheitlicher Verlauf der Grenzen der beiden Methoden war nicht im geringsten festzustellen. Wie andere neuere Arbeiten 3) gezeigt haben, dürfte die Verkehrsmethode mehr für die Festlegung von Einflußzonen geeignet sein.

V. Die Stadt als Gesamtheit von Menschen gleichartiger Lebensweise

Das Institut national de la statistique et des études économiques, welches die zentrale Behörde Frankreichs für die Landesstatistik ist, hat für eine nachträgliche Auswertung

- 1) F. Leyden, Groß-Berlin, Geographie einer Weltstadt, Breslau 1933, S. 130 ff.
- 2) H. Arnold, Die Abgrenzung der Stadtlandschaft, in: Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Länderkunde, Neue Folge 12 (1953), S. 109 - 110 u. 114 - 115
- 3) Vgl.: Dussart, La méthode des courbes isochrones, Son application à la ville de Liège, Liège 1939
H. Peter, Regionalplanung im Kanton Zürich, Zürich 1945
G. Chabot, La Détermination des courbes isochrones en géographie urbaine, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II sect. IIIa, S. 110 ff.

der Volkszählung von 1946 im Hinblick auf die statistische Erfassung der Agglomeration eine von Bénard entwickelte Methode übernommen 1). Diese stellt insofern ein Extrem dar, als sie unter Außerachtlassung objektiver Kriterien allein auf soziologische Zustände abstellt. Und zwar gilt als Merkmal die Art und Weise, wie sich das Familienleben abspielt. Die berufliche Tätigkeit liegt außerhalb des Kreises der Familie und ist deshalb unerheblich. Die Verbringung der Freizeit ist dagegen wesentlich. Bestimmte städtische Daseinsformen, die von der Größe der Stadt abhängig sind, haben entsprechende Formen des Familienlebens zur Folge. Dies gilt in gleicher Weise für ländliche Gebiete und deren Lebensformen. Die Gleichartigkeit eines bestimmten solchen Zustandes bedingt nun einerseits die Abgrenzung eines Gebietes als Einheit. Andererseits ist für die Zuordnung einer Gemeinde zu einer Agglomeration ein wohnbaulicher Zusammenhang Voraussetzung. Auch wird nur über die Gemeinde in ihrer Gesamtheit und nicht über Ortsteile entschieden. Nach diesem Verfahren sind städtische und ländliche Ortschaften unabhängig von den politischen Grenzen erfaßt worden. Die Stadt ist in diesem Falle eine Gesamtheit von Menschen gleichartiger außerberuflicher Lebensweise, die in einer größeren Siedlung in wohnbaulichem Zusammenhange wohnt.

VI. Die Stadt als nicht-landwirtschaftlich genutzter Raum

Yoshimura 2) hat für Tokio die Stadtgrenzen nach einer Methode bestimmt, die von der Art der Nutzung der Fläche aus-

- 1) E. Bénard, Contribution à l'étude des agglomérations françaises in: Population, Revue trimestrielle de l'Institut national d'études démographiques, Jg.1 (1952), S. 95 ff.

O. Boustedt, Der Beitrag der Statistik zur Regionalforschung in Frankreich, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 13 (1955), S. 226 ff.

- 2) S. Yoshimura, The rate of land cultivation as an indication of the boundary of a large city with special reference to Tokyo, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II, sect. V, S. 196 ff.

geht. Dabei ist für ihn der Anteil der landwirtschaftlich genutzten Bodenfläche entscheidend. Diese setzt er in Beziehung zum städtisch genutzten Boden. Im Stadtkern ist die landwirtschaftliche Nutzfläche gleich null, und sie steigt dann nach außen schnell an.

Hier wird die Stadt als nicht-landwirtschaftlich genutzter Raum abgegrenzt. Diese Methode wird den qualitativ-quantitativen Unterschieden zwischen Land und Stadt nicht gerecht, die sich nicht durch die jeweils genutzten Bodenflächen ausdrücken lassen.

Die Landwirtschaft als bodennutzender Wirtschaftszweig beansprucht in einem viel stärkeren Maße die Bodenflächen als etwa der industrielle oder dienstleistende Bereich. So kann bei gleich großer genutzter Bodenfläche ein Landwirt nicht eine Fabrik oder einen Wohnblock mit Hunderten von Personen aufwiegen.

VII. Die Stadt als "kulturproduzente Arbeitsgemeinschaft"

Hanslik 1) untersuchte an der Stadt Biala in Galizien Stadtbegriff und räumliche Abgrenzung der Stadt. Dabei gelangte er zu einer ökonomisch orientierten Begriffsbestimmung: "Die Stadt ist die kulturproduzente Arbeitsgemeinschaft von mehrteiliger Arbeitsart. Auf engbegrenzten Bauflächen schafft der Bürger Kultur". Unter Kulturproduktion versteht Hanslik die Ver- und Umarbeitung der Naturproduktion. Das Dorf dagegen stellt eine in gleichförmiger, ungeteilter Arbeitsart Natur produzierende Arbeitsgemeinschaft dar, die vor allem auf weiten Flächen Nahrung schafft. Hanslik fand, daß städtische Bau-, Siedlungs- und Betriebsart dort aufhören, wo ländliche Wirtschafts- und Siedlungsweise beginnen. Wo nun Kultur- und Naturproduktion, m.a.W. städtische und ländliche Bau-, Siedlungs- und Betriebsart aufeinanderstoßen, dort liegen die Grenzen der Stadt. Biala ist eine verhältnis-

1) E. Hanslik, Biala, Eine deutsche Stadt in Galizien, Leipzig 1909, insbesondere S. 84 - 91

mäßig kleine Stadt inmitten einer ländlichen Umgebung. Hier tritt der Gegensatz von Stadt und Land, wie ihn Hanslik sieht, offen zutage. Anders verhält es sich aber, wo Stadt und Land ineinandergreifen, sich miteinander vermengen in der Siedlungsweise, der Wohnbauweise, der Produktion u.a.m. oder sogar Stadt an Stadt grenzt oder Stadt an gewerbliche Siedlung. Unter den letztgenannten Verhältnissen wird man diese Methode kaum anwenden können.

VIII. Metropolitan Distirct, Standard Metropolitan Area und Urbanized Area

In den Vereinigten Staaten 1) ist vom US Census Bureau für die Volkszählung von 1930 der Begriff "metropolitan district" geschaffen worden. Alle Städte mit 50 000 und mehr Einwohnern wurden danach unabhängig von den Staatsgrenzen abgegrenzt. Die metropolitan districts sind amtlich wie folgt definiert worden: sie umfassen "in addition to the central city or cities, all adjacent and contiguous civil divisions having a density of not less than 150 inhabitants per square mile, and also, as a rule, those civil divisions of less density that are directly contiguous to the central cities, or are entirely or nearly surrounded by minor civil divisions that have the required density" 2)

Für die Zählung von 1950 wurden die "standard metropolitan Area" und die "urbanized area" gebildet 3). Während der metropolitan district nach den Gemeinden ermittelt wurde, werden bei der standard metropolitan area immer die counties als ganze überprüft, ob sie zu der Kernstadt zu zählen sind oder nicht. Voraussetzung ist eine 50 000 Einwohner zählende

- 1) O. Boustedt, Neue Wege der regionalen Gliederung in der Statistik der USA, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 34 (1950), S. 162 ff.
- 2) Fifteenth Census of the United States: 1930, Metropolitan Districts, Population and Area, Washington, 1932, S. 5 - 6, zitiert nach R.E. Dickinson, a.a.O., S. 198 - 199
- 3) O. Boustedt, Neue Wege der regionalen Gliederung in der Statistik der USA, a.a.O., S. 162 ff.

Kernstadt. Im einzelnen sind die Merkmale für die standard metropolitan area folgende:

1. Ein county muß 10 000 nicht-landwirtschaftliche Arbeiter haben oder einen Anteil von 10 % an der Gesamtzahl der nicht-landwirtschaftlichen Arbeiter der standard metropolitan area, wobei $\frac{2}{3}$ der erwerbstätigen Bevölkerung des county's außerhalb der Landwirtschaft beschäftigt sein muß.

2. Ein county muß aufs engste mit dem Hauptort in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht verbunden sein. Dies wird angenommen, wenn a. im county 15 % der Arbeiter Auspendler in den Hauptort sind oder b. in gleicher Weise 25 % Einpendler sind oder c. die Zahl der Ferngespräche vom county zum Kernort im Durchschnitt mindestens 4 pro Teilnehmer im Monat beträgt.

Für die urbanized area sind allgemeine Richtlinien gegeben worden, so daß im Einzelfall eine spezielle Abgrenzung durch die geographische Abteilung des Bureau of the Census erfolgen konnte. Zur urbanized area zählen folgende Gebiete in unmittelbarer Nähe einer Stadt ab 50 000 Einwohner:

1. selbständige Gemeinden mit einer Einwohnerzahl ab 2 500,
2. selbständige Gemeinden unter 2 500 Einwohnern ab 100 Wohnungseinheiten und ab einer Wohndichte von 500 pro Quadratmeile,
3. Ortsteile mit einer Einwohnerdichte ab 500 pro Quadratmeile,
4. Gebiete, die als funktionelle Flächen zu der Kernstadt rechnen wie Industrie-, Verkehrs-, Erholungsflächen u.a.,
5. an die Kernstadt nicht angrenzende Ortschaften, die den Nr. 1 - 4 genügen und bis $1\frac{1}{2}$ Meilen entlang der kürzesten Verbindung auf einer Fernstraße entfernt sind und an diese Ortschaften weiter anschließende Ortschaften mit gleicher Siedlungsstruktur im Bereich einer halben Meile. -

Als Stadtgebiet kommen nur der metropolitan district und die urbanized area in Frage. Die standard metropolitan area ist auf die Zusammengehörigkeit der Kernstadt mit nur ganzen counties abgestellt. Die Einheiten sind viel zu groß, und es sind demgemäß zu viele bedeutende ländliche Bezirke in

ihnen enthalten, als daß sie für eine räumliche Abgrenzung der Stadt im eigentlichen Sinne dienen könnten. Die Bildung des metropolitan districts ist dagegen als Versuch zu werten, die Stadt als größere Verdichtung von Menschen entsprechend den Grenzen der unteren Verwaltungseinheiten zu erfassen. Die urbanized area ist völlig unabhängig von Verwaltungsgrenzen. Sie ist als eine größere Verdichtung von menschlichen Wohnstätten mit funktioneller Ganzheit aufzufassen. Die Aufstellung von nur allgemeinen Richtlinien gibt die Möglichkeit, individueller vorzugehen, vor allem was die funktionelle Zugehörigkeit von Flächen angeht, aber dies bedeutet gleichfalls eine gewisse Uneinheitlichkeit in Bezug auf den Stadtbegriff und das Stadtgebiet.

IX! Die Stadt als wirtschaftliche Einheit nach der subjektiven Ansicht Orts- und Sachkundiger

In einer Untersuchung über "Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung des Deutschen Reiches" machte Brückner 1) einen Versuch, das wirtschaftliche Gebiet der Stadt festzustellen. Dabei stützte er sich teilweise auf eine Befragung der Magistrate der Städte, ob eine Ortschaft im näheren Umkreis einer Stadt so eng mit dieser wirtschaftlich verbunden ist, daß sie der Stadt zugerechnet werden kann. Um das Verfahren einheitlicher zu gestalten, sollte zu einem Großteil folgendes Schema Anwendung finden: bei Städten mit einer Einwohnerzahl von 100 000 bis 150 000 werden alle Orte in einem Umkreis von ca. 4 km vom Mittelpunkt der Stadt als zu deren wirtschaftlichen Stadtgebiet zugehörig angesehen, bei größeren Städten wurde der Kreis bis 6 km und in Ausnahmefällen um mehr als 6 km erweitert. Als Kontrolle für diese Regel wurde die Bevölkerungsentwicklung der betreffenden Vororte beachtet in dem Sinne, ob diese wesentlich höher war als in den Gemeinden des weiteren Umkreises.

Die Besonderheit der Methode Brückners ist es, daß er durch

1) N. Brückner, a.a.O., S. 135 ff. und 615 ff.

eine Befragung der Magistrate das wirtschaftliche Stadtgebiet ermitteln will. Wenn er sich auch nur teilweise darauf verläßt, nämlich soweit die Ansichten ihm zutreffend erscheinen, so ist doch diese Art des Vorgehens einer gesonderten Erwähnung und Betrachtung wert. Die Befragung mit den örtlichen Verhältnissen vertrauter und sachkundiger Personen stellt einen möglichen Weg für die räumliche Abgrenzung der Stadt dar. Solche Befragungen werden auch in der Praxis vorgenommen, um die Gültigkeit von Untersuchungsergebnissen zu überprüfen. Die Einheitlichkeit der Beurteilung ist allerdings durch die mehr oder weniger große Subjektivität, die in der Befragung vieler Personen ohne einheitliche objektive Kriterien liegt, nicht gewährleistet. Und die Abgrenzung wird mit ihren Ergebnissen sehr von der Auswahl der zu befragenden Personen abhängen.

X. Die Stadt als nicht-landwirtschaftliche Bevölkerungseinheit mit unmittelbarer gemeinsamer Existenzgrundlage bezüglich der Arbeitsstätten im Kerngebiet

Bereits seit 1930 werden von der amtlichen Statistik der Schweiz 1) nach den jeweiligen Volkszählungen (1930, 1941, 1950, 1960) die Agglomerationen nach den Merkmalen des Pendelverkehrs und der nicht-landwirtschaftlichen Bevölkerung gebildet und ausgewiesen. Zur Agglomeration rechnen die Gemeinden, in denen der Anteil der im Kerngebiet arbeitenden Berufstätigen 30 % und mehr aller Berufstätigen und der Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung weniger als 20 % der Gesamtbevölkerung betragen. Ergänzend findet auch der bauliche Zusammenhang Berücksichtigung. Seit 1960 gelten als Agglomerationskerne nur noch Städte mit mindestens 10 000 Einwohnern. Die Ergebnisse der Volkszählung im Hinblick auf die Agglomerationen sind im Statistischen Jahrbuch der Schweiz 2) verzeichnet.

1) Schreiben vom 11. 10. 1962 des Eidgenössischen Statistischen Amtes, Volkszählungsbureau an den Verfasser

2) Siehe z.B.: Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1959/60, S. 13

Boustedt 1) verwendet 1953 gleichfalls als die tragenden Merkmale seiner Methode die Pendler und die nicht-landwirtschaftliche Bevölkerung. Er unterteilt die Stadtregion in mehrere Zonen:

1) Kerngebiet. Dies ist die Kernstadt mit den unmittelbar angrenzenden Randgemeinden, die selbst Einpendlergebiet sind, mit folgenden Merkmalen: Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen unter 20 % an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, Bevölkerungsdichte ab 500 Einwohner pro km², mehr als 67 % aller Häuser sind Mehrfamilienhäuser oder Ein- und Mehrfamilienhäuser.

2) Verstädterte Zone. Merkmale: Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen 20 % bis unter 35 % an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, Anteil der Pendler ins Kerngebiet über 30 % von den gesamten gewerblich Erwerbstätigen und Anteil der Pendler ins Kerngebiet ab 60 % von den gesamten Auspendlern, mehr als 67 % aller Häuser sind Einfamilien- und Bauernhäuser.

3) Engere Randzone. Merkmale: Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen 35 % bis unter 50 % an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung, Anteil der Pendler ins Kerngebiet von über 20 % bis 30 % von den gesamten gewerblich Erwerbstätigen und Anteil der Pendler ab 60 % von den gesamten Auspendlern, mehr als 67 % aller Häuser sind Bauernhäuser.

4) Weitere Randzone. Diese unterscheidet sich in ihren Merkmalen von der engeren Randzone nur durch den Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen, dieser beträgt hier 50 % bis 65 % an der gesamten erwerbstätigen Bevölkerung. (Nach einer stichprobenweisen Auszählung wurde festgestellt, daß 65 % der landwirtschaftlichen Erwerbstätigen, gleichzusetzen ist 50 % der landwirtschaftlichen Berufszugehörigen (d.i. die gesamte Bevölkerung nach Wirtschaftsgruppen).

1) O. Boustedt, Die Stadtregionen, a.a.O., S. 13 ff.
Die Stadt und ihr Umland, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 11 (1953), S. 20 ff.
Eine Untersuchung der Agglomerationen der großen Städte, in: Bayern in Zahlen, 1953, S. 162 ff.

Die Reihenfolge der Zonen geht von innen nach außen entsprechend der obigen Aufstellung von 1 bis 4. Die weitere Randzone beschließt mit ihrer äußeren Grenze die räumliche Ausbreitung der Stadt. Die Stadtregion einer Stadt soll festgestellt werden, wenn sie insgesamt eine Einwohnerzahl von mehr als 50 000 aufweist und die Kernstadt mehr als 30 000 Einwohner zählt. Aus statistischen Gründen wurden die rechtlichen Gemeindegebiete als Zähleinheiten verwandt. Diese Methode ist zum ersten Male für Bayern erprobt worden. Später wurden danach auch die Stadtregionen für Rheinland-Pfalz 1) und die für Linz 2) festgestellt.

Voigt 3) geht bei einer Untersuchung für Kiel in ähnlicher Weise wie die schweizer Statistik und Boustedt vor, als er auch die zwei gleichen Hauptmerkmale heranzieht, mit allerdings etwas verschiedenen Schwellenwerten und einer Zoneneinteilung. Er nimmt zwei Zonen an:

1. Der intensivste Verflechtungsbereich. Die Merkmale sind: unter 20 % Agrarbevölkerung von der Gesamtbevölkerung und mehr als 40 % Pendler in die Kernstadt von den gesamten Auspendlern; Gemeinden in unmittelbarer Nähe der Stadt, in denen viele Einpendler beschäftigt sind, sind daraufhin zu prüfen, ob ihre gewerbliche Entwicklung auf den Wirtschaftsraum der Stadt zurückzuführen ist; die Pendlerquote ist dann bei Bejahung dieser Frage auch auf diese Gemeinden zu beziehen.
2. Die städtisch beeinflusste Zone. Dies ist der an die vorangehende Zone sich anschließende äußere Raum. Die Merkmale sind hier: 20 bis 25 % Agrarbevölkerung und 20 bis 39 % Pendler in die Kernstadt von den gesamten Auspendlern.

- 1) Rheinland-Pfalz, Grundlagen zur Raumplanung, Landesplanung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), 1954
- 2) Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1953, Statistisches Amt der Stadt Linz (Hrsg.), 1954
- 3) H. Voigt, Untersuchung über das Umland der Stadt Kiel, Niederschrift eines Beitrages zu den von der Bundesanstalt für Landeskunde durchgeführten Arbeitsbesprechungen zur Abgrenzung von Stadt und Umland im Frühjahr 1953, Remagen 2. 3. 1953 (verv. Manuskript)

Sirp 1) hat im Anschluß an ein Verfahren von Fehre 2) Vorschläge gemacht, die sich auf eine Verbesserung und Ergänzung der Methoden von Boustedt und Voigt beziehen. Fehre hat versucht, die Gemeinden des Thüringer Beckens nach dem Grade der Verstädterung einzuordnen. Um den Verstädterungsgrad zu messen, berechnete er die Agrardichte, indem er die Agrarquote in Beziehung zur Entwicklung der Bevölkerungsdichte setzte. Sirp will die Behausungsziffer ermitteln, das ist die Zahl der Wohnungen pro Wohngebäude. Es soll nun die Beziehung entstehen, daß sich die Behausungsziffer zu der Agrarquote umgekehrt proportional verhält. Insoweit ist die Behausungsziffer als Ergänzung der Agrarquote gedacht. Der zweite Vorschlag betrifft die Verwendung des Fernsprechverkehrs und des Einzugsbereiches der Geschäfte als Indikatoren der Verflechtung.

In Anlehnung an die eben aufgeführte Methode von Boustedt ist von dem Arbeitskreis "Städtische Regionalprobleme" des Forschungsausschusses "Raum und Bevölkerung" der Akademie für Raumforschung und Landesplanung 3) folgende Abgrenzungsmethode für die Stadtregion aufgestellt worden:

Zone	Bevölkerungs- dichte (Einwohner je qkm)	Landw. Erwerbs- personen in % der Erwerbspers- onen insgesamt	Anteil der in das Kerngebiet Auspendelnden an den	
			Erwerbspers. insgesamt	Auspendl. insgesamt
Kerngebiet:				
Kernstadt	in der Regel	unter		
Ergänzungs- gebiet	über 500	10		
Umlandzone:				
Verstädter- te Zone	(über 200)	unter 30	über 30	über 60
Randzone 1		unter 50	über 20	
Randzone 2		50 - 65		

- 1) E. Sirp, Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 14 (1955), S. 46 ff.
- 2) H. Fehre, Zum Entwurf einer korrelativen Volksdichtekarte, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 7 (1949) S. 102 ff.
- 3) Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 14, Bremen 1960, S. 12

Die Schwellenwerte sollen nur Richtwerte sein. Ziel dieser Methode soll nach der Meinung der Autoren im besonderen sein, eine vergleichbare Agglomerationsstatistik zu ermöglichen; nach den Daten der Volkszählung von 1950 sind danach die Städte der Bundesrepublik ab 80 000 Einwohnern abgegrenzt worden. Es wurden 56 Stadtregionen gebildet, die zusammen eine Bevölkerung von rd. 21,6 Mill. Einwohnern gleich rd. 45 % der gesamten Bevölkerung der Bundesrepublik darstellten 1). Fehre 2) hat sodann für die nach diesem Verfahren konkret festgestellten Stadtregionen die Bevölkerungsentwicklung von 1939 bis 1960 berechnet. Dem schloß sich die Akademie für Raumforschung und Landesplanung 3) an, wobei sie den Zeitraum von 1939 bis zur Volkszählung von 1961 ausdehnte. Grundlage hierfür bildeten gleichfalls die nach den Ergebnissen der Volkszählung von 1950 4) nach dem soeben aufgezeigten Verfahren 5) abgegrenzten Stadtregionen. Danach wohnten am 6. 6. 1961 in den Stadtregionen 26,6 Mill. Personen gegenüber 27,3 Mill. Personen in den übrigen Gemeinden 6). Der Unterschied des Verfahrens der Akademie für Raumforschung und Landesplanung zur ersten Methode von Boustedt liegt darin, daß das Merkmal der vorherrschenden Wohnhaustypen fallen gelassen wurde, kein so großes Gewicht auf die Bevölkerungsdichte gelegt wurde, der Anteil der landwirtschaftlichen Erwerbspersonen in Prozent der Erwerbspersonen insgesamt im Kerngebiet von unter 20 auf unter 10 und in der verstädterten Zone von unter 35 auf unter 30 festgesetzt wurde. Damit ist eine gewisse Annäherung an die Methode von Voigt herbeigeführt worden.

- 1) Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 13
- 2) H. Fehre, Zur Bevölkerungsentwicklung der deutschen Stadtregionen von 1939 bis 1960, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 21 (1963), S. 129 ff.
- 3) Die Entwicklung der Bevölkerung in den Stadtregionen, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 22. Hannover 1963
- 4) Ebenda, S. 21
- 5) Ebenda, S. 2
- 6) Ebenda, S. 49

Die amtliche Statistik der Schweiz, Boustedt, Voigt und der Arbeitskreis der Akademie für Raumforschung und Landesplanung gehen von einem wirtschaftlichen Stadtbegriff aus, dessen zwei Hauptgesichtspunkte die nicht-landwirtschaftliche Ausrichtung der Bevölkerung und ihre unmittelbare gemeinsame wirtschaftliche Existenzgrundlage bezüglich der Arbeitsstätten im Kerngebiet sind.

Die Problematik der auf induktivem Wege oder mehr oder weniger nach Gutdünken festgesetzten Schwellenwerte zeigt sich in der erheblichen Diskrepanz derselben für die Stadtabgrenzung: so bei dem Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung von 20 % (Schweiz) über 25 % (Voigt) bis 50 % (Boustedt, Arbeitskreis) und bei dem Anteil der berufstätigen Pendler in das Kerngebiet an der Gesamtzahl der Berufstätigen von 20 % (Boustedt, Voigt, Arbeitskreis) bis 30 % (Schweiz)

Das Statistische Amt der Stadt Köln hat für den Kölner Raum die Methoden von Boustedt und Voigt erprobt 1). Die Umgebung von Köln ist nicht so einfach strukturiert wie Bayern und Schleswig-Holstein, wo die Städte zumeist einzeln inmitten einer ländlichen Umgebung gelegen sind. Der Kölner Raum ist differenzierter: er ist vergewerblicht und berührt andere Stadtgebiete. Es stellte sich heraus, daß diese Methoden nicht geeignet sind, in einem solchen Falle befriedigende Abgrenzungsergebnisse zu geben 1).

XI. Die Stadt als komplexes Phänomen

Schoenberg 2) untersuchte die Zusammengehörigkeit der Wuppertaler Ortsteile aus geographischer Sicht im Hinblick auf die im Jahre 1930 erfolgte Um- und Eingemeindung. Für diese Beurteilung stellte sie folgende Kriterien auf:

1) E. Sirp, Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 14 (1955), S. 38 ff.

2) H. Schoenberg, Wuppertal, Eine moderne Umgemeindung, geographisch betrachtet, zugleich ein Beitrag zur Geographie dieser Stadt, Diss. Köln 1935

1. Die Einheit der Landschaft
2. Die Einheit der Siedlungen
 - a) bauliche Verbundenheit,
 - b) morphologisch bedingte Gleichartigkeit der Siedlungen,
 - c) Einheitlichkeit in der Einzelbauweise (Stein-, Fachwerkhaus),
 - d) Einheitlichkeit in der offenen oder geschlossenen Bauweise,
 - e) Einheitlichkeit in der Stockwerkhöhe.
3. Die Einheit der Wirtschaft
 - a) Gleichartigkeit der Industrie,
 - b) Pendler.
4. Die Verkehrsbeziehungen
5. Die einheitliche Struktur der Bevölkerung
 - a) Einheitlichkeit der Religion,
 - b) Einheitlichkeit in der sozialen Struktur (soziale Schichtung, Verteilung der Berufe),
 - c) zwischenmenschliche Einstellung und Beziehungen zwischen den einzelnen Ortsteilen (freundlich oder feindlich).
6. Die kulturellen Beziehungen
7. Das gemeinsame Versorgungswesen
8. Die gemeinsamen Entwicklungsmöglichkeiten für Wohn- und Industriesiedlung.

Bei der konkreten Untersuchung zeigt sich gleich, daß eine völlige Übereinstimmung zwischen den einzelnen Ortsteilen bezüglich der einzelnen Kriterien nicht vorhanden war. Die Verfasserin beschritt daraufhin den Weg, die bestehenden Gemeinsamkeiten auf ihren Wert hin abzuwägen und auf diese Weise die Verbindung zwischen den Ortsteilen mit der größten Übereinstimmung der Kriterien festzustellen.

Knibbe 1) hat eine Einzeluntersuchung für Hannover vorgenommen, in der er die wirtschaftliche Verflechtung der politischen Stadt mit dem Vorraum darstellt. Diese wirtschaftliche Verflechtung der Stadt mit den Außenorten tritt in einer Reihe von Merkmalen zutage, deren wichtigste Knibbe zusammenge-

1) H. Knibbe, Die Großsiedlung Hannover, a.a.O., insbesondere S. 142 ff.

stellt und erörtert hat:

- a) Der bauliche Zusammenhang mit der Stadt (gilt nur für die unmittelbaren Umgebungsgemeinden)
 - b) Das Vordringen des Wohnbaues
 - c) Das Vordringen der Industrie
- Bei b) und c) ist zwischen eigenwirtschaftlicher und städtisch beeinflusster Entwicklung zu unterscheiden. Nur die letztere ist als wirtschaftliche Verbundenheit mit der Stadt zu werten.
- d) Die Ausdehnung des Vorortverkehrs
 - e) Das Vorhandensein städtischen Grundbesitzes (gilt nicht ohne weiteres)
 - f) Der Pendelverkehr.

Die konkreten Verflechtungsmerkmale sind nun in jedem einzelnen Falle in ihrer Zusammensetzung und Stärke gegeneinander abzuwägen, um die tatsächliche Verflechtung zu bestimmen. Arbeitsmäßig ist es günstig, die Orte, die aus eigenwirtschaftlichen Kräften gewachsen sind, getrennt von den von vornherein städtisch beeinflussen zu behandeln. Die erste Frage bei der Untersuchung ist, von welchen Kräften ist die Entwicklung der Ortschaft getragen worden. Hinzu kommt die Frage: in welchem Maße ist gegenwärtig eine Verflechtung mit der Stadt nachweisbar?

Loschelder, Stork und Mäding 1) haben in einem "Gutachten über die Raumprobleme der Stadt Kiel" folgende Merkmale für die Eingliederung der Vororte in die Stadt Kiel verwandt:

I. Kommunalwirtschaftliche Verflechtungsmerkmale:

- 1. bauliche Verflechtung,
- 2. verkehrsmäßige Verflechtung,
- 3. versorgungsmäßige Verflechtung,
- 4. wirtschaftliche Verflechtung,

II. Soziographische Verflechtungsmerkmale:

- 5. 25 - 34 % Pendler ins Kerngebiet von den Erwerbstätigen
- 6. 35 - 39 % " " " " " des Vorortes
- 7. 40 und mehr " " " " " "

1) W. Loschelder, H. Stork, E. Mäding, Gutachten über die Raumprobleme der Stadt Kiel, Magistrat der Stadt Kiel (Hrsg.), Kiel 1955, insbesondere S. 92

8. Agrarbevölkerung und 20 ‰

9. Bevölkerungsdichte über 300,

III. Räumliche Gesichtspunkte:

10. Gründe der Bauplanung,

11. Einheit der Landschaft (hier des Forderraumes),

12. Gründe der Landschaftsgestaltung,

IV. gleich 13. historischer Zusammenhang,

V. gleich 14. früher erwogene Eingemeindung.

Nachdem in der nach Gemeinden durchgeführten Untersuchung schon die Ergebnisse für jede Gemeinde allgemein zusammenfassend gewürdigt worden sind, ist sodann für das Untersuchungsgebiet insgesamt eine tabellarische Übersicht aufgestellt worden. Hier wird jedes vorkommende Verflechtungsmerkmal mit einem Punkt gewertet, mit Ausnahme der höheren Pendleranteile von Nr. 6 (gleich 2 Punkte) und Nr. 7 (gleich 3 Punkte). Die Summe der Punkte ergibt die "Verflechtungsdichte" der Gemeinde. Eine hohe Punktzahl spricht für die Zugehörigkeit zu dem Stadtgebiet. Die Verfasser verkennen nicht die unterschiedliche Gewichtigkeit der einzelnen Merkmale zueinander. Sie vertreten jedoch die Ansicht, daß man trotzdem eine solche Summenbildung vornehmen könne, wenn man sich der ungleichen Gewichte bewußt bleibe. Neben den Gemeinden, die sich durch eine hohe Gesamtpunktzahl auszeichnen, werden von den Autoren auch einige Gemeinden zur Eingliederung aus Gründen der Raumordnung vorgeschlagen.

Von geographischer Seite versucht Feyer 1) 1948 auf physiognomischem Wege das Vorortgebiet der Stadt von dem weiteren Umland am Beispiel Hannovers zu scheiden. Die Verfasserin stellte 13 "Merkmale und Ursachen der Vorortwerdung" auf. Diese sind folgende:

Siedlungsbild:

- 1) Verdichtung und Umbildung des Dorfkerns durch städtische Wohnabauung in Grundriß und Aufriß,
- 2) Entstehung nicht-ländlicher Wachstumsspitzen

1) U. Feyer, Die Vorortentwicklung von Hannover außerhalb des politischen Stadtgebietes, Diss. Stuttgart 1948

- a) in Richtung auf die Stadt,
- b) ortsbedingt,

Bevölkerungsbild:

- 3) starke Bevölkerungsbewegung (Wachstumsperioden),
- 4) Zunahme der Bevölkerungsdicht,
- 5) Frühzeitiges Überschreiten der 1000 Einwohner-Stufe,
- 6) Abnahme der Personenzahl pro Familie,
- 7) Pendlerverkehr mit der Stadt,

Wirtschaftsbild:

- 8) Starke Industriebevölkerung und geringer Anteil der Landbevölkerung,
- 9) Vorhandensein einer größeren Anzahl von Telefonanschlüssen besonders in nicht-ländlichen Wirtschaftszweigen,
- 10) Entstehung eigener oder von der Stadt abhängiger Industrie,
- 11) Förderung eigener Bodenschätze,

Verkehrsbild:

- 12) Gute Verkehrsverbindungen mit der Stadt
 - a) für Personen,
 - b) für Güter,
- 13) Günstige Lage zur Stadt.

Aus den wichtigsten dieser Merkmale entwarf Feyer eine Formel, an Hand deren die Kennziffer k der Ortschaft berechnet wird, die die Bedeutung der Gemeinde als Vorort anzeigt. Die Formel lautet:

$$K = \sqrt{\frac{(b)(c)(d)(e)(f)(g)}{(a) 10^{11}}} \cdot (1)$$

- Es bedeuten: (b) die Einwohnerzahl,
(c) die Bevölkerungsdichte,
(d) Quotient aus städtischer und ländlicher Bevölkerung,
(e) Pendlerzahl,
(f) Zahl der Telefonanschlüsse,
(g) Quotient aus städtischen und ländlichen Telefonanschlüssen,
(a) Entfernung von der Stadt,
(1) Produkt aus Verkehrsgewichtszahlen von 1. Straßenbahn,

2. Eisenbahn, 3. Autobus, 4. Landstraße.

Ist die ausgerechnete Kennziffer $K = 10$, so sollen dies große Vororte sein; ist $K = 1-10$, dann bedeutet dies, es ist ein

mittlerer Vorort; $K = 0,1-1$ gleich Vorortgemeinde; $k = 0,1$ gleich Vordörfer. $K = 1$ ist die entscheidende Linie, ob ein Ort zur Stadt gehört oder nicht. Bei der Aufstellung der Formel geht die Verfasserin von der Annahme aus, daß die Vorortbildung proportional all den Merkmalen ist, die im Zähler stehen, und umgekehrt proportional all den Merkmalen, die im Nenner stehen.

Das Ergebnis wird in starkem Maße von der Größe der Einwohnerzahl beeinflußt. Zu beachten ist, daß in der Formel die Siedungsverhältnisse in Grundriß und Aufriß keine Berücksichtigung finden.

Arnold 1) begreift die Stadt als "Siedlung, deren Charakter durch das Zusammenwirken der stadtbildenden Faktoren in ihrer jeweiligen landschaftlichen Bedingtheit und geographischen Auswirkung bestimmt wird" 2). Denn die Definitionen der Stadt in der Literatur zeigen übereinstimmend, daß es "stadtbildende" Faktoren gibt, deren Zusammenwirken ist es, wovon die Städteigenschaft einer Siedlung abhängt. In den Stadtdefinitionen kommen die einzelnen Faktoren deswegen unterschiedlich vor, weil sie bei den einzelnen Siedlungen mit ungleicher Intensität auftreten. Der übergeordnete Raum bestimmt und bedingt hauptsächlich die Verschiedenheit der Intensität. Nicht die Summe sondern die Synthese der Faktoren führt zum Stadtbegriff.

So will Arnold 3) eine Ermittlung der Stadtgrenzen mit Hilfe von Intensitätswerten vornehmen. Er geht von den Faktoren aus wie Bevölkerungsdichte oder Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Dabei stehen Anzahl und Einzelart der Faktoren nicht allgemein fest, vielmehr sollen diejenigen Faktoren ausgewählt werden, die der Eigenart des betreffenden Raumes am meisten entsprechen. Dabei nimmt der Verfasser eine Fülle von möglichen Faktoren an, die für die Wahl zur Verfügung stehen. Es soll angestrebt werden, möglichst viele zu verwenden, da dadurch die Fehler vermindert würden, mögen diese auch

1) H. Arnold, a.a.O., S. 71 ff.

2) Ebenda, S. 78

3) Ebenda, S. 71 ff.

klein sein. Bei der Untersuchung von Leipzig und Umgebung stellte Arnold beispielsweise folgende Faktoren auf: Die Bevölkerungsbewegung, die Bevölkerungsdichte, die Dichte der Wohnhäuser, den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung. Diese Faktoren werden jedoch nicht nach ihren eigentlichen Angaben gewertet, sondern sie werden zuvor in andere Zahlen übersetzt, die die einzelnen Faktoren untereinander vergleichbar machen. Das sieht so aus, daß für die ursprünglichen Angaben von ihrer Untergrenze bis zur Obergrenze Zahlen von 1 an eingesetzt werden z. B.

Bevölkerungsdichte	Intensitätswert
unter 75	1
75 - 100 je km	2
101 - 125	3
126 - 150	4 usw.

Mehr als 25 Stufen der Differenzierung sollten wegen der Übersichtlichkeit und einer möglichen kartographischen Darstellung nicht genommen werden. Als Unter- und Obergrenze können Angaben genommen werden von denen ab ein Untersuchung wichtig erscheint. Die Gesamtbeurteilung einer Ortschaft kann einmal durch die Summe der Intensitätswerte geschehen. Wichtiger ist jedoch der Verlauf der Reihe der Intensitätswerte. Letztere gibt den Entwicklungsstand oder Intensitätsgrad der Gemeinde an. Gemäß den Ergebnissen der Untersuchung können dann Siedlungstypen aufgestellt werden. Arnold fand bei seiner Leipziger Untersuchung vier klare derartige Typen: Ackerbausiedlungen, ländliche Siedlungen, Industrie- und vorstädtische Siedlungen, städtische Siedlungen. Die beiden letztgenannten ergeben den städtisch intensivierten Raum, bei dem im Einzelfalle seine landschaftliche Zugehörigkeit zu prüfen ist, da das Vorhandensein einer solchen geschlossenen Fläche noch nichts über die funktionelle Zugehörigkeit besagt. Dies kann aber durch eine Analyse der gesamten Verkehrsbeziehungen oder der Pendelwanderung geklärt werden. Auf diese Weise ist dann der Stadt-
raum ermittelt. -

Den einseitigen Methoden, die von einem oder auch von wenig mehr Aspekten die Stadt sehen und sie danach abgrenzen, ste-

hen die ausgesprochen komplexen Methoden gegenüber. Diese gehen von einem komplexen Stadtbegriff aus, d.h. sie betrachten die Stadt als vielseitiges Phänomen durch entsprechende Abgrenzungskriterien. Da eine umfassende Stadtforschung besonders von der Geographie angestrebt wird, sind es vornehmlich geographische Autoren, die auf diese Weise vorgehen. Schoeberg hat als erste eine komplexe Methode angewandt. Sie sieht die Stadt als landschaftliche, siedlungsmäßige, wirtschaftliche, verkehrsmäßige, bevölkerungsmäßige, kulturelle, versorgungsmäßige, bauentwicklungsbedingte Einheit. Arnolds Stadtbegriff erhält durch die Vielfalt der städtebildenden Faktoren seine Umfassenheit. Feyer erfaßt die Stadt unter vielen Gesichtspunkten aus den Blickwinkeln der Bebauung, der Bevölkerung, der Wirtschaft und des Verkehrs. Knibbe vertritt einen vorwiegend wirtschaftlichen Stadtbegriff, der funktionell, industriell, verkehrsmäßig und zum einheitlichen Wohn- und Arbeitsort akzentuiert ist. Außerdem sieht er die Stadt als Siedlung von geschlossener Ortsform und in Wohnbauweise. Auch die vielseitige Sicht muß die einzelnen Aspekte auswählen, selbst wenn alle Seiten berücksichtigt werden sollen, so ist zu klären, welches sind alle Seiten der Stadt? Die einzelnen Teilsichten erbringen nun vielfach voneinander abweichende Ergebnisse. Hier wird gerade die in den Stadtrandgebieten oft anzutreffende Antinomie zwischen Physiognomie und Funktion sichtbar. Die Antinomien kann man als eine Vermengung von Stadt und Land auffassen, wenn man einen solchen komplexen Stadtbegriff vertritt. Die zu lösende Frage ist, wie ein Gesamtergebnis zu erzielen ist. Für die einseitigen Abgrenzungsmethoden besteht diese Frage nicht. Denn diese haben keine oder unerhebliche Diskrepanzen zur Folge. Es bestehen folgende Möglichkeiten, zum Gesamtergebnis zu gelangen: a) Jedem Aspekt die gleiche Wichtigkeit zuzugestehen. In diesem Falle wird die überwiegende Zahl der einzelnen Faktoren zugunsten oder zuungunsten der Stadtzugehörigkeit den Ausschlag geben. b) Es kann auch eine verschiedene Wertung für die einzelnen Aspekte durchgeführt werden, wenn man nämlich nicht allen die gleiche

Wichtigkeit zuerkennt. Feyer wendet dies an, indem sie die speziellen Zahlen für die einzelnen Faktoren in ihrer Formel zusammen berechnet. Auch Schoenberg praktiziert dies in einer allgemeinen Wertung ohne ein quantitatives System, um zu einem Ergebnis zu kommen.

Eine sowohl bei gleicher als auch ungleicher Gewichtigkeit weitere Frage ist, wie in unterschiedlichem Maße die vorhandenen Faktoren zu berücksichtigen sind. Denn beispielsweise kommen städtische Bauweise, landwirtschaftliche Bodennutzung nicht ganz oder gar nicht vor, sondern sie werden in unterschiedlichen quantitativen Teilen vorhanden sein. Man kann sich durch die Aufstellung eines Schwellenwertes zu einer Alternative entschließen; aber man kann auch an eine quantitative Abstufung der Faktoren denken, die ein wohl umfassenderes Gesamtbild ergibt. So bieten die Zahlenangaben in der Formel von Feyer die Möglichkeit der völligen Differenzierung. Auch die Methode von Arnold will im besonderen diesem Umstand Rechnung tragen. Knibbe berücksichtigt auch allgemein die Stärke der Verflechtungsmerkmale, allerdings ohne eine spezielle Quantifizierung.

XII. Die Conurbation

Von Geddes 1) ist 1915 der Begriff der Conurbation geprägt worden, der bis heute eine dominierende Stellung in Großbritannien eingenommen hat. Geddes hat dabei vor allem die in baulichem Zusammenhang stehende Städteagglomeration vor Augen gehabt, die wohl in der Regel unter Führung einer grossen Stadt stehen mag, aber nicht notwendigerweise zu stehen braucht. Die englische Statistik hat für die Volkszählung 1951 den Ausdruck der Conurbation übernommen. Das Central Statistical Office bestimmte die Conurbation wie folgt: "ein Gebiet städtischen Charakters, in dem eine Anzahl verwaltungsmäßig selbstständiger Städte ineinandergewachsen sind und miteinander durch solche Faktoren wie gemeinsame industrielle

1) P. Geddes, *Cities in Evolution*, Neue Aufl., New York 1950, S. 14 - 15, ix

oder geschäftliche Interessen oder durch ein gemeinsames Einkaufs- oder ein gemeinsames Zentrum für Unterricht und Fortbildung miteinander verbunden ist" 1). Gleichzeitig gab man der Meinung Ausdruck, daß man es nicht für möglich halte, den Begriff der Conurbation in exakter Weise zu bestimmen. Als Richtlinien für die Festlegung der Conurbation im konkreten Falle sind folgende gegeben worden, wobei keines dieser Momente allein von entscheidendem Gewicht sein sollte und könnte:

1. Die Grenzen einer Conurbation sollen sich mit denen von Verwaltungseinheiten decken.
2. Grundsätzlich ist eine bauliche Geschlossenheit erforderlich, wobei unerhebliche landwirtschaftlich Enklaven außer Betracht bleiben sollen.
3. Normalerweise wird es ein Kerngebiet und davon abhängige Ortsteile geben. Das Maß der Abhängigkeit ist vielleicht dadurch ersichtlich, daß man fragt, was mit dem Ortsteil geschehen würde, wenn das Kerngebiet entfernt würde.
4. Eine starke Pendelwanderung spricht für die Conurbation.
5. Stellt ein Teilkerngebiet sich als Wohngebiet dar, so ist es der Conurbation zuzurechnen.
6. Orte, für die das Schwerpunktgebiet Einkaufszentrum ist, sollen zur Conurbation gehören.
7. In gleicher Weise Orte, für die das Schwerpunktgebiet ein Zentrum der Erziehung und Unterhaltung ist.
8. Die Bevölkerungsdichte soll beachtet werden, allerdings ist sie nicht von entscheidendem Gewicht 2).

Für die Abgrenzung der einzelnen Conurbationen sind dann noch besondere Merkmale aufgestellt worden. Diese sind summarisch zusammengestellt: Alter, Zustand und Typen der Gebäude, Siedlungsweise, Siedlungsdichte, Lage und Struktur der Industrie, Entwicklungstendenzen 3).

1) nach A. Kühn, Conurbation in Großbritannien, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 37 (1952), S. 225

2) Ebenda, S. 226

3) Ebenda, S. 228 - 229

Danach sind 7 Conurbationen als Zählseinheiten für die Volkszählung gebildet worden. Die Fläche der einzelnen Conurbationen schwankt zwischen 800 000 und 8 300 000 1).

Die Conurbationen sind demnach große Räume, in denen etwa ein Drittel der gesamten Bevölkerung des Landes lebt. Ein solches Verfahren will nicht mehr die einzelnen Städte abgrenzen, sondern verstärkerte Großräume erfassen. -

Zuletzt mag hier noch auf die Literaturübersichten von Rubić 2) Schöller 3), Meyen und Hoffmann 4), Boustedt 5), Boustedt und Ranz 6), Hoffmann und Klöpfer 7), Fehre 8) und Haubner 9) hingewiesen werden.

1) nach A. Kühn, a.a.O., S. 228

2) I. Rubić, Geografsko određivanje okolice grada (The geographical limitation surrounding a town), in: Geografski Glasnik, Bd. 11/12 (1949/50), Zagreb, S. 45 - 60

3) P. Schöller, Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie, in: Erdkunde, Jg. 7 (1953), S. 165 - 166 und derselbe, Beiträge zur geographischen Stadtabgrenzung, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 168 - 172

4) G. Meyen u. F. Hoffmann, Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: Geographisches Taschenbuch 1954/55, S. 418 - 424

5) O. Boustedt, Abgrenzung von Agglomerationen im Ausland, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 160 - 166

6) O. Boustedt u. H. Ranz, Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 33, (1957), S. 85 - 93

7) F. Hoffmann u. R. Klöpfer, Schrifttum zur Abgrenzung von Stadt und Umland, Mitteilungen des Stadtgeographischen Arbeitskreises, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 14 (1955), S. 195 - 206

8) H. Fehre, Zur Abgrenzung der Stadtregion, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 150 - 159

9) K. Haubner, Methoden zur Raumgliederung, insbesondere im Bereich von Stadt und Umland, in: Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 14, Bremen 1960, S. 113 - 145, insbesondere S. 123 - 133, 139 - 145

XIII. Das Gesamtergebnis der bisherigen Stadtabgrenzungen

Es sind über dreißig Abgrenzungsmethoden dargestellt worden. Man wird danach nach dem Gesamtergebnis der bisherigen Abgrenzungen fragen.

Es ist festzustellen: Die Stadt ist nach vielen speziellen außerökonomischen Methoden abgegrenzt worden, wobei die Autoren von verschiedenen außerökonomischen Aspekten der Stadt ausgingen und diverse Kriterien anwandten.

Ebenfalls sind von mehreren Autoren komplexe Methoden entwickelt worden. Dabei sind die vier Hauptsichten komplexer Stadtbetrachtung: Siedlung, Bevölkerung, Wirtschaft, Verkehr durch besondere Merkmale berücksichtigt worden. Es sind vor allem Geographen gewesen, die nach einer umfassenden Betrachtung strebten. Allgemein läßt sich sagen, daß es den realen Gegebenheiten wohl näher kommt, die Stadt von vielen Seiten zu sehen als nur aus einem Blickwinkel.

Wenn man die aufgezeigten ökonomischen Merkmale der Stadtbegriffe mit den bisherigen Methoden der räumlichen Abgrenzung vergleicht, so kann man folgendes sagen: Der landwirtschaftlich-nichtlandwirtschaftliche Gegensatz hat bei den einseitigen Methoden der schweizer Statistik, bei Boustedt, Voigt, Yoshimura, der Akademie und den komplexen Methoden Verwendung gefunden.

Wie die oben angeführten Anwendungen der Methoden von Boustedt, Voigt gezeigt haben, kann bei den einseitigen Methoden das Kriterium des Anteils des Agrarsektors nur in agrarisch ausgerichteten Gebieten, wo die Städte inmitten einer ländlichen Umgebung gelegen sind, befriedigende Ergebnisse liefern. Diese Voraussetzung ist aber nur zum Teil gegeben. Auf der anderen Seite ist heute in den Industrieländern die Situation wie folgt: Es hat eine zunehmende Vergewerblichung weiter Gebiete stattgefunden. Neben die Stadt und das Dorf sind Werksiedlungen getreten. Es bestehen ausgedehnte Industriegebiete, in denen oft Stadt an Stadt grenzt und die Landwirtschaft nur noch eine unerhebliche Rolle spielt. Danach ist die räumliche Abgrenzung der Stadt nicht nur eine Frage der Scheidung von "nicht-land-

wirtschaftlicher " Stadt zu "landwirtschaftlichem" Dorf, sondern auch von Stadt zu Stadt und von Stadt zu Werksiedlung. In den beiden letzteren Fällen kann das Agrarkriterium keine Dienste leisten.

Das Verflechtungsmerkmal der Pendler ist nicht speziell in den Stadtbegriffen hervorgehoben worden. Das Merkmal geht mehr in die Tiefe des Stadtbegriffs. Es bedeutet in seiner Einzelherausstellung die Zusammengehörigkeit von Wohn- und Arbeitsort und deren Bevölkerung. Bei den Methoden kommt das Merkmal vor bei Knibbe, Schoenberg, Feyer, Arnold, standard metropolitan area, conurbation, Boustedt, Voigt, der schweizer Statistik und der Akademie für Raumforschung und Landesplanung. Der Pendelverkehr ist wohl im hohen Maße geeignet, eine Verflechtung anzuzeigen. Doch ist dies nicht die gesamte Verflechtung, sondern nur ein Teil derselben.

Eine Methode, die die Stadt in einer umfassenden Weise auf sozialökonomischer Grundlage abgrenzt, ist bislang nicht entwickelt worden. Die bisherigen ökonomisch ausgerichteten Methoden sind aus den angeführten Gründen zu eng und konnten nur Teilergebnisse bringen.

Der wesentliche Unterschied der wirtschaftlichen Betrachtungsweise zu der komplexen ist, daß bei den ökonomischen Methoden die Physiognomie der Siedlung, wie sie in Grundriß und Aufriß zum Ausdruck kommt, nicht berücksichtigt wird. Die ausgesprochene Antinomie zwischen Physiognomie und Funktion, wie sie so oft in der Stadtrandzone anzutreffen ist, nimmt die komplexe Methode in Kauf.

Keine der bisherigen Methoden ist aus der Tiefe des Stadtbegriffes abgeleitet worden. Hier in dieser Arbeit wird jedoch aus einer geschlossenen Gesamtschau der Stadt auch die Frage der räumlichen Abgrenzung gelöst.

- D. Die räumliche Abgrenzung der Stadt aus einer funktionellen Gesamtbetrachtung auf sozialökonomischer Grundlage
- I. Ein globaler und formalistischer Stadtbegriff als Ausgangspunkt für die räumliche Abgrenzung

Was uns als Stadt entgegentritt, läßt sich von zwei Hauptpunkten betrachten: der Siedlung und der Bevölkerung.

Zur Bevölkerung: Die elementare Gemeinsamkeit der Bevölkerung einer bestimmten Stadt ist, daß sie räumlich mehr oder weniger zusammen ist. Dies ist eine äußerliche Erscheinung. Entscheidend ist jedoch eine innere Gemeinsamkeit: das Zusammenleben dieser Bevölkerungsgruppe. Im einzelnen zeigt sich das Zusammenleben im folgenden:

Die Wohnstätten, Arbeitsstätten, Straßen, Geschäfte, Versorgungs-, Gesundheits-, Erholungs-, Verwaltungs-, Kultureinrichtungen u.a.m. werden miteinander genutzt.

Weiter läßt sich feststellen, daß die Menschen einer Stadt vorwiegend füreinander tätig sind. Obwohl insgesamt gesehen der örtliche Wirkungsbereich der Tätigkeiten im Verhältnis zum überörtlichen Wirkungsbereich in der Regel geringer sein wird, ist er für die eigene städtische Bevölkerung am größten im Vergleich zu den einzelnen Bevölkerungsgruppen der anderen Siedlungen; denn die überörtlichen Tätigkeiten verteilen sich auf viele Siedlungen.

In vielen Bereichen ist ein enges Zusammenwirken der Bevölkerung zu verzeichnen, so in der Verfolgung gemeinsamer Ziele, der dabei erfolgenden Koordination und Organisation.

Dies geschieht vornehmlich bei der Arbeit, in der Verwaltung, der Politik, den Verbänden und im religiösen Leben.

Da der Kreis der Bevölkerung, der durch die vorstehenden Gemeinsamkeiten gekennzeichnet ist, ein begrenzter und bestimmter ist, wird diese Personengruppe als Personengesamtheit bezeichnet.

Zur Siedlung: Sie ist das augenfällige Merkmal der Stadt.

Damit ist hier die gegenständliche Erscheinung gemeint, wie sie uns in einer Ansammlung von Bauwerken aller Art und den Bodenflächen entgegentritt. Die bloße Anhäufung von Bauwerken ist keine Stadt. Erst das Leben der Menschen in ihr macht sie zu einer solchen. Eine Siedlung ohne Menschen ist ein Steinhäufen. Die Siedlung ist somit von den Menschen her zu bestimmen, von der Bevölkerung, die in ihr das dauernde Zusammenleben hat. Die Siedlung stellt die sachlich räumliche Komponente der Stadt dar. Man kann auch von einem Standortkomplex von Einrichtungen im weiteren Sinne sprechen, die den Menschen für ihre verschiedenen Bedürfnisse dienen. So komplex das Leben der Bevölkerung ist, so vielfältig ist auch dessen körperlicher Niederschlag in der Siedlung: diese ist nicht allein ein Wohnplatz, sie ist in gleicher Weise ein Arbeitsplatz, Verkehrsplatz, Erholungsplatz, Vergnügungsplatz, Verwaltungsplatz u.a..

Nach allem kann man die Siedlung wie folgt definieren: als ein Gebiet, wo eine Personengesamtheit ihr gesamtes Leben ganz oder überwiegend führt.

In welcher Beziehung im Hinblick auf die Stadtdefinition stehen nun die Bevölkerung und die Siedlung zueinander? Die physische Siedlung kann nicht allein die Stadt ausmachen, und die Menschen allein vermögen dies auch nicht, beide Merkmale sind begriffsnotwendig. Die Menschen und die Siedlung stehen in gegenseitiger Abhängigkeit zueinander; diese Verknüpfung von beiden ist eine der Wesenheiten der Stadt. Die bisher dargelegte Auffassung von der Stadt mag so formuliert werden, daß man von einem Inbegriff einer Personengesamtheit und einer Siedlung spricht.

Als spezifische Differenzierungen kommen in Betracht: Die Stadt unterscheidet sich vom Dorf durch eine nicht-agrarische Orientierung. Die Stadt hat eine geringe oder keine landwirtschaftliche Fläche. Die landwirtschaftlichen Produkte werden auf dem Lande erzeugt. In der Stadt findet

sich in größerem Ausmaß nur ein Anbau von Gemüse und Handelsgewächsen für den eigenen städtischen Bedarf. Die städtische Bevölkerung geht anderer als landwirtschaftlicher Arbeit nach und erwirbt dadurch ihren Unterhalt. Damit ist die städtische Bevölkerung abhängig von fremder ländlicher Arbeit und deren Erzeugnissen. Sie ist also darauf angewiesen, daß auf dem Lande für sie eine zusätzliche Menge von landwirtschaftlichen Gütern hervorgebracht wird. Die umfassende Existenzgrundlage der Stadt bildet der nicht-landwirtschaftliche Bereich.

Dem steht nicht entgegen, daß in einigen Städten in den Mittelmeerländern die landwirtschaftlichen Tätigkeiten noch nicht aus den Städten gebannt sind. Denn die Landwirtschaft ist dort nie die maßgebende oder gar ausschließliche Tätigkeit gewesen 1). Zudem handelt es sich um Ausnahmen, die für das übrige Europa ohne Belang sind.

Die in der Sowjetunion propagierten "Agrarstädte" haben noch keine konkrete Bedeutung erlangt. Sie würden außerdem einen Sonderfall darstellen, der für die übrigen Industrieländer nicht relevant ist und darum hier außer Betracht gelassen wird.

Die Stadt zeichnet sich dadurch aus, daß sie größer als die nicht-städtischen Siedlungen ist. Das Merkmal der gewissen Größe scheidet vor allem diejenigen Orte aus, die auf der Vorstufe der städtischen Entwicklung stehen. Der Übergang zu der Stadt ist kein abrupter, sondern es bestehen Übergangsformen. Es bestehen die nicht-agrarischen kleineren Siedlungen, von denen manche einen bestimmten Zweck erfüllen: Gewerbe- und Industriesiedlungen, Kursiedlungen, Verkehrssiedlungen, Gruben- und Hützensiedlungen u.a. 2). Christaller 3) will die Zweiteilung Stadt und Dorf aufgeben und tritt statt dessen für eine Dreiteilung Stadt, Werksiedlung und Dorf ein.

1) G. Schwarz, a.a.O., S. 314

2) Vgl. ebenda, S. 206 ff.

3). W. Christaller, Rapports fonctionels entre les agglomerations urbaines et les campagnes, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil 2 sect. IIIa, S. 124 - 125

Dem ist zuzustimmen. Die Werksiedlung ist heute neben der agrarischen zu finden und ihre Verschiedenheit von dieser ist evident. Dann ist noch auf die Übergangssiedlungen von der ländlichen zur städtischen Form hinzuweisen. Martiny 1) hat diese Ortschaften Flecken genannt. Auch die Bezeichnung Markt oder Marktflecken ist gebräuchlich. Diese Siedlungen haben noch nicht oder nicht mehr die Bedeutung und das Gewicht, das der Stadt zukommt. Das Merkmal der gewissen Größe bedarf der zeitlichen und räumlichen Auslegung. Die allgemeine relative Unbestimmtheit des Merkmals wird zur Bestimmtheit des Begriffs bei dem konkreten Ort.

Zu denken ist an Unterschiede in Grundriß und Aufriß der Städte gegenüber den Dörfern. Im Prinzip haben Städte und Dörfer die gleichen Grundrißtypen; man kann nur feststellen, daß bei den Städten die planvollen Anlagen häufiger sind 2). Die städtische Bauweise bedeutet auch kein Merkmal. Das bauliche Erscheinungsbild einer Siedlung ist das Ergebnis des historischen Werdens, es faßt Vergangenheit und Gegenwart zusammen. Wandelt sich ein Dorf funktionell in eine Stadt oder umgekehrt eine Stadt in ein Dorf, so wird vielfach das Siedlungsbild im Gegensatz zur funktionellen Wirklichkeit stehen 3). Dieser kurze Hinweis sollte deutlich machen, daß keine exakten physiognomischen Unterschiede zwischen Stadt und Dorf bestehen, die einen Anspruch auf Allgemeingültigkeit haben. Ein Merkmal, welches oft genannt wird, ist die Geschlossenheit der Ortsform 4). Die großen Städte von heute zeichnen sich oft besonders durch eine Auflockerung der Siedlungsflächen aus. Der Trend in der städtebaulichen Planung geht ebenfalls in diese Richtung. Die Zersplitterung der Siedlungsflächen im Weichbild der Großstadt als deren Charakteristikum

1) R. Martiny, Die Grundrißgestaltung der deutschen Siedlungen, in: Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft 197, 1928, S. 25

2) H. Schrepfer, Zur Geographie der Großstadt und ihrer Bevölkerung, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 12 (1944), S. 267

3) Ebenda, S. 266

4) Vgl. G. Schwarz, a.a.O., S. 313

ist schon von Hassinger 1) vor einem halben Jahrhundert konstatiert worden. Die Geschlossenheit der Ortsform als Merkmal der Stadt ist danach abzulehnen.

Ferner wird oft die Zentralität als Merkmal hervorgehoben. Dazu ist auszuführen: Die Zentralität ist im wesentlichen mit dem regionalen Wirkungsbereich der Funktionen der Stadt gleichzusetzen, wobei allerdings die große Zahl der Autoren die Produktion von der Zentralität ausnimmt. Ein bedeutender zentraler Effekt kann nur den Städten eigen sein, die einen Mittelpunkt in einer verhältnismäßig ländlichen Umgebung oder in einer vergewerblichten stadtlosen Gegend bilden. Ganz anders ist aber die Situation in einem Ballungsraum, wo sich eine Stadt an die andere reiht. Hier mag in der Regel überhaupt kein nennenswerter regionaler "Bedeutungsüberschuß" vorhanden sein, da keine Stadt über die andere in der Verwaltung, als Marktplatz usw. dominiert. Alle Städte sind gleich gut ausgestattet, und es besteht für die jeweiligen Städter keine Notwendigkeit, Güter und Dienstleistungen einer anderen Stadt in Anspruch zu nehmen. Die Zentralität als Merkmal in einer Definition der Stadt zu verwenden, besteht sonach kein Grund.- Nach allem kann als Begriffsbestimmung der Stadt festgehalten werden: die Stadt ist ein Anbegriff einer Personengesamtheit und einer Siedlung von einer gewissen Größe und nicht-agrarischer Orientierung.

Ein Vergleich dieser mit den in der Literatur aufgestellten Begriffsformulierungen der Stadt ergibt eine annähernde Übereinstimmung mit den Definitionen in der Nationalökonomie und den wirtschaftlich ausgerichteten Formulierungen in der Geographie, namentlich mit denen von Sombart 2) und Cholnocky 3).

1) H. Hassinger, Beiträge zur Siedlungs- und Verkehrsgeographie von Wien, a.a.O., S. 28

2) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, 2. Aufl., München 1916, S. 128

3) E. v. Cholnocky, a.a.O., S. 91

II. Ein funktionelles System der Stadt als Interpretation des Begriffsinhalts und als Auffassung über die Stadt

1. Begriff der Funktionen und Tätigkeiten

Von dem Merkmal der städtischen Personengesamtheit gehen die Lebensäußerungen der Stadt aus. Diese sind das Kernstück des städtischen Seins. Das andere entscheidende Merkmal des Stadtbegriffs, die Siedlung, ist nur tote Materie, die von der Stadtbevölkerung gestaltet ist. Eine Interpretation des Begriffsinhalts muß deshalb von der Personengesamtheit und ihren Lebensäußerungen ihren Ausgang nehmen.

Die Menschen haben die Stadt für ihre Bedürfnisse geschaffen. Die Städte haben für die ganze Menschheit entscheidende Bedeutung gefunden. Und so geschieht dort fast jede menschliche Lebensäußerung; das ganze Leben in seiner unermesslichen Vielgestaltigkeit spielt sich in der Stadt ab. Diese Komplexheit des Objekts erfordert eine umfassende Betrachtung, wenn man nach einer totalen Erkenntnis strebt.

Die einzelne Lebensäußerung, die Verhaltensweise einer Person in einer bestimmten Art, wie beispielsweise das Wohnen, die Produktion eines Gutes, die Teilnahme am Straßenverkehr, wird hier Tätigkeit genannt. Dazu zählen nicht nur die produktiven, aktiven und durch Bewegung gekennzeichneten, sondern auch die passiven, durch einen Zustand charakterisierten Verhaltensweisen, m.a.W. jede menschliche Lebenslage.

Um die Aktivität der städtischen Personengesamtheit insgesamt zu behandeln und darzustellen, müssen die zahllosen Einzelhandlungen (Tätigkeiten) der Städter in den einzelnen Teilbereichen abstrahierend zusammengefaßt werden. Dazu dient der Begriff der Funktion. Funktion ist hiernach die Gesamtheit einer bestimmten Art von Tätigkeiten (Verhaltensweisen) einer städtischen Personengesamtheit.

Mit Hilfe dieser Begriffsbildungen kann die Gesamtheit der Lebensäußerungen der städtischen Personengesamtheit in abstrakt-theoretischer Form aufgezeigt und untersucht werden. Der Begriff der Funktion ist den anderen Wissenschaftszweigen

nicht fremd. In der Geographie ist eine Funktionsforschung der Stadt nicht neu. Doch ist der Begriff hier anders gefaßt.

2. Die Qualität (Arten) der Funktionen

Auf Grund der Komplexheit der Stadt, die in sich die Vielfalt des menschlichen Lebens vereint, ist es ein schwieriges Unterfangen, die funktionellen Gegebenheiten der Stadt qualitativ zu bestimmen. Die sozialökonomische Forschung kann sich nicht darauf beschränken, die rein ökonomischen Funktionsarten zu ergründen, sondern sie muß aus allen Perspektiven städtischen Lebens die Betrachtung vornehmen, um dem Wesen der Stadt als komplexe Einheit genüge zu tun. Die Wesentlichkeit einer Qualität zu bejahen oder zu verneinen, ist eine Frage der Wertung. Weiter müssen die Qualitäten auf einer Ebene stehen und auf dieser gegeneinander abgegrenzt werden, so daß eine qualitative Differenzierung gleichmäßig auf allen Grundbereichen erfolgt. Letzten Endes muß die Gesamtheit der einzelnen Funktionsarten alle Lebensäußerungen der Stadt umfassen. Auch bei der Qualitätsbestimmung zeigt sich deutlich, daß dies eine Aufgabe theoretischer Arbeitsweise ist; denn die einzelnen Funktionsarten sind faktenmäßig von den verschiedenen Wissenschaftszweigen erfaßt worden, es bleibt die umfassende Betrachtung, die vor allem Wertung und sinnvolles Ordnen ist. - Ein Ausgang hat ein funktionelles System der Stadt von den Menschen mit seinen Bedürfnissen zu nehmen; denn diese sind die Träger der Funktionen und haben die Stadt für ihre Bedürfnisse geschaffen und gestaltet. Die Verschiedenartigkeit der Funktionen der Stadt ergibt sich aus der Vielfalt der menschlichen Bedürfnisse. Diese Bedürfnisse und somit auch die Funktionen der Stadt sind zeitlichen und räumlichen Unterschieden unterworfen. Insoweit ist ein System der Qualität der Funktionen nicht absolut.

Angeführt mögen die Funktionen von denen werden, die zum materiellen Dasein notwendig sind. Alle Menschen müssen Nahrung zusich nehmen, sich bekleiden und wohnen. Dem entsprechen die Konsum- und Wohnfunktion. Die Konsumfunktion erfaßt außer der Verwendung der Notwendigkeitsgüter auch noch darüber hinaus schlechthin die Verwendung der Haushalte von Gütern für den individuellen Verbrauch der einzelnen Personen. Die Haushalte mögen Einzel-, Familien- oder Anstaltshaushalte sein. Alle Menschen in der Stadt sind auf die Konsum- und Wohnfunktion angewiesen. Und für den Teil der Bevölkerung, der weiter keine berufliche oder quasi-berufliche Tätigkeit in einem erheblichen Ausmaße ausübt, sind diese beiden Funktionen die mit Abstand wichtigsten. Diese Personen sollen als Nur-Konsumenten bezeichnet werden.

Die Tätigkeit der Menschen, die der Gütererzeugung gewidmet ist, mag die Produktionsfunktion sein. Die Produktion ist für die Gesamtheit notwendig. Es zählen hierzu jede Gewinnung, Herstellung, Um- und Verarbeitung von Gütern aller Art einschließlich der vorbereitenden Tätigkeiten, auch die Mitwirkung der freien Berufe wie Architekten, Ingenieure usw.. Hier kommt es darauf an, die Produktion in ihrer allgemeinen Qualität herauszustellen unabhängig von ihrer weiteren Spezifikation. Die Untergliederung ergibt sich aus den einzelnen Produktionszweigen, wie sie sich im Laufe der Zeit entwickelt haben; um einige zu nennen: Industrie (Metall-, Papier, Porzellan-, Textil-, Chemie-, Kraftfahrzeugindustrie usw.), Handwerk (Baugewerbe, Möbeltischlerei usw.), Urproduktion (Bergbau, Steine und Erden, Landwirtschaft).

Als nächste Gruppe sind die Funktionen aufzuzeigen, die organisationsnotwendig für die vorherigen Funktionen sind. Einmal müssen sich die Personen zwischen Wohn- und Arbeitsstätten bewegen, zum anderen müssen die Güter von ihrer Entstehungsstätte an den Ort des Verbrauchs und Gebrauchs transportiert werden. Diesen Bedürfnissen wird die Verkehrsfunktion gerecht.

Die Personen und Güter können dabei zu Lande, auf den Wegen und Eisenbahnlinien, zu Wasser, auf Flüssen, Kanälen und Seen, und in der Luft mit Flugzeugen befördert werden.

Güterproduktion und -verbrauch werden in der arbeitsteiligen Wirtschaft von verschiedenen Personen vorgenommen. Die Güterbeschaffung geschieht im Tauschverkehr. Dieser Bereich des Überganges von Gütern von Wirtschaftssubjekt zu Wirtschaftssubjekt auf dem Markt mag die Handelsfunktion genannt werden. Der Handel wird durch die vielen Einzel- und Großhändler aller Zweige ausgeübt. Auch der Handel mit Geld durch die Banken muß hierher gerechnet werden.

Die Versorgungsfunktion hat die gemeinschaftliche Beseitigung und Beschaffung von Stoffen zum Gegenstand. Im Laufe der Zeit sind die Anforderungen an die Hygiene und an die rationelle Bedienung mit den zum täglichen Leben gehörenden Materialien außerhalb der Nahrungsmittelversorgung so angestiegen, daß heute eine Vielzahl von Einrichtungen in jeder Stadt zur Erfüllung dieser Forderungen notwendigerweise bestehen. Im einzelnen handelt es sich hierbei um folgende Tätigkeiten: um eine rationelle Beseitigung von Abfall und Müll, neben die Entfernung von festen Stoffen tritt die Abwasserbeseitigung einschließlich der Kläranlagen, die Straßenreinigung, die Bestattung Verstorbener auf Friedhöfen; das Pendant zur Fortschaffung ist die Heranschaffung, nämlich insbesondere von Wasser, Strom und Gas; auch eine gewisse Lagerhaltung von wichtigen Gütern muß man zu dieser Funktion rechnen, desgleichen die Feuerwehr. Alle diese Vorrichtungen kann man nicht mehr dem einzelnen überlassen, sondern sie müssen von der Gesamtheit wahrgenommen werden. Diese Aufgaben werden von der Verwaltung im Rahmen der Daseinsvorsorge erfüllt. Die Einrichtungen sind häufig die sog. Eigenbetriebe. Die Abgrenzung von der Verwaltung i.e.S. ergibt sich daraus, daß hier keine Behördentätigkeit sondern eine Wirtschaftsbetätigung erfolgt.

In der Gesundheitsfunktion werden alle Tätigkeiten zusammenge-

faßt, die der direkten Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit und der Erhaltung des Lebens dienen. Es sind dies die Tätigkeiten der Ärzte und des sonstigen Krankenpflege- und Heilpersonals in den Krankenhäusern, Sanatorien, Kureinrichtungen und Praxen.

Die Gestaltung der Freizeit soll in einer weiteren Qualitätsbestimmung, der Freizeitfunktion, zum Ausdruck kommen. Die Parks, Sportanlagen, Spielplätze, Schwimmbäder, Lichtspielhäuser, Nachtlokale usw. sind hierfür von Nutzen.

Eine Gruppe von Tätigkeiten wird durch die Wahrnehmung von gemeinschaftlichen Belangen bestimmt. Die Verwaltungsfunktion faßt diese zusammen. Neben den Verwaltungsbehörden der Stadt selbst können sich auch die Kreisverwaltung, das Regierungspräsidium und die Landesverwaltung oder deren Außenstellen in der Stadt befinden. Das Wirtschaftshandeln des Staates wird nicht zur Verwaltung gerechnet. Doch gehören die Justiz und die politischen Institutionen hierher.

Den geistigen Bedürfnissen dienen die Kultur- und die Religionsfunktion. Die Ausübung von Wissenschaft, Musik, Kunst und Literatur in Theater, Opernhaus, Vortragssaal, Hochschule und anderen Bildungstätten sind äußere Erscheinungsformen des kulturellen Lebens in der Stadt. Der Kulturbegriff hat viele Deutungen erfahren; hier bei der Stadt soll damit die geistige Sphäre außerhalb der Religion gemeint sein. Die Religionsausübung der Städter wird gesondert durch die Religionsfunktion ausgewiesen. Den Städten im Mittelalter war ein umfangreiches religiöses Leben in der Öffentlichkeit eigen. Heute sind die Kirchen der Mittelpunkt der Religionsausübung.

Im folgenden wird ein Schema der Qualitäten der Funktionen gegeben, so wie dies hier entwickelt worden ist.

Schema der Qualitäten der Funktionen

Qualität:	Art der Bedürfnisbefriedigung:
Konsumfunktion	zum materiellen Dasein für alle notwendig
Wohnfunktion	"
Produktionsfunktion	"
Verkehrsfunktion	organisationsnotwenige Funktionen
Handelsfunktion	"
Versorgungsfunktion	zur gemeinschaftlichen Beseitigung und Beschaffung von Stoffen
Gesundheitsfunktion	zur direkten Erhaltung der Gesundheit und des Lebens
Freizeitfunktion	zur Gestaltung der Freizeit
Verwaltungsfunktion	Wahrnehmung gemeinschaftlicher Belange
Kulturfunktion	geistige Bedürfnisse
Religionsfunktion	"

3. Die quantitative Messung der Funktionen

Die Kernfrage einer quantitativen Erfassung der Funktionen der Stadt ist, wie sollen die ungleichen Qualitäten miteinander vergleichbar gemacht werden, um zu gemessenen quantitativen Relationen zwischen den einzelnen Qualitäten zu gelangen. Es kommt also darauf an, einen einheitlichen Maßstab für alle Qualitäten zu finden. Die außerordentliche qualitative Unterschiedlichkeit der Funktionen läßt nur zwei Maßstäbe für eine alle umfassende Messung in Betracht ziehen: den Menschen und das Geld.

Darüber hinaus wäre noch an eine spezielle Messung jeder Funktion oder Funktionsgruppe mit artgemäßen Maßstäben zu denken. Ein solches Vorgehen ist aber zu einseitig und eng, als daß es in einer die Stadt als ganzes betrachtenden Unter-

suchung Anwendung finden könnte.

Der Maßstab des Menschen nimmt seinen Ausgang von dem Funktionsbegriff. Dessen tragendes Merkmal ist die menschliche Tätigkeit. Alle Funktionen werden sonach von den Menschen ausgeübt. Insofern bietet sich der Mensch - die Anzahl der Menschen - als erster und allgemeiner Maßstab an. Es kann also gemessen werden mit der Anzahl der Personen, die eine Funktion ausüben.

Die Erfüllung der Funktionen kann mit einem unterschiedlichen Einsatz erfolgen. Dieser Einsatz kann einmal verschieden sein durch die Zeitdauer, in der die Personen einer bestimmten Qualität obliegen. Die Menschen in der Stadt werden mehr oder weniger eine Vielzahl von Qualitäten erfüllen, oft alle außer im besonderen der Gruppe von Funktionen, die der Wahrnehmung gemeinschaftlicher Belange dient, und der Versorgungsfunktion, aber sie werden nur eine oder wenige mit einem großen zeitlichen Einsatz und die anderen Funktionen nur notwendigerweise und nebenbei ausüben. Diese Unterschiede sind relevant. Als differenzierendes Messen muß also der zeitliche Einsatz der Personen hinzukommen.

Ein unterschiedlicher Einsatz kann sich auch aus der Intensität der Ausübung im Sinne einer in der Zeiteinheit vollführten Leistung ergeben. Gegen die Heranziehung der Intensität als zusätzlicher Bewertungsmesser spricht aber folgendes: Der Begriff der Tätigkeit im Rahmen des Funktionsbegriffes ist ein weiter, so zählen z.B. das Verbringen der Freizeit, die Religionsausübung, die Verwaltung auch hierzu. Es muß eingeräumt werden, daß ein großer Teil der Funktionen, vor allem die Konsum-, Wohn-, Gesundheits-, Freizeit-, Verwaltungs-, Kultur- und Religionsfunktion einer Leistungsbeurteilung im allgemeinen Sinne in ihrem Wesen widerspricht. Eine Intensitätsbetrachtung ist ein spezieller Aspekt, der auf einen Erfolg gerichtet ist und mit der Ausübung der Funktion als solcher nicht in Abhängigkeit steht. Zum Beispiel kann nicht eine große Intensität

in der Produktionsfunktion zuungunsten der Freizeitfunktion gerechnet werden. Nach allem ist festzuhalten, daß bei einer allgemeinen Messung die Intensität außer Betracht zu bleiben hat.

Eine konkrete Messung der Funktionen nach statistischem Zahlenmaterial kann hier nur mit praktikablen Größen arbeiten. Hier kommt der Berufstätigkeit eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Denn eine bestimmte Berufstätigkeit bedeutet, daß eine Tätigkeit dieser Art mit dem größten Einsatz erfolgt, den eine Person im allgemeinen gibt. Man kann die Berufsausübungen und die ihr gleichgestellten Verhaltensweisen, wie z.B. das Rentnerdasein, mit "Haupttätigkeiten" benennen. Alle anderen Tätigkeiten, die die Person daneben ausführen wird, werden von geringerer Bedeutung, ja Größenordnung sein; dies gilt mit Ausnahme des Schlafbereichs. Es sind viele Tätigkeiten außerhalb der Arbeitszeit zu verrichten: der Weg von und zur Arbeitsstätte (Verkehr), die Nahrungsaufnahme (Konsum), Einkauf (Handel), Erholung und Vergnügen (Freizeit), Befriedigung geistiger Bedürfnisse (Kultur, Religion). Man mag diese Tätigkeiten, die zwischen den zeitlichen Grenzen der Berufstätigkeit und des Schlafes liegen, als "Nebentätigkeiten" bezeichnen. Es ist der Bereich der statistischen Unbestimmtheit: eine exakte quantitative Messung der Nebentätigkeiten ist praktisch nicht zu verwirklichen. Hier muß man sich mit globalen Durchschnittswerten behelfen. Sowie man das Schlafen als allen Städten gemeinsam und deshalb als unerheblich für die Relationen zwischen den anderen Bereichen veranlagern kann, so wird man dies in ähnlicher Weise auch mit dem gesamten Bereich der Nebentätigkeiten tun können, ihn als im allgemeinen für alle Städte und Städte gleiche Durchschnittsgröße ansetzen, wenn es nur um die Relationen der Haupttätigkeiten geht. Ist je ein Gesamtbild aufzustellen, so müssen die Durchschnittsgrößen der einzelnen Nebentätigkeiten durch empirische Untersuchungen in der betreffenden Stadt festgestellt werden. Das

Prinzip der Personenzahl mit deren zeitlichem Einsatz hat dabei zur Anwendung zu kommen.

Als weiterer Maßstab bietet sich das Geld an. Im besonderen kommt dabei die Sozialproduktsberechnung in Frage. Diese ist in jüngster Zeit auch für die Städte und andere Regionen wie Länder und Landkreise angewandt worden nach dem Vorbild der Sozialproduktsberechnung für die Volkswirtschaft 1). Zweck dieser Sozialproduktsberechnung ist es, die wirtschaftliche Leistung darzustellen. Insoweit ist dieses Verfahren auch auf die Intensität der Ausübung der Funktionen abgestellt. Es spiegelt sich in dieser Bewertung in Geld also nicht nur, daß eine bestimmte Funktion, sondern auch mit welchem wirtschaftlichen Erfolg diese ausgeübt worden ist.

Es erfährt nicht jede Ausübung von Tätigkeiten nach der Sozialproduktsberechnung eine Bewertung in Geld, nämlich der Teil der Tätigkeiten, der nicht über den Markt geht. Daneben steht einer Geldbewertung entgegen, daß immaterielle Funktionen wie die Religions- und Kulturfunktion, Freizeit- und Gesundheitsfunktion als sog. unwirtschaftliche Funktionen sich einer einseitigen wirtschaftlichen Erfassung entziehen. Auch die Funktionen, die der Wahrnehmung gemeinschaftlicher Belange dienen und in der Hand des Staates liegen, vor allem die Verwaltungsfunktion, werden durch den Maßstab des Geldes nur sehr unvollkommen erfaßt. Ihrem Wesen handelt es sich bei diesen Funktionen, den staatlichen und immateriellen, um andersartige als ökonomische. Das Wirken des Staates und der Kirche spiegelt sich durchaus nicht ganz in der Geldsumme wider, die dort an Gehältern und Löhnen fließt.

1) Siehe: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.), Die Wirtschaftskraft des Landes Baden-Württemberg und seiner Stadt- und Landkreise, Methoden und Ergebnisse regionaler Sozialproduktsberechnungen, Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, Stuttgart 1958

R. Gunzert, Das Sozialprodukt der Stadt Frankfurt am Main 1950 - 1953, Sonderheft 3 der Statistischen Monatsberichte Frankfurt am Main, 1955

O. Boustedt u. H. Ranz, a.a.O., S. 134 - 147

J. Griesmeier, Berechnung wirtschaftlicher Leistungswerte für kleinere Gebietseinheiten, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 39 (1955), S. 17 - 34

Bedenken ergeben sich auch aus den Preisveränderungen bei den Einkommen und deren Auswirkungen. Diese tragen in die Geldbewertung eine gewisse Labilität hinein. Dies gilt vor allem dann, wenn umfangreiche Preisgruppen innerhalb bestimmter Qualitäten steigen oder fallen. Das führt zu einer Veränderung der quantitativen Relationen zwischen den einzelnen Qualitäten bei Konstanz der tatsächlichen Funktionsausübung. Empirisch mag man an die erheblichen Veränderungen der Löhne in den einzelnen Berufssparten denken, um die Relevanz der Preisveränderungen ausreichend zu würdigen.

Eine Quantitätsmessung mit dem Maßstab des Geldes ist in ihren Ergebnissen von der Wirtschaftsordnung abhängig. Die Sozialproduktsberechnung auf Grund von Marktpreisen, die sich durch Angebot und Nachfrage bilden, erfolgt nur in der freien Verkehrswirtschaft. In der Zentralverwaltungswirtschaft werden die Preise festgesetzt. Dies kann mehr oder weniger willkürlich sein. Es kann aber auch nach fundierten Grundsätzen geschehen: die menschlichen Tätigkeiten können einer gesellschaftlichen Bewertung unterworfen werden, die ihren äußerlichen Ausdruck in den entsprechenden Löhnen findet. Es mag hierzu bemerkt werden, daß die Preisbildung und Bewertung der menschlichen Tätigkeiten nach wissenschaftlichen Methoden in der Planwirtschaft noch in den ersten Anfängen stehen. Auch bei diesem Wirtschaftssystem wird eine Geldbewertung durchführbar sein, die jedoch bei gleicher tatsächlicher Funktionsausübung im Verhältnis zur Verkehrswirtschaft unterschiedliche Resultate zeitigen wird.

Bei einer konkreten vergleichweisen Quantitätsmessung am selben Objekt mit dem Maßstab des Menschen und dem des Geldes wird man allgemein eine nicht unerhebliche Diskrepanz in den Ergebnissen erwarten. Und in der Tat haben konkrete Berechnungen 1) mittels der Personenzahl mit Zeiteinsatz, reduziert auf die Berufstätigkeit, und der Sozialproduktsberechnung eine beträchtliche Verschiedenheit ergeben.

1) R. Gunzert, a.a.O., S. 15 ff.

Bei einem Abwägen der beiden Maßstäbe wird man dem Maßstab des Menschen wegen seiner den unterschiedlichen Qualitäten mehr gerecht werdenden, umfassenderen und stabileren Wiedergabe der quantitativen Verhältnisse den Vorzug geben müssen, wenn es um die Darstellung der bloß tatsächlichen Funktionsvorgänge geht. Die Geldbewertung ist demgegenüber die geeignetere Methode, die wirtschaftliche Leistung der Stadt in den einzelnen Qualitäten und insgesamt quantitativ zu messen. Zum Schluß sei noch darauf hingewiesen, daß jede städtische Quantitätsmessung vom sozialökonomischen Stadtraum aus vorgenommen werden muß, soll sie die tatsächlichen Gegebenheiten widerspiegeln.

4. Die funktionelle Differenzierung des Stadtgebietes in Stadtviertel

Die gegenständlich-räumliche Komponente der Stadt: die Siedlung, wird durch das Stadtgebiet, also durch den Grund und Boden mit den Bauwerken dargestellt. Das Stadtgebiet gibt die Gesamtheit der Standorte für die Städter, die auf diesem Boden mit den sich da befindlichen Mitteln alle qualitativen Tätigkeiten und dementsprechend die städtischen Funktionen ausüben. Die Differenzierung des Stadtgebietes meint eine Herausstellung von Teilflächen des Stadtgebietes nach der Qualität der Funktionen. Auf Grund der relativen Freizügigkeit in der Gestaltung der Siedlung und der großen Zahl der Städter ist die qualitative Ausübung der Einzeltätigkeiten standortsmäßig mehr oder weniger stark über den ganzen Stadtraum verteilt. Bei einer größeren Konzentration der Standorte gleicher qualitativer Tätigkeiten kommt es zu der Bildung von sog. Vierteln, die auch der allgemeine Sprachgebrauch kennt: Wohn-, Villen-, Vergnügungs-, Geschäfts-, Industrie-, Fabrikviertel. Es handelt sich demnach darum, ein erhebliches Vor-

herrschen einer Qualität auf bestimmten Teilflächen des Stadtgebietes festzustellen. Kriterium für die Zuordnung einer Teilfläche zu einer Qualität ist die Art der Nutzung dieser Fläche durch die Menschen, d.h. welche qualitativen Einzelaktivitäten dort stattfinden. Die Teilflächen sind nach der Qualität zu benennen, die eine erhebliche Dominanz gegenüber den anderen Qualitäten aufweist. Jeder einzelnen Qualität der Funktionen der Stadt kann solch eine Fläche zugehörig sein, muß es aber nicht. Entsprechend den Qualitäten der Funktionen kann es somit folgende Flächen, Gebiete oder Viertel geben: Konsum-, Wohn-, Produktions-, Verkehrs-, Handels-, Versorgungs-, Freizeit-, Kur-, Verwaltungs-, Kultur-, Religionsviertel. Da es bei der konkreten Untersuchung große Schwierigkeiten bei der funktionellen Differenzierung des Stadtraumes bereitet, die Einzelaktivitäten standortmäßig festzustellen, wird vielfach die Erhebung der Bebauungsart nach Wohnhäusern, Geschäftshäusern, Industrieanlagen, Parkanlagen, Sportanlagen usw. genügen, um die Differenzierung des Stadtgebietes zu ermitteln. Die Flächennutzungspläne der Städte geben auch Ausdruck der hier aufgezeigten Gedanken. Allerdings ist deren Besonderheit zu beachten, die in deren Zielsetzung liegt, nämlich ein Soll-Bild für die Bebauung der Stadt in groben Zügen zu geben. Der Flächennutzungsplan will nicht die tatsächlichen Verhältnisse der funktionellen Flächennutzung darstellen. Doch wird eine gewisse Annäherung zwischen den beiden Verfahren in den Ergebnissen bestehen.

Feste Beziehungen für alle Städte zwischen der Quantität der einzelnen Funktionsarten und der Größe der entsprechenden einzelnen Flächenarten bestehen nicht. Die Größe der Fläche, die jeweils von einer Qualität in Anspruch genommen wird, ist auf Grund der mannigfaltigen Einzelbeanspruchung durch die einzelnen Faktoren, wie beispielsweise die unterschiedliche Hausbauweise, den ungleichen Flächenbedarf der verschiedenen Industriezweige, den ungleichen Ausbau der Einzelbetriebe, die ungleiche

Zahl und Größe von Sport-, Spiel-, Parkanlagen usw., von Stadt zu Stadt verschieden und nur im Einzelfall gültig. Ebenfalls sind aus gleichen Gründen allgemeine Relationen zwischen Stadttypen und Flächenstruktur nicht gegeben. Auch sind mit der gleichen Begründung allgemeine Beziehungen zwischen der Zahl der Städter und der Flächengröße der Stadt zu verneinen.

5. Der räumliche Wirkungsbereich: örtliche und überörtliche Funktionen

Der räumliche Wirkungsbereich der Funktionen läßt eine Scheidung nach räumlichen Gesichtspunkten vornehmen, nämlich danach, ob die Funktionen in ihrer Wirkung sich nur auf das Stadtgebiet erstrecken oder auf das außerhalb liegende Territorium: in örtliche und überörtliche Funktionen. Das Festliegen des Stadtgebietes ist somit Voraussetzung für die Feststellung des örtlichen und überörtlichen Bereiches der Funktionen. Die überörtlichen Funktionen werden vielfach in der Literatur noch weiter in regionale und überregionale Funktionen geschieden. Die überregionalen Funktionen zielen über die Region hinaus in die unbegrenzte Weite. Die regionalen Funktionen wirken dagegen nur auf ein bestimmtes näher umliegendes Gebiet, die Region, ein. Die Einflußnahme der Stadt auf ihre anliegende Umgebung ist unter dem Begriff der Zentralität am eingehendsten Gegenstand der Stadtforschung gewesen. Die theoretische Grundlegung der Zentralität ist von Christaller 1) ausgegangen. Seitdem haben viele Autoren Abwandlungen und Erweiterungen dieser Konzeption gebracht. Unter diesen ist vor allem Carol 2) zu nennen, der versucht hat, ein allgemeineres System der Zentralität zu entwickeln. Nach ihm beginnt die Zentralität schon bei dem Bauernhof. Ob eine solche Betrachtung

1) W. Christaller, Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933

2) H. Carol, Das Agrargeographische Betrachtungssystem, Geographica Helvetica, Jg. 1 (1952), S. 17 ff.

angebracht ist oder nicht, mag hier dahingestellt bleiben. Festzustellen bleibt, daß die regionale oder zentrale Funktionsforschung nur ein Teilausschnitt der gesamten städtischen Funktionen zum Gegenstand hat. Die überörtlichen Funktionen werden in dieser Arbeit nur soweit als im theoretischen Gesamtzusammenhang nötig behandelt.

Die überörtliche Wirkung der Funktionen kann auf zweifache Weise geschehen, nämlich über die Stadtgrenzen hinaus durch direkte Tätigkeiten der Städter in auswärtiges Gebiet oder im Stadtgebiet durch Tätigkeiten der Städter an Auswärtigen. Zur ersten Gruppe zählen z.B. die Lieferung von Waren an das außerstädtische Gebiet, der Bezug von Waren vom außerstädtischen Gebiet, das Arbeiten in Produktionsgebieten in anderen Orten, das Verwaltungshandeln der Kreisbehörden für die Gemeinden des Kreises mit Ausnahme der Stadt; zur zweiten Gruppe gehören z.B. der Schulunterricht an auswärtigen Schülern in der Stadt, die ärztliche Behandlung Auswärtiger in der Stadt, die Beherbergung Auswärtiger in Hotels, Pensionen usw. in der Stadt.

Von der Qualität her erfährt der räumliche Wirkungsbereich der Funktionen keine Bindung: jede Qualität kann sowohl örtlich als auch überörtlich wirksam sein.

Die Örtlichkeit oder Überörtlichkeit kann nur von den Einzel-tätigkeiten her bestimmt werden. Dem ist nicht so, daß bestimmte städtische Tätigkeitsbereiche örtlich sind, wie etwa der Einzelhandel, das Handwerk, und überörtlich, wie etwa die Industrie oder der Großhandel. Die Industrie produziert auch für den Stadtbedarf, der Großhandel beliefert auch den Einzelhandel in der Stadt. Je größer die Stadt ist, desto mehr wandelt sich das Verhältnis zugunsten des örtlichen Wirkungsbereiches dieser Wirtschaftsgruppen. Der Einzelhandel und das Handwerk bedienen Städter und Auswärtige. Der einzelne Verkäufer verkauft das eine Mal Waren an einen Städter, das andere Mal Waren an einen Nichtstädter. Innerhalb der einzelnen Zweige ist keine personelle Trennung festzustellen.

6. Die Stadttypen: die Klassifikation der qualitativ-quantitativen Funktionsverhältnisse einer Stadt in Beziehung zu anderen Städten und zum Umland

Die Bildung von Stadttypen soll dazu dienen, ein allererstes Bild von einer Stadt zu geben. Die Charakterisierung durch die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Typ ist allerdings grob und verallgemeinernd. Die hier vorgenommene Klassifikation nimmt ihren Ausgang von den Qualitäten der Funktionen. Nach jeder Qualität hin ist eine besondere Entwicklung der Stadt denkbar. Danach lassen sich grundsätzlich folgende Stadttypen aufstellen:

Konsumtionsstädte,
Wohnstädte,
Produktionsstädte,
Verkehrsstädte,
Handelsstädte,
Versorgungsstädte,
Kurstädte,
Freizeitstädte,
Verwaltungsstädte,
Kulturstädte,
religiöse Städte.

In der Regel sind bei den Städten alle Qualitäten vorhanden. Insoweit sind die Städte durchweg Mischtypen. Um eine größere Genauigkeit bei der Charakterisierung zu erlangen, lassen sich Kombinationstypen bilden. Wegen der Übersichtlichkeit ist es angebracht, nur diejenigen Typen in das Schema aufzunehmen, die sich empirisch als bedeutsam erwiesen haben. Diese sind:

Produktions- und Handelsstädte,
Handels- und Verkehrsstädte.

Auch empfiehlt es sich, einen Typ

Mischstädte

zu bilden, unter den die Städte fallen, die sich durch eine

ausgesprochene Multifunktionalität auszeichnen.

Nachdem die Typen an sich feststehen, ist zu klären, wann eine Stadt einem bestimmten Typ angehören soll. Es ist also für die aufgestellten Stadttypen der Schwellenwert festzulegen. Die dabei erforderliche Quantitätsmessung hat mittels der Anzahl der Personen, differenziert nach dem zeitlichen Einsatz, zu erfolgen, so wie im Abschnitt über die Quantitätsmessung ausgeführt worden ist. Da es hier darum geht, die Quantitäten im Vergleich von Stadt zu Stadt zu ermitteln, besteht die Möglichkeit, gleiche Größen zu eliminieren. Der Schlafbereich kann prinzipiell ausscheiden, da er für alle Städte gleich ist; dies gilt mit Ausnahme für die Ermittlung der Wohnstädte, die durch einen herausragenden Auspendlerüberschuß charakterisiert sind. Auch kann man allgemein die Nebentätigkeiten der Städter selbst als gleiche Durchschnittsgröße ansetzen. Nebentätigkeiten von Nicht-Städtern dürfen jedoch nicht unbeachtet gelassen werden, wenn sie ein bedeutendes Ausmaß annehmen. Einzelne Stadttypen, wie religiöse Städte, Freizeitstädte, Kurorte beruhen zum beträchtlichen Teil auf dem zeitweiligen Aufenthalt von Auswärtigen. Entscheidend ist allgemein der Bereich der Haupttätigkeit (Berufstätigkeit). Doch ist auch eine Nichtausübung einer Berufstätigkeit zu berücksichtigen, so für die Bestimmung von Konsumtionsstädten, deren Merkmal der hohe Anteil der Städter ist, die Nur-Konsumenten sind.

Eine grundsätzliche theoretische Festsetzung der Schwellenwerte unabhängig von den tatsächlichen Gegebenheiten müßte für alle Qualitäten gleich sein. Das Prinzip dabei ist, daß eine erhebliche Dominanz einer Qualität gegenüber den übrigen der Fall sein muß, um die Einreihung einer Stadt in diesen Typ zu rechtfertigen. Ein Prozentsatz von 50 % für die Typ-Qualität würde die Vorherrschaft absolut sichern. Bei einer Einordnung der Städte nach den tatsächlichen Verhältnissen würde dies aber zur Folge haben, daß bestimmte Typen - und zwar ein Großteil von allen - gar nicht oder sehr selten auftreten würden.

Deshalb ist einem relativen Verfahren der Vorzug zu geben. Ein relatives Verfahren, das die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigt und die Schwellenwerte an diese anpaßt, muß zuerst die quantitativen Verhältnisse zwischen den Qualitäten in allen Städten empirisch feststellen. Der Durchschnittswert aller relativen (prozentualen) Anteile jeder Qualität mag als Ausgangsbasis für die Festsetzung des Schwellenwertes gelten. Da der Durchschnittswert nur die Mitte aufzeigt und von ungefähr der Hälfte der Städte in der betreffenden Qualität erreicht werden kann, hat der Schwellenwert darüber zu liegen, um eine über das Normale hinausgehende Entwicklung in der bestimmten Funktionsart anzuzeigen. Man ist geneigt, an den weiteren Durchschnittswert des über dem allgemeinen Durchschnittswert liegenden Bereichs als Schwellenwert zu denken. Erst eine Ermittlung der konkreten Streuweise der Quantitätsanteile mag Endgültiges sagen lassen.

Der durch die Durchschnittswerte berechnete Schwellenwert ist nicht unter 15 % der Gesamtquantität festzusetzen; denn das Durchschnittsverfahren hat da seine Grenze, wo der Durchschnittswert im Verhältnis zur Gesamtquantität und den übrigen Qualitätsbereichen zu gering ist, um die Stadt als Typ repräsentieren zu können.

Typisierungen der Städte sind auch nach anderen Einteilungskriterien möglich. Doch sind im Schrifttum die Klassifikationen nach Funktionsarten am zahlreichsten. Es ist hier vor allem auf die Typenbildungen von Sombart 1), Aourousseau 2), Harris 3) und Keuning 4) zu verweisen.

- 1) W. Sombart, Der moderne Kapitalismus, Bd. 3, Halbbd. 1, 4. Aufl., Berlin 1955, S. 399 - 414 u. Bd. 2, 6. Aufl., München 1924, S. 582 ff.
- 2) M. Aourousseau, The distribution of population, The Geographical Review, Vol. 11 (1921), S. 563 ff.
- 3) Ch. D. Harris, A functional classification of cities in the United States, Geographical Review, Vol. 33 (1943), S. 86 ff.
- 4) H.J. Keuning, Een typologie van de Nederlandse steden, in: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Jg. 41 (1950), S. 187 ff.

III. Die vom Stadtbegriff hergeleiteten Ansatzpunkte für die Abgrenzungsmethode: die Personengesamtheiten der Städte, Werksiedlungen und Dörfer als die Träger der gemeindlichen Einheit und Verbundenheit

Es gilt hier an das anzuknüpfen, was beim Stadtbegriff herausgearbeitet worden ist. Als die entscheidenden Merkmale des Stadtbegriffs sind die Personengesamtheit und die Siedlung festgestellt worden. Wenn die Stadt räumlich abgegrenzt werden soll, so bedeutet dies nichts anderes, als daß die Siedlung in ihrer räumlichen Ausdehnung zu bestimmen ist. Die Siedlung war als ein Gebiet definiert worden, wo eine Personengesamtheit ihr gesamtes Leben ganz oder überwiegend führt. Die Bevölkerung hat die Siedlung für ihre Bedürfnisse geschaffen, sie gestaltet sie fortgesetzt und benutzt sie. Daraus ist zu folgern, daß der Bevölkerung die determinierende Stellung zukommt. Dem steht auch nicht entgegen, daß die Personengesamtheit und die Siedlung in Bezug auf die Definition der Stadt begriffsnotwendig nebeneinander stehen. Dies ist nur rein formal. Wenn beispielweise eine Nomadensippe A eine bestimmte Siedlung, die sie zuvor bewohnt hat, aufgibt, und die Nomadensippe B diese verlassene Siedlung in Besitz nimmt und sich dort niederläßt, so bleibt die Siedlung dieselbe, gehört jedoch nun zu B. Für die räumliche Abgrenzung der Stadt bedeutet das, daß grundsätzlich die Bestimmung der Siedlungsflächen von der Bevölkerung her zu geschehen hat, so daß eine Zuordnung der gegebenen Siedlungsflächen an Personengesamtheiten zu erfolgen hat. Im Gegensatz dazu steht die vorgegebene Fläche, nach der eine Zuordnung von Personen vorgenommen wird, wie es bei der Stadt im Rechtssinne als Gebietskörperschaft der Fall ist.

Für die weitere Untersuchung ist daraus abzuleiten, daß als erstes die Personengesamtheiten festzustellen sind, an die die Zuordnung der Siedlungsflächen alsdann erfolgen soll.

1. Die Feststellung von Personengesamtheiten und die Probleme der Zuordnung

Es ist zuerst die Frage zu erörtern, welche Personengesamtheiten festzustellen sind. Dies soll an Hand der einzelnen Verflechtungstatbestände, die zur Abgrenzung Anlaß geben, untersucht werden.

Mit der Vergrößerung der Städte, der Entstehung von Vororten, der Bildung von Ballungsräumen, der zunehmenden Vergewerblichung, der Verbesserung der Verkehrsmittel und dem An- und Ineinanderwachsen von Orten hat sich eine Lage entwickelt, die nicht mehr ohne weiteres überschaubar ist. Dennoch läßt sich die Vielfalt der konkreten Stadtabgrenzungssachverhalte auf eine Reihe typischer Verflechtungssituationen zurückführen.

Da sind zuerst die folgenden Tatbestände anzuführen:

- aa. größere Stadt und Dorf,
- bb. größere Stadt und Werksiedlung,
- cc. größere Stadt und kleinere Stadt.

Bei diesen Tatbeständen ist bei einer bestimmten Untersuchung über die Grenzen einer Stadt stets zu erforschen, ob die kleinere Einheit (Dorf, Werksiedlung oder kleinere Stadt) ein Bestandteil der größeren ist oder ob sie eigenständig (selbständig) ist. In diesem Zusammenhang kann man die Stadt, die räumlich festgestellt werden soll und die in ihrem Ausmaß noch unbekannt ist, als Großraum bezeichnen. Letzterer umfaßt also die übergeordnete größere Kernstadt und die Ortschaften, die zu dieser gehören. Danach besteht für die genannten Fälle der Verflechtung die alternative Fragestellung: Eigenständigkeit oder Großraumzugehörigkeit.

Bei den soeben behandelten Verflechtungstatbeständen liegt ein Verhältnis der Unter- und Überordnung vor, wonach nach dem Einfluß der großen Einheit (größere Stadt) auf die kleine Einheit (Dorf, Werksiedlung, kleinere Stadt) gefragt wird.

Im Gegensatz dazu stehen Verflechtungssituationen, bei denen sich die einzelnen Orte gleichgeordnet gegenüberstehen. Als zweite Gruppe ist hier zu nennen:

- aa. zwei oder mehrere größere Städte als eine Stadt,
- bb. zwei oder mehrere kleinere Städte oder Werksiedlungen als eine Stadt.

Die zunehmende Verstädterung in den hochindustrialisierten Ländern läßt oft zwei oder mehrere größere Städte dicht bei einander entstehen, die mehr oder weniger miteinander verbunden sind. Bei einer starken gegenseitigen Verflechtung ist hier zu fragen, ob die einzelnen Städte noch das Maß an Eigenständigkeit besitzen, die sie als selbständige Städte ausweist oder ob sie nur Teile einer sie umfassenden einzigen Stadt sind. Es kann nicht überraschen, daß im Falle einer starken gegenseitigen Verflechtung die räumliche Abgrenzung der Städte samt den übrigen Ortschaften kaum gelingen mag. Die mag ein Hinweis auf "eine" Stadt sein und die Untersuchung auch in diese Richtung führen. Auch hier ist nach dem Einfluß einer übergeordneten Gesamtstadt - man mag hier gleichfalls den terminus Großraum gebrauchen - gefragt. Es kann sonach auch in diesen Verflechtungsfällen die alternative Fragestellung: Eigenständigkeit oder Großraumzugehörigkeit verwandt werden.

Für die Feststellung von kleineren Städten und Werksiedlungen als eine Stadt gilt alles gleichfalls, da die Sachlage hier prinzipiell dieselbe ist wie bei den größeren Städten.

In den industriellen Ballungsräumen und bei Zwillingsstädten kommt noch ein Abgrenzungstatbestand vor, der nicht in das bisher allgemein gefundene Schema: Übergeordneter Großraum oder selbständiger Ort, paßt. Dieser Sonderfall betrifft die Abgrenzung einer größeren Stadt von einer anderen größeren Stadt, deren beider Selbständigkeit nicht in Frage gestellt ist, vielmehr liegt nur in den Randgebieten eine gegenseitige Verzahnung und Verflechtung vor. Hier ist alter-

nativ nach der Zugehörigkeit zu der einen oder anderen Stadt zu fragen.

Es ist also festzuhalten: In der Regel sind die großräumige Personengesamtheit auf der einen und die eigenständige Personengesamtheit auf der anderen Seite festzustellen. Nur bei der Abgrenzung nebeneinanderliegender Städte sind die Personengesamtheit der einen und die der anderen Stadt zu ermitteln.

Nachdem nun klargestellt ist, welche Personengesamtheiten Gegenstand der Abgrenzung sind, ist nun zu klären, "wie" diese Bevölkerungsgruppen festzustellen sind.

Bevor die Kriterien der Zuordnung zu erörtern sind, ist erst einiges über die Einteilung des Untersuchungsgebietes für die konkrete Untersuchung zu bemerken.

Zu Beginn der Untersuchung ist das Untersuchungsgebiet insgesamt festzulegen. Die Erforschung der Verflechtung wird sich immer auf die untergeordneten Ortschaften erstrecken, die dem Einfluß der größeren Stadt mehr oder weniger ausgesetzt sind und deren Selbständigkeit in Frage steht. Bei der Abgrenzung einer größeren Stadt wird man sich erst einmal auf Grund der bisherigen Unterlagen und Kenntnisse einen Überblick über die Verflechtung verschaffen, um dann zu entscheiden, welche Orte in Stadtnähe auf ihre Zugehörigkeit zur Stadt überhaupt zu untersuchen sind.

Nachdem das zu untersuchende Gebiet als ganzes feststeht, besteht die weitere Aufgabe darin, die räumlichen Zählheiten festzulegen, über die entschieden werden soll, ob sie als ganze Einheit selbständig oder großraumzugehörig sein sollen. Es handelt sich hier also um die Einteilung des gesamten Untersuchungsgebietes in Siedlungsflächen, die eine nach den Umständen möglichst große Homogenität aufweisen. Dabei wird man von den natürlichen Wohnplätzen, die eine siedlungsmäßige untrennbare Einheit bilden, als Zähl-objekten auszugehen haben. Doch sind die konkreten Gegeben-

heiten entscheidend. Die juristischen Grenzen sowohl der übergeordneten größeren Stadt als auch die der kleineren Orte sind irrelevant. Bei den kleineren Gemeinden decken sich allerdings oft erfreulicherweise politische Einheit und Wohnplatz.

a. Funktionelle Kriterien für die Zugehörigkeit der Bevölkerung zu den Personengesamtheiten

Die Erfassung und Beurteilung der Bevölkerung in den natürlichen Wohnplätzen (Zähleinheiten), ob sie der eigenständigen oder großräumigen Personengesamtheit angehören, soll nach den erarbeiteten funktionellen Vorstellungen über die Stadt geschehen. Welcher Personengesamtheit eine Person zuzuzählen ist, ergibt sich aus ihren Tätigkeiten, die sie im Rahmen einer städtischen Funktion ausübt. Alle Tätigkeiten und Funktionen werden prinzipiell gleich behandelt, soweit es um ihre Qualität geht. Das hat zur Folge, daß nicht nur die Wohnbevölkerung und deren Tätigkeiten im Wohnplatz Gegenstand der Untersuchung sind, sondern alle Tätigkeiten von Personen in der räumlichen Zähleinheit sind zu erfassen und zu analysieren. So ist beispielsweise der im Wohnplatz arbeitende Einpendler auch eine Zählperson. Anders als bei den gleich zu behandelnden Qualitäten muß auf eine gewisse Quantität bei der Ausübung der Tätigkeiten im Wohnplatz abgehoben werden. Andernfalls würden sich die Relationen ungerechtfertigt verschieben. Wie bei dem Abschnitt über die quantitative Messung der Funktionen erarbeitet worden ist, erfolgt die Quantitätsmessung durch die Zeitdauer der Ausübung der Tätigkeiten. Eine Zählung einer Person wird für die große Zahl der Fälle nur in Betracht kommen, wenn die natürliche Ortschaft für die Person Wohnort oder Arbeitsort ist. Die Ortsbevölkerung in diesem

Sinne ergibt sich somit aus der Wohnbevölkerung und zusätzlich aus all denjenigen Personen, die in anderen Wohnplätzen wohnen und in der betreffenden Ortschaft quantitativ erhebliche Tätigkeiten ausüben.

Zu der Zuordnung von Personen, die von anderen abhängig und in ihrer Ausübung von Tätigkeiten unselbständig sind, ist folgendes auszuführen: Die keinem Erwerb nachgehenden Ehefrauen und die nicht schulpflichtigen Kinder rechnen gleich dem Unterhaltsträger, denn deren Tätigkeiten sind auf diesen ausgerichtet und stehen in engem Zusammenhang mit diesem. Studenten, Schüler und Lehrlinge zählen auf Grund der unabhängigeren Gestaltung ihrer Tätigkeiten selbständig. Allein-stehende Rentner sind so zu behandeln, wie sie vor ihrem Rentendasein eingeordnet worden wären, wenn sich keine neuen andersartigen Beziehungen ergeben haben. In der Familie lebende Rentner und berufslose Frauen als Haushaltsvorstände sind wegen der engen persönlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gemeinschaft der Familie gleich den anderen arbeitenden Familienangehörigen zu zählen. Auch hier sind die Tätigkeiten der einen auf die der anderen ausgerichtet. Arbeitslose sind ähnlich den Rentnern zu betrachten. Maßgebend ist immer der Einzelfall.

Die Begutachtung der einzelnen Personen am Wohnplatz über ihre Zugehörigkeit zu der Großraumpersonengesamtheit wird nach der funktionellen Auffassung von der Stadt vorgenommen, so wie sie entwickelt worden ist. Wenn sich die Tätigkeiten einer Person auf eine bestimmte Personengesamtheit ausrichten, indem sie Bestandteil deren Funktionen sind, dann gehört diese Person der betreffenden Personengesamtheit an.

Die Frage wird danach gestellt, ob eine Person der großräumigen Personengesamtheit zugehört. Ist dies nicht der Fall, so ist die eigenständige Beziehung ohne weiteres gegeben. Es sind also die Tätigkeiten einer Person im Hinblick auf die Großraumpersonengesamtheit zu untersuchen.

Es soll nun im einzelnen dargelegt werden, wann eine Großraumorientierung von Personen anzunehmen ist. Dabei wird der Wohnbereich als Einteilungs- und Anknüpfungspunkt verwendet.

aa. In dem Wohnplatz wohnende Personen üben eine erhebliche quantitative Tätigkeit in der Kernstadt aus oder in Wohnplätzen, die zum Großraum gehören.

bb. In der Kernstadt oder in großraumzugehörigen Wohnplätzen wohnende Personen führen Tätigkeiten von einem gewissen Ausmaß in dem betreffenden Wohnplatz aus.

Diese beiden genannten Fälle aa. und bb. zeigen eine offensichtliche Ausrichtung der Tätigkeiten der untersuchten Personen auf die Großraumpersonengesamtheit an, da hier ein funktionelles Zusammenwirken festzustellen ist. Diese Personen sind als großraumzugehörig zu zählen.

cc. Problematischer ist es, wenn Personen im wesentlichen nur in der räumlichen Zuhleinheit leben und keine beachtlichen Tätigkeiten außerhalb geschehen. In diesem Falle können gleichwohl Tätigkeiten ein Teil des großräumigen Zusammenlebens darstellen. Im einzelnen mögen hierzu an Hand von Arten und Unterarten der Funktionen allgemeine Richtlinien und Hinweise aufgestellt sein:

Beim Kauf und Bezug von Gütern: Großraumverbindung ist anzunehmen, wenn alle Güter aus der Stadt bezogen werden. Denn dann ist die Wesentlichkeit zu bejahen, wenn eine totale faktische Abhängigkeit in der Güterversorgung zu verzeichnen ist. Dies trifft aber in der Regel nicht zu. Denn die Güter des täglichen Bedarfs werden am Wohnplatz gekauft. Und der seltene Kauf dauerhafter Konsumgüter rechtfertigt es nicht, eine in diesem Sinne beachtliche Orientierung anzuerkennen. So kaufen auch die Menschen des Hinterlandes dauerhafte Konsumgüter in der zentralen Stadt. In den Fällen, in denen alle Güter in der Stadt gekauft werden, wird meistens eine Berufstätigkeit als erhebliche Tätigkeit in der Stadt vorlie-

gen, wodurch dann diese Personen schon nach aa. erfaßt werden. Industrie: Bei den einzelnen Betrieben ist eine Gesamtbeurteilung angebracht, die die einzelnen verschiedenartigen ökonomischen Verflechtungen zusammen würdigt. Eine erhebliche Verflechtung mit der Stadt bedingt die Zugehörigkeit der Betriebsangehörigen zur Großraumpersonengesamtheit.

Im einzelnen ist auszuführen: Die materialorientierte Industrie, der Bergbau und der Abbau von Steinen und Erden tendieren aus dieser Sicht zur Eigenständigkeit, wenn die Materialbeschaffung aus dem Ort geschieht und keine weiteren wesentlichen Verbindungen mit der Stadt vorliegen. Beschränken sich natürliche Gegebenheiten, wie etwa ein Hafen, schiffbare Flüsse, natürliche Kraftquellen (Kohle oder Wasser für Elektrizität), auf den Ort, so sind diese für eine Selbständigkeit zu werten.

Die Stadt spielt für manche Betriebe als Absatzzentrum eine ausschlaggebende Rolle. Wenn dem so ist, liegt eine Großraumverbindung vor. Dies gilt auch für materialorientierte Betriebe, deren Standort ein anderer wäre, wenn die nahe große Stadt, wohin der Absatz geht, nicht vorhanden wäre. In den Stadtrandgebieten sind Hilfs- und Komplementärindustrien zu beobachten, die für andere Unternehmungen in der Stadt wirken. Bestimmte Zweige, wie Bau- und Baubedarfsindustrien, Reparaturbetriebe sind eng mit dem Absatzgebiet verbunden. Dies bedeutet, daß eine Verflechtung mit der Stadt gegeben ist.

Die arbeitsorientierte Industrie kann sich an der Stadt ausrichten, um überhaupt, um bestimmte qualifizierte oder um billige Arbeitskräfte zu bekommen. Solche Beziehungen sind auf Grund der verwandten Arbeitskräfte festzustellen. Die Dezentralisation der Industrie, die Verlegung von Betrieben aus der Kernstadt in die Vororte und die Neuansiedlung von Betrieben in den Randgebieten statt im Kernraum ist in der neueren Zeit zunehmend zu beobachten. Die Randzone der Stadt ist heute in der Lage, in vermehrtem Maße den Anforderungen der Industrie, hier nach Arbeitskräften, zu genügen. So wird in manchen Be-

trieben, die sich im Vorort angesiedelt haben, die Zahl der Erwerbstätigen aus dem Kernraum verhältnismäßig gering sein. Zu beachten sind dann hier im besonderen die anderen möglichen Verbindungen zur Stadt.

Zu berücksichtigen ist weiter, daß für manche Betriebe, die Nähe der vielen staatlichen Behörden von Verwaltung, Justiz und anderer öffentlicher Stellen, wie berufsständische Kammern, und die Nähe der Banken, Versicherungen und der Verbände u.a.m. in der Stadt von maßgebender Bedeutung ist. Ferner sind das nahe Vorhandensein und die Inanspruchnahme von qualifizierten Hilfskräften, die kaufmännische, juristische und technische Dienste leisten, für einige Unternehmen wichtig. Für Betriebe, die umfangreiche regionale oder überregionale Güterversendungen vorzunehmen haben, sind der Anschluß an die Verkehrswege, die die Stadt mit dem Territorium verbinden, und die Benutzung der Verkehrseinrichtungen der Stadt entscheidende Momente.

Historische und organisatorische Fakten, wie eine Standortverlagerung von der Stadt in den Ort oder die Errichtung von Filialbetrieben, können als Indizien für eine tatsächliche Verflechtung Dienste leisten.

Die Bedeutung der Stadt für einen Betrieb kann man allgemein ermessen, wenn man sich vorstellt, was wäre, wenn die nahe Stadt nicht vorhanden wäre.

Manche Betriebe haben ihren Standort aus außerökonomischen Gründen erhalten, wie beispielsweise aus politischen oder militärischen Gründen. Dies ist aber letzten Endes ohne Bedeutung. Denn entscheidend sind die tatsächlichen, gegenwärtigen sozialökonomischen Beziehungen zwischen Betrieb und Großraum. Dies gilt in gleicher Weise für die Standortfaktoren. Man kann keine spezielle oder bestimmte standortorientierte Industrie weder als großraumzugehörig noch als eigenständig charakterisieren. Die einzelnen Standortfaktoren können bei beiden vorliegen. Es ist im einzelnen Fall tatsachenmäßig zu ergründen:

wohin geht der Absatz, welche Arbeitskräfte sind tätig, woher kommen die verwandten Materialien, welche Transportwege werden benutzt usw.. Sind sowohl eigenständige als auch stadtzugehörige Bindungen festzustellen, dann begründet das Vorliegen einer letzteren erheblichen Verflechtung Großraumzugehörigkeit.

Landwirtschaft: Landwirtschaftliche Tätigkeiten sind grundsätzlich eigenständig. Dies ergibt sich aus dem Stadtbegriff, der die nicht-agrarische Orientierung der Stadt zum Inhalt hat. Eine Ausnahme hiervon machen nur der Gemüse- und Handelsgewächsbau am Stadtrand für den eigenen städtischen Bedarf.

Verkehr: Tätigkeiten im Verkehr, die der Verbindung der Stadt dienen, sind als großraumzugehörige zu betrachten.

Handwerk, Handel, Versorgungswesen (damit ist die Versorgung mit Wasser, Gas, Elektrizität u.ä. gemeint) und Gesundheitswesen: Es ist zu fragen, wer bedient wird. Wird das Territorium, die Region, die Stadt, die lokale großraumverbundene Bevölkerung oder die lokale eigenständige Bevölkerung bedient? Im allgemeinen wird nur die Bedienung des örtlich-eigenständigen Bevölkerungsteils für die Selbständigkeit sprechen.

Freizeit: Die Bevölkerung der Stadt wird oft in den Randgebieten Erholung und Zerstreuung suchen, denn dort finden sich wegen der geringeren Bebauung die Stätten der Ruhe wie Parks, Waldgebiete, Wiesen und auch Sport- und Spielanlagen. Die Betätigung in der Freizeitfunktion für die Bewohner der Stadt gilt als großraumzugehörig.

Verwaltung, Justiz, Politik, Schutz und Verbandswesen: Hier ist zu klären, auf welchen Wirkungsbereich sich die Tätigkeiten erstrecken, auf den Ort oder darüber hinaus auf die Stadt oder gar auf die Region. Nur eine Verwaltung usw. des Ortes kann Eigenständigkeit begründen, und zwar bloß in dem Maße, wie eine eigenständige Bevölkerung verwaltet wird.

Kultur: Der Großraum ist das Kulturzentrum, so daß im großen und ganzen kulturelle Tätigkeiten von überlokaler Bedeutung

auf die Stadt zurückzuführen sind. Studenten und sonstige Schüler, die nur halbjährig anwesend sind, zählen auch nur zur Hälfte.

dd. Personen, die weder im Wohnplatz noch in der Kernstadt und einer großraumzugehörigen Ortschaft wohnen und eine erhebliche quantitative Tätigkeit im untersuchten Wohnplatz ausüben, werden in Hinsicht auf ihr Leben im Wohnplatz in gleicher Weise beurteilt wie diejenigen, die nur im Ort ihr Dasein haben. Entscheidend ist für die Wertung, daß eine wesentliche Tätigkeit einer Person im Wohnplatz erfolgt. Diese ist dann zu analysieren. Da keine weiteren Beziehungen dieser Personen zum Kernraum vorhanden sind, als die am Wohnplatz, ist dieselbe Situation für die Tätigkeiten wie im vorherigen Gesagten unter cc. gegeben. Es ist also das dort Ausgeführte auch hier anzuwenden.

ee. In dem Wohnplatz wohnende Personen verrichten Tätigkeiten gewissen Umfangs sowohl außerhalb des Wohnplatzes als auch außerhalb der Stadt und anderen großraumzugehörigen Ortschaften. Wenn sich nicht aus Tätigkeiten innerhalb des Wohnplatzes eine Großraumzugehörigkeit erkennen läßt auf Grund des Gesagten unter cc., dann ist eine Großraumorientierung nur anzunehmen, wenn die auswärtigen Tätigkeiten in besonderer Beziehung zum Großraum stehen. Dies wird doch nur in Ausnahmefällen der Fall sein.

b. Die rechnerische Ermittlung der städtischen Personengesamtheit insgesamt im Gegensatz zur lokalen eigenständigen Personengesamtheit

Sind alle Personen des zu untersuchenden Wohnplatzes auf die aufgezeigte Weise erfaßt und eingeordnet, so stehen sich zahlenmäßig gegenüber auf der einen Seite diejenigen, die der eigenständigen Personengesamtheit angehören, und auf der anderen Seite diejenigen Personen, die zur groß-

räumigen Personengesamtheit zählen. Hier wird man billigerweise bei einem Überwiegen sowohl der einen als auch der anderen Gesamtheit entweder dementsprechend Großraumzugehörigkeit oder Selbständigkeit des Wohnplatzes für die räumliche Abgrenzung der Stadt annehmen.

Die Großraumpersonengesamtheit kann jedoch machmal nicht in einem Arbeitsgang ermittelt werden. Dies ist vor allem dann der Fall, wenn nicht nur die Verbindung zur größeren einflußnehmenden Stadt aktuell ist, sondern auch eine starke gegenseitige Verflechtung der zu untersuchenden Ortseinheiten vorliegt. Außerdem ist ein kombinierendes Vorgehen erforderlich, wenn mehrere gleichgeordnete Städte oder Werksiedlungen als eine Stadt festgestellt werden sollen. Es müssen daher der Klarheit wegen noch folgende Begriffe eingeführt werden: die Kernstadt, das ist die größere einflußnehmende Stadt, zu der der Großraum festgestellt werden soll, und der Hauptraum, das ist der zu ermittelnde Großraum ohne den jeweiligen einzelnen zu untersuchenden Wohnplatz.

Es gilt zu klären, ob der einzelne Wohnplatz zum Großraum gehört oder nicht. Es ist also die Verflechtung der Ortseinheit mit dem Hauptraum zu erforschen. Bei Untersuchungsbeginn steht zuweilen nur die Zugehörigkeit der Kernstadt zum Großraum fest. Der Hauptraum ist vorläufig noch unbekannt. Die einzelnen Wohnplätze müssen zueinander und zur Kernstadt in Beziehung gesetzt werden, damit der Hauptraum durch Mehrheitsverhältnisse ausgewiesen werden kann. Dies ist je nach den Umständen auf zweifachem Wege möglich:

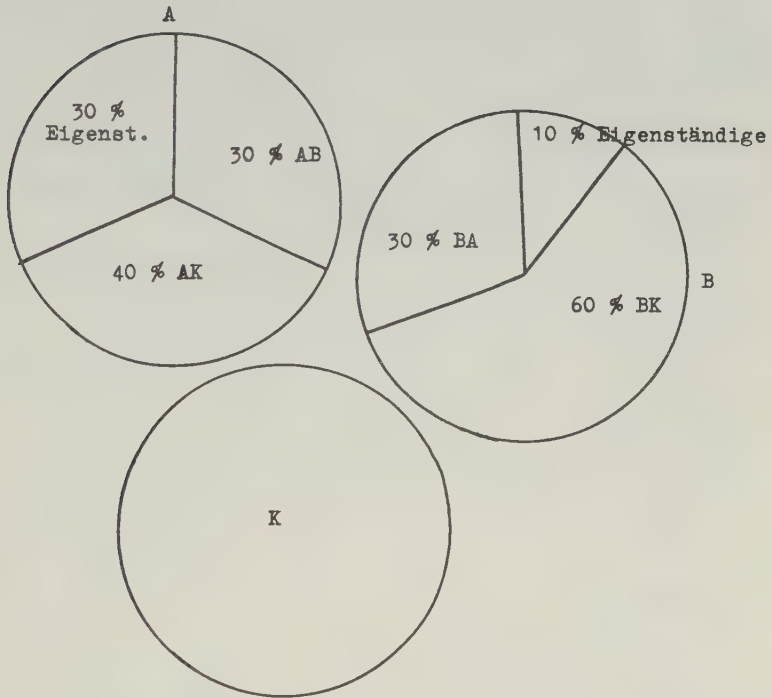
Es kann eine stufenweise Ableitung des Hauptraumes in einem Teil der Fälle vorgenommen werden. Bei einer über 50 %igen Verbindung einer Ortseinheit mit der Kernstadt kann diese schon vorher als großraumzugehörig erkannt werden oder bei einer über 50 %igen Eigenständigkeit als selbständig vom Großraum ausgeschlossen werden. Davon ausgehend können weitere Ortseinheiten als hauptraumzugehörig bestimmt werden

und so fort. Dies wird weitaus am häufigsten sein, wo eine größere Stadt gegenüber kleineren Siedlungseinheiten abzugrenzen ist.

Bei dem Rest der Fälle kann erst gegen Ende des Untersuchungsganges Klarheit über den Hauptraum geschaffen werden. Dies wird vor allem dann gegeben sein, wenn bei mehreren gleichgeordneten Ortseinheiten eine starke gegenseitige Verflechtung besteht, wie sie oft in Ballungsgebieten und hochindustrialisierten Räumen anzutreffen ist. Der letztere Fall wird allerdings seltener vorkommen.

Zwei Zeichnungen zur Veranschaulichung

Der Hauptraum kann stufenweise abgeleitet werden:



Erläuterung: K = Kernstadt

A und B = Ortseinheiten

1. Stufe: Feststellung von B zum Hauptraum

Personengesamtheit BK gleich 60 % der Ortsbevölkerung

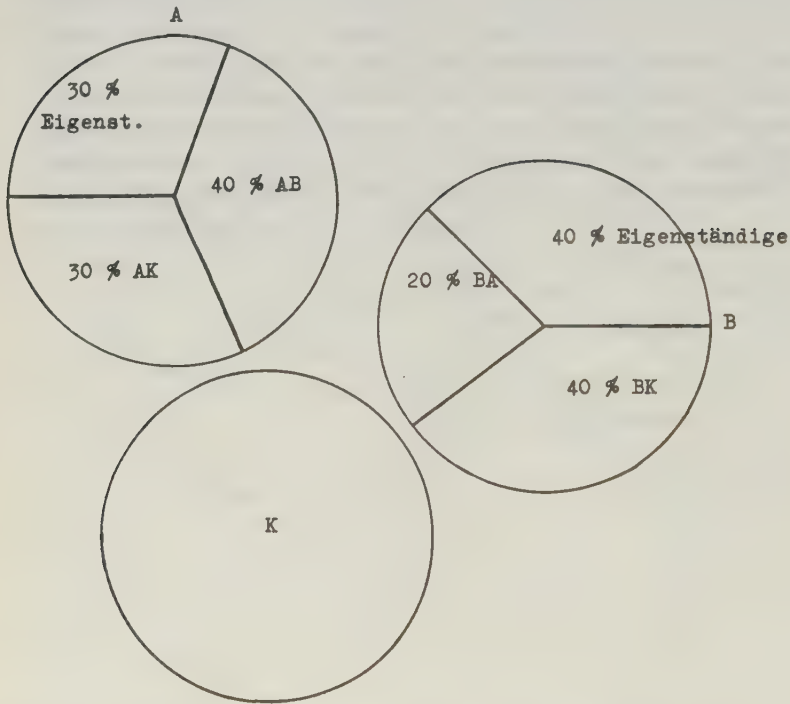
2. Stufe: Feststellung von A zum Hauptraum

Personengesamtheit AK gleich 40 % der Ortsbevölk.

Personengesamtheit AB gleich 30 % der Ortsbevölk.

Personengesamtheit AKB (Großraumpersonengesamtheit)
gleich 70 % der Ortsbevölk.

Der Hauptraum kann erst gegen Ende der Untersuchung festgestellt werden:



Nur für die Personengesamtheit AKB ergeben sich optimale Mehrheitsverhältnisse:

Ortseinheit A: AK : Eig. = 30 : 30

AB : Eig. = 40 : 30

AKB : Eig. = 70 : 30

Ortseinheit B: BK : Eig. = 40 : 40

BA : Eig. = 20 : 40

AKB : Eig. = 60 : 40

Eig.: eigenständige Personengesamtheit

AKB : großräumige Personengesamtheit, usw.

2. Die Bestimmung des Stadtgebietes durch die Zuordnung von Siedlungsflächen an die festgestellten Personengesamtheiten.

Nachdem die gesamte im Untersuchungsgebiet lebende Bevölkerung Wohnplatz für Wohnplatz der großräumigen oder eigenständigen Personengesamtheit zugeordnet worden ist, ist durch die Gegenüberstellung in jedem einzelnen Wohnplatz der großräumigen zur selbständigen Personengesamtheit klar geworden, ob der betreffende Wohnplatz auf Grund des Überwiegens der großräumigen Personengesamtheit dem Großraum als Siedlungsfläche zuzuschlagen ist. Die Gesamtheit der großräumigen Wohnplätze stellt nun das gefundene Stadtgebiet dar, welches jedoch zuweilen aus praktischen Gründen der Korrektur bedarf. So ist - wenn nötig - ein zusammenhängendes Ganzes zu bilden, das die kleineren eingeschlossenen Wohnplätze eigenständigen Charakters mit einschließt in das Stadtgebiet. Dies kann dazu damit begründet werden, daß ein Überwiegen des umgebenden Großraumes im Verhältnis zur eigenständigen Ortsfläche vorliegt. Auf der anderen Seite fallen auch die kleinen Enklaven des Großraumes im eigenständigen Bereich weg.

Ferner ist an eine Zuordnung von Flächen ohne Bevölkerung zu denken. Eine Zuordnung findet hier an den bereits nach Wohnplätzen insgesamt festgestellten Großraum der Stadt samt Bevölkerung und die eigenständig gebliebenen Orte statt. Für die Zuordnung von Flächen ohne Bevölkerung werden vor allem Siedlungsflächen am Rande des festgestellten Stadtgebietes in Frage kommen. Hier ist das Kriterium für die Zuordnung: von welcher der genannten Gesamtheiten werden diese Flächen überwiegend funktionell genutzt oder sollten vernünftigerweise genutzt werden. Dabei können Entwicklungsvorhaben und Planungen berücksichtigt werden.

Hiermit ist dann die räumliche Abgrenzung der Stadt durchgeführt.

3. Die räumliche Abgrenzung der Stadt Freiburg i.Br. als Beispiel

Nach der hier entwickelten Methode ist die Stadt Freiburg abgegrenzt worden. Um das Abgrenzungsverfahren konkret zu erläutern und die praktische Arbeitsweise klar zu machen, wird im folgenden eine kurze Atriß dieser Untersuchung gegeben:

a. Zum Untersuchungsgebiet wurden folgende (rechtliche) Gemeinden auf Grund der Vorauswahl nach den bisherigen Unterlagen bestimmt: Ebnet, Kappel, Zarten, Stegen, Wildtal, Gundelfingen, Heuweiler, Denzlingen, Unterglottental, Vörstetten, Sexau, Oberglottental, Buchholz, Lehen, Umkirch, Hochdorf, Hugstetten, Buchheim, Gottenheim, Tiengen, Opfingen, Ihringen, Bötzingen, Waltershofen, Horben, Merzhausen, Au, Wittnau, Sölden, Ebringen, Pfaffenweiler, Schallstadt, Wolfenweiler, Kirchhofen, Bollschweil, Ehrenstetten, Norsingen, Scherzingen.

b. Bei der Bestimmung der Zählobjekte konnten die oben aufgezählten Gemeinden als Zählseinheiten verwandt werden, da sich erfreulicherweise die natürlichen Orte (Wohnplätze) mit den juristischen deckten. Das rechtliche Stadtgebiet von Freiburg schien als Ganzes entschieden zum sozialökonomischen Stadtraum zu gehören, so daß sich hier eine Einteilung von selbst erübrigte.

c. Nun wurde Wohnplatz nach Wohnplatz die gesamte dort lebende Bevölkerung der eigenständigen oder großräumigen Personengesamtheit zugeordnet. Als statistisches Material dienten die Enquete der Planungsgemeinschaft Breisgau vom Frühjahr 1961 und eigene Erhebungen.

Bei der Wiedergabe von Einzelheiten muß aus Gründen der Vertraulichkeit Rücksicht genommen werden.

Die Zuordnung erfolgte wegen der mitzuzählenden abhängigen Familienmitglieder familienweise. Die statistischen Unterlagen waren dazu bestens geeignet.

Am Wohnplatz Wildtal sollen nun die hauptsächlichen Zählungen beispielhaft aufgezeigt werden:

Ein sehr großes Kontingent stellten die Auspendler (immer mit abhängigen Familienangehörigen) nach Freiburg dar, die zum Großraum gezählt wurden.

Dagegen waren nur wenige Einpendler aus Freiburg festzustellen, welche (diese ohne Familienmitglieder, da letztere nicht am Wohnplatz Wildtal leben) ebenfalls der Großraumpersonengsamtheit zugeschlagen wurden.

Nun kommen wir zu den Personen, die nur in Wildtal leben und keine beachtlichen Tätigkeiten außerhalb des Ortes ausüben. Hier wurden durch eigene Erhebungen (mündliche Befragungen der Betriebsleiter etc.) die Beziehungen der gewerblichen und größeren handwerklichen Betriebe zum Großraum geklärt. Es zeigte sich, daß ein Betrieb fast ausschließlich als Zulieferant für ein bestimmtes Freiburger Unternehmen arbeitete. Ein anderer Betrieb war ein Filiale eines Freiburger Betriebs, die in der Mehrzahl Arbeiter aus Freiburg beschäftigte und deren Absatz fast nur nach Freiburg ging. Eine weitere Unternehmung arbeitete zum größten Teil für Freiburg. Alle Beschäftigten der genannten Betriebe wurden samt Abhängigen zur Großraumpersonengsamtheit gezählt. Die Personen im landwirtschaftlichen Bereich wurden als eigenständig gewertet. Eine Gärtnerei, die die Freiburger Bevölkerung belieferte, wurde personenmäßig großraumzugehörig gerechnet. Studenten der Universität Freiburg wurden mit halber Zahl dem Großraum gezählt.

Fernpendler (Wochenpendler) nach Stuttgart, Düsseldorf usw. zeigten keine näheren Beziehungen zu Freiburg und wurden somit zum eigenständigen Teil gestellt.

Alsdann wurden die als eigenständig und als großräumig gekennzeichneten Personen jede für sich zusammengezählt.

Die Einzelhändler, Bürgermeister, Ratsschreiber und sonstige Verwaltungsbedienstete, Lehrer, Kirchenbedienstete, Klein-

handwerker wurden der eigenständigen und großräumigen Gruppe entsprechend dem zuvor errechneten Verhältnis zugeschlagen. Wildtal und viele andere Wohnplätze des Untersuchungsraumes zeigten einen über 50 %igen Anteil der großräumigen Personengesamtheit an und wurden danach zum sozialökonomischen Stadtgebiet von Freiburg bestimmt.

Es wurden insgesamt rund 40 000 Personen erfaßt. Die Zuordnung erfolgte Person auf Person, Familie auf Familie, ohne daß systematische Zusammenfassungen in Teilergebnissen vorgenommen wurden, da diese völlig unnötig sind. Insoweit eignen sich die Zählungen nicht zur Darstellung. Bei einem Teil der Wohnplätze wurde ein abgekürztes Verfahren, das nur bis zur klaren Mehrheit ging, bevorzugt.

Als Ergebnis wurden folgende Gemeinden zum sozialökonomischen Stadtgebiet von Freiburg i.Br. gezählt:

Ebnet, Kappel, Wildtal, Gundelfingen, Heuweiler, Denzlingen, Unterglöttertal, Vörsstetten, Lehen, Umkirch, Hochdorf, Hugstetten, Buchheim, Gottenheim, Horben, Merzhausen, Au, Wittnau, Sölden, Ebringen, Pfaffenweiler 1).

- 1) Die Ausdehnung des sozialökonomischen Stadtgebietes mag groß erscheinen. Zum Vergleich seien hier die Gemeinden aufgeführt, die nach der Abgrenzung der Akademie für Raumforschung und Landesplanung im Jahre 1950 zur Stadtregion Freiburg gerechnet wurden: Ebnet, Kappel, Wildtal, Gundelfingen, Heuweiler, Denzlingen, Unterglöttertal, Vörsstetten, Lehen, Umkirch, Hochdorf, Hugstetten, Buchheim, Gottenheim, Merzhausen, Au, Ebringen, Wolfenweiler. Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, a.a.O., S. 217 - 218. Seit 1950 haben sich die Verhältnisse erheblich zugunsten einer Vergrößerung des Stadtgebietes verändert. Die Akademie für Raumforschung und Landesplanung nimmt zur Zeit mit jüngerem Zahlenmaterial eine Neubegrenzung vor. Nach Meinung des Verfassers dürfte das nunmehr von der Akademie gefundene vergleichbare Stadtgebiet von Freiburg über das hinausgehen, welches nach der in dieser Arbeit entwickelten Methode bestimmt wurde.

E. Die rechtlichen Möglichkeiten einer Beseitigung
der Inkongruenz zwischen dem rechtlichen und dem
sozialökonomischen Stadtraum

I. Die Möglichkeiten nach geltendem Recht

Um die Inkongruenz zwischen dem rechtlichen und dem sozial-
ökonomischen Stadtgebiet herzustellen oder zu mindern, be-
stehen eine Reihe von juristischen Möglichkeiten. Doch ist
die Entscheidung darüber, welcher rechtlicher Form der Vor-
zug zu geben ist, mit politischen Momenten behaftet.

Die klarste und einschneidendste Lösung, die die vollständige
Kongruenz beider Stadtgebiete herbeiführt, ist die Gebietsän-
derung. Diese ist unter dem Spezialfall der Eingemeindung be-
kannt geworden. Gemeindliche Gebietsänderungen können in man-
cherlei Art vor sich gehen:

eine oder mehrere Gemeinden werden in eine andere Gemeinde
eingegliedert (Eingemeindung),

Gemeindeteile werden in eine andere Gemeinde überführt (Um-
gemeindung),

mehrere Gemeinden werden zu einer neuen Gemeinde zusammenge-
faßt (Vereinigung),

Teile einer oder mehrerer Gemeinden werden zu einer neuen
Gemeinde zusammengeschlossen (Neubildung),

gemeindefreie Grundstücke werden in eine Gemeinde eingeglie-
dert..

Für die Bemessung des Umfanges des Gemeindegebietes haben in
den Gemeindeordnungen zwei kommunalpolitische Grundsätze sich
durchgesetzt, die jedoch beide schwerlich gleichzeitig zu ver-
wirklichen sind 1) : "Das Gebiet der Gemeinde soll so bemessen
sein, daß die örtliche Verbundenheit der Einwohner und die Lei-
stungsfähigkeit der Gemeinde zur Erfüllung ihrer Aufgaben ge-
sichert ist." (§ 7 Abs. 2 Gemeindeordnung von Baden-Württem-
berg, § 4 Deutsche Gemeindeordnung). Diese Grundsätze sind

1) H. Peters, Lehrbuch der Verwaltung, Berlin 1949, S. 256

jedoch kein unmittelbar bindendes Recht, sondern nur Ausdruck der verwaltungspolitischen Grundkonzeption auf diesem Gebiet. Für die derzeitigen rechtlichen Voraussetzungen gemeindlicher Gebietsänderungen sei hier die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg angeführt, die die Rechtslage im Bundesgebiet gut widerspiegelt. So heißt es dort in § 8: "I. Gemeindegrenzen können aus Gründen des öffentlichen Wohls geändert werden. - II. Freiwillige Grenzänderungen müssen von den Gemeinderäten der beteiligten Gemeinden mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder beschlossen werden. Vor der Beschlußfassung sind die Bürger zu hören, die in dem von der Gebietsänderung betroffenen Gebietsteil wohnen. Die Vereinbarung über die Grenzänderung bedarf der Genehmigung der oberen Rechtsaufsichtsbehörde. - III. Gegen den Willen der beteiligten Gemeinden können die Gemeindegrenzen nur durch Gesetz geändert werden" Da bekanntlich freiwillige Gebietsänderungen kaum erfolgen, führt der sichere Weg über ein spezielles Gesetz für eine bestimmte Stadt. Auf diese Weise sind einige Städte (z.B. Göttingen) räumlich neu geordnet worden.

Um bei einer Eingemeindung die örtliche Verbundenheit der bis dahin selbständigen Einwohnergemeinde zu erhalten und zu stützen, geben die einzelnen Gemeindeordnungen der Länder einige Möglichkeiten der Dezentralisation der Verwaltung. Diese sind sehr geringfügig mit Ausnahme der sog. Stadtstaaten. Die Gemeindeordnung von Baden-Württemberg eröffnet den Weg, für Gemeinden mit mehr als 100 000 Einwohnern und für Gemeinden mit räumlich getrennten Wohnbezirken unabhängig von der Größe durch die Hauptsatzung Stadtbezirke einzurichten. In diesen Stadtbezirken können Bezirksräte gebildet werden, die ein Anhörungs- und Beratungsrecht bei allen wichtigen Angelegenheiten haben, die den Gemeindebezirk betreffen. Die Bezirksbeiräte werden durch den Gemeinderat bestellt und nicht unmittelbar durch die in den Gemeindebezirken wohnenden Bürger gewählt. "In den äußeren Stadtbezirken kann eine örtliche Verwaltung eingerichtet

werden." (§ 75 Abs. 2 Bad.-Württ. GO) Dabei bleibt es Sache der Stadt, inwieweit sie die Erledigung von Aufgaben dezentralisieren will 1).

Die anderen Möglichkeiten, den Unzuträglichkeiten abzuhelpen, gehören unter den Begriff der interkommunalen Zusammenarbeit. Die rechtlichen Organisationsformen der interkommunalen Zusammenarbeit sind folgende:

1. Die Arbeitsgemeinschaften. Dies ist die lockerste Form. Hier liegt keine feste Bindung der Partner vor; freiwillig ist die gegenseitige Unterrichtung, Beratung und Planung. Es ist offensichtlich, daß mit dem guten Willen der Beteiligten diese Form der Zusammenarbeit steht oder fällt. Darin liegen Stärke und Schwäche dieser Möglichkeit. In der Praxis hat sich leider mehr die Schwäche erwiesen.

2. Die Möglichkeiten nach dem Reichszweckverbandsgesetz vom 7.6.1939, dem Zweckverbandsgesetz von Baden-Württemberg vom 24.7.1963 und anderen entsprechenden landesrechtlichen Gesetzen. Diese Zweckverbandsgesetze geben zwei Formen die Grundlage: dem Zweckverband und der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung.

Der Zweckverband ist nach dem Willen des Gesetzgebers als freiwilliger oder zwangsweiser Zusammenschluß von Gemeinden und Gemeindeverbänden zur gemeinsamen Erfüllung bestimmter Aufgaben oder eines bestimmten Aufgabenkomplexes von längerer Dauer gedacht. Das entscheidende Faktum ist hierbei, daß nur eine bestimmte Aufgabe Gegenstand der Zusammenarbeit sein kann. Der Zweckverband kann also nicht den universalen Aufgaben, die die Inkongruenz stellt, gerecht werden. Doch ist diese Rechtsform auch nicht zu unterschätzen; denn so können wenigstens die wichtigen Angelegenheiten gelöst werden. Aus "dringenden Gründen des öffentlichen Wohls" kann auch zwangsweise ein sog. Pflichtverband geschaffen werden. Der Zweckverband ist Körperschaft des öffentlichen Rechts und wird

1) siehe dazu §§ 75,76 Bad.-Württ. GO

durch Hoheitsakt errichtet.

Weiter ist nach den genannten Gesetzen die Möglichkeit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung gegeben.

Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist ein öffentlich-rechtlicher Vertrag. Diese Rechtsform kann anstelle eines Zweckverbandes gewählt werden, wobei die Schranken die gleichen sind wie beim Zweckverband, vor allem muß es sich um die Erfüllung einer bestimmten Aufgabe handeln. Inhaltlich gesehen muß einem der Beteiligten gegen angemessene Entschädigung die Erfüllung der bestimmten Aufgabe übertragen werden oder von einem den anderen die Mitbenutzung einer von ihm betriebenen Einrichtung eingeräumt werden. Die öffentlich-rechtliche Vereinbarung ist in der Praxis sehr beliebt geworden, mehr als der Zweckverband. Und in der Tat können durch die Vereinbarung viele Inkongruenzfragen gelöst werden. Beispielweise kann das Recht zum Erlaß einer Satzung für den gesamten sozialökonomischen Stadtraum einem der Beteiligten eingeräumt werden; das Ortsrecht der Kernstadt kann auf die Randgemeinden ausgedehnt werden; es kann ein gemeinsamer Flächennutzungsplan für das sozialökonomische Stadtgebiet aufgestellt werden. Durch viele solche Vereinbarungen können somit manche Unzuträglichkeiten beseitigt werden.

3. Sondergesetzliche Verbände. Durch Sondergesetze - meist der Länder - sind vor allem vor Inkrafttreten des Zweckverbandsgesetzes Verbände zur Erfüllung zwischengemeindlicher Aufgaben ins Leben gerufen worden. § 34 I des Zweckverbandsgesetzes erklärt ausdrücklich, daß diese "sondergesetzlichen Verbände" durch das Zweckverbandsgesetz nicht berührt werden. In gleicher Weise spricht sich das Bundesbaugesetz vom 23.6. 1960 aus. Diese Möglichkeit, durch ein Sondergesetz interkommunale Zusammenarbeit zur Überbrückung der Inkongruenz zu erzielen, ist ein zu beschwerliches Verfahren, als daß es konkret für viele Städte durchführbar wäre. Doch kann mit Hilfe von Sondergesetzen eine gemeinsame Planung gefördert werden.

4. Die Möglichkeiten nach dem Bundesbaugesetz vom 23.6.1960. Das Bundesbaugesetz hat eine Vereinheitlichung des durch die Landesgesetze zersplitterten örtlichen Baurechts für die gesamte Bundesrepublik gebracht. Besonders für die Bauleitplanung des sozialökonomischen Stadtgebietes ist das Gesetz von entscheidender Bedeutung. Denn jetzt sollen nach § 3 dieses Gesetzes gemeinsame Flächennutzungspläne aufgestellt werden, wenn bei benachbarten Gemeinden deren "städttebauliche Entwicklung wesentlich durch gemeinsame Voraussetzungen und Bedürfnisse bestimmt wird oder gemeinsame Flächennutzungspläne einen gerechten Ausgleich der verschiedenen Belange ermöglichen. Gemeinsame Flächennutzungspläne sollen insbesondere aufgestellt werden, wenn Erschließungsanlagen einer Gemeinde auf das Gebiet einer benachbarten Gemeinde übergreifen". Die "gemeinsamen Voraussetzungen und Bedürfnisse" dieser Vorschrift können mit dem sozialökonomischen Stadtgebiet gleichgesetzt werden. Die städtische Personengesamtheit zeichnet sich durch die Gemeinsamkeiten des Zusammenlebens und der Bedürfnisbefriedigung auf einem bestimmten Stadtgebiet aus. Der hier entwickelte Stadtbegriff einschließlich der funktionellen Gesamtbetrachtung zeigt den Stadtraum, der zu einer bestimmten städtischen Personengesamtheit gehört, als wesenseigen mit letzterer verbunden.

Wie technisch die Aufstellung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes durchgeführt werden soll, hat der Gesetzgeber offen gelassen. Er eröffnet allerdings in § 4 BBauG die fakultative Möglichkeit für Gemeinden und öffentliche Planungsträger, "sich zu einem Planungsverband zusammenzuschließen, um durch gemeinsame, zusammengefaßte Bauleitplanung den Ausgleich der verschiedenen Belange zu erreichen. Der Planungsverband tritt nach Maßgabe seiner Satzung für die Bauleitplanung und ihre Durchführung an die Stelle der Gemeinden". Neben diesem freiwilligen Zusammenschluß

können auf Antrag eines Planungsträgers durch die Landesregierung die Beteiligten zwangsweise zu einem Planungsverband zusammengeschlossen werden, wenn das Wohl der Allgemeinheit dies gebietet, insbesondere bei dringenden Gründen der Raumordnung. Kommt innerhalb eines Zwangsplanungsverbandes keine Einigung über die Satzung oder den Plan zustande, so setzt die Landesregierung diese fest. Nach Erreichung des Zweckes ist der Planungsverband wieder aufzulösen (§ 4 VI BBauG). Zur Zeit ist noch nicht vorauszusehen, welche tatsächlichen Auswirkungen die Möglichkeit des § 4 BBauG haben wird, das heißt, wie viele größere Städte samt den wirtschaftlichen Randgemeinden von der Möglichkeit, sich zu einem Planungsverband im Sinne dieses Paragraphen zusammenzuschließen, Gebrauch machen werden und in welchem Ausmaße die Bildung von Zwangsplanungsverbänden erfolgen wird. Die Aufstellung des gemeinsamen Flächennutzungsplanes kann auch in anderen als in § 4 I BBauG aufgezeigten Organisationsformen vorgenommen werden, so z.B. nach dem Zweckverbandsgesetz oder nach sondergesetzlichen Planungsvereinigungen der Länder.

5. Die privatrechtlichen Formen. Einen festen Zusammenschluß kann man auch auf dem Wege des Privatrechts erreichen. Hier bieten sich vor allem die Rechtsformen des Vereins, der GmbH, der Aktiengesellschaft, der bürgerlich-rechtlichen Gesellschaft und unter Umständen auch die der handelsrechtlichen Gesellschaften und der Genossenschaft an. Die privatrechtliche Form weist in der verwaltungsmäßigen Wirklichkeit eine große Häufigkeit auf, vor allem in der Zusammenarbeit des kommunalen wirtschaftlichen Bereichs, namentlich der Wasser-, Energie-, Gasversorgung und der Verkehrsbedienung. Hier mag die Absicht mitbestimmend sein, einen weiteren Abstand zu den staatlichen Aufsichtsbehörden und der Gemeindevertretung zu schaffen und sich dem strengen Reglement der öffentlichen Verwaltungsarbeit zu entziehen, insbesondere auch in der Kassen- und Wirtschaftsführung. Für die Erfüllung von Hoheitsaufgaben ist jedoch die privatrechtliche Form nicht bestimmt.

II. Vorschläge für die künftige Rechtsgestaltung

Im Schrifttum finden sich einige Lösungsvorschläge:

1. Der "Stadt-Landkreis". Nach einem Vorschlag von Strölin 1) soll die Stadt in Realunion der entscheidenden Organe den betreffenden Landkreis als Kreisinstanz mitverwalten. Es würden also weiterhin der Landkreis und die kreisfreie Stadt als zwei rechtlich selbständige Gebietskörperschaften bestehen bleiben. Nur die Verwaltung wäre personell und sachlich eine einheitliche. Da der Landkreis wohl kaum mit dem sozial-ökonomischen Stadtraum übereinstimmen dürfte, wäre für eine Erzielung der Kongruenz eine neue Kreisabgrenzung erforderlich.
2. Der "Stadtkreis". Hier übernimmt die Stadt gleichfalls in Realunion die Aufgaben der Kreisinstanz. Doch treten hier nicht die Randgemeinden der Stadt als einheitlicher Landkreis gegenüber. Vielmehr bildet die Stadt mit den Randgemeinden eine verwaltungsrechtliche Einheit; und zwar den echten Stadtkreis, im Gegensatz zur heutigen kreisfreien Stadt. Die Randgemeinden behalten ihre rechtliche Selbständigkeit 2).
3. Der "industrielle Großkreis". Dieser läuft darauf hinaus, einmal die Kompetenzen der Gemeinden weitgehend auf den Landkreis zu übertragen und zum anderen eine aufgelockerte Industrielandschaft durch eine großzügige Verlagerung der Industrie auf das Land zu schaffen 3). Dieser Vorschlag behandelt mehr

- 1) Strölin, Raumprobleme im Bereich der Großstadt, unveröffentlichtes Manuskript, 1941, zitiert nach H. Klüber, Die kommunalen Zweckverbände und die sonstigen Gemeinschaftsorganisationen, in: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 1, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1956, S.575-576
- 2) Vgl. H. Klüber, Wege zur Lösung gemeinsamer Aufgaben der Stadt und ihres Umlandes, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 12 (1954), S. 79
- 3) Vgl.: zur Nieden, Der Industriekreis und sein Verhältnis zur Großstadt, Das Eingemeindungsproblem, in: Constantin Stein (Hrsg.), Die deutschen Landkreise, Bd. 1, Berlin 1926, S. 141
Pagenkopf, Die dezentralisierte Selbstverwaltung, in: Jahrbuch für Kommunalwissenschaft, Halbjahresband 2, 1934, S. 158 ff.
K.E. v. Turegg, Kommunale Großkreise, in: Demokratische Gemeinde 1951, S. 160

die Verwaltung des Landkreises und nicht die der Stadt.

4. Der "Industriekreis". In Anlehnung an die Stadt-Landkreis-Lösung hat Klüber 1) vorgeschlagen, die kreisfreie Stadt und einen oder mehrere Landkreise oder Landkreisteile zusammenzufassen. Die Organe dieser Einheit sollen analog den Landkreisorganen gebildet werden. In den leitenden Stellen der Verwaltung möge ebenfalls eine Realunion stattfinden. Der Industriekreis soll soweit gehen, als sich der "Wirtschaftsraum" der Stadt erstreckt.

5. Die Dezentralisation der Verwaltung. Angesichts der bescheidenen Möglichkeiten, die die Gemeindeordnungen der Länder zur Zeit für eine Dezentralisation der Stadtverwaltung geben, ist schon oft als Lösung eine weitergehende Dezentralisation vorgeschlagen worden. Eine praktische Verwirklichung des Dezentralisationsgedankens ist erstmalig 1920 in Berlin erfolgt 2). Die Art und Weise der Regelung der Dezentralisation im einzelnen kann in sehr vielen Gestaltungsmöglichkeiten geschehen 3).

F. Schlußbetrachtung

In dieser Arbeit ist eine neue Methode der räumlichen Abgrenzung der Stadt entwickelt worden. Dies war trotz der schon zahlreich vorhandenen Methoden notwendig, da es bislang kein Verfahren gab, das die Stadt in umfassender wirtschaftlicher Sicht abgrenzte. Das haben die Ergebnisse der Bearbeitung der bisherigen Abgrenzungsmethoden erbracht.

Allgemein ist die Bedeutung des Stadtbegriffs für die räumliche Abgrenzung herausgestellt worden. Die Einführung dieser erweiterten Betrachtung zeigte neue Erkenntnisse über die Bewertung der einzelnen Abgrenzungsmethoden auf.

- 1) H. Klüber, Industriekreise, in: Die öffentliche Verwaltung, 1953, S. 118
- 2) Gesetz über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde von Berlin vom 27.4.1920 (GS. S. 123)
- 3) v. Leyden, Das Problem der Großgemeinde, in: Gegenwartsfragen der Kommunalverwaltung 1929, S. 46 ff.

Das hier abgeleitete Verfahren ergibt sich vollständig aus einer geschlossenen Auffassung über die Stadt. Die Methode will die komplexen sozialökonomischen Verhältnisse erfassen. Dabei wurde dem Rechnung getragen, daß die Grenzen der Stadt nicht mehr die Scheidelinie zwischen absolut eigenständigen Städten, Dörfern und gewerblichen Siedlungen sind, sondern der Ausdruck von Mehrheitsverhältnissen in einer Zone des Übergangs.

Die Methode hat sich bei der Abgrenzung der Stadt Freiburg i.Br. als praktikabel gezeigt. Durch ein abgekürztes Verfahren, das auf bequemsten Wege nur bis zur klaren Mehrheit bei der Untersuchung der Bevölkerung geht, können Stadtabgrenzungen mit minderem Arbeitsaufwand und in kürzerer Zeit durchgeführt werden. Die Erhebungsbogen der Volkszählung sind als das notwendige statistische Material verwertbar.

Für die Statistik hat sich ergeben, daß eine Abgrenzungsmethode, die die Stadt als komplexes Wirtschafts- und Sozialgebilde sieht und sich durch eine allgemeine und schematische, sich nur auf das zur Verfügung stehende Zahlenmaterial beschränkende Anwendung auszeichnet, und befriedigende Ergebnisse liefert, nicht abzuleiten ist. Vielmehr müssen bestimmte Wertungen getroffen werden, die sich nicht "ablesen" lassen. Für die amtliche Statistik ergibt sich somit ein Verzicht auf eine solche "leichte" Methode, falls man nicht erhebliche Unkorrektheiten in Kauf zu nehmen gewillt ist oder einen anderen, dann einfachen Stadtbegriff der Abgrenzung zugrunde legt.

LITERATURVERZEICHNIS

- Aagesen, A. Om Københavns geografiske Afgrænsning, in: Geografisk Tidsskrift, Jg. 45 (1942), S. 123 ff.
Et Bidrag til Aarhus Bygeografi, in: Geografisk Tidsskrift, Jg. 46 (1943), S. 10 ff.
- Arnold, H. Die Abgrenzung der Stadtlandschaft, in: Wissenschaftliche Veröffentlichungen des Deutschen Instituts für Länderkunde, Neue Folge 12 (1953), S. 71 ff.
- Aurousseau, M. The distribution of population, in: The Geographical Review, Vol 11 (1921), S. 563 ff.
- Baadenhoop, R. System der kommunalen Verwaltungsrationalisierung, in: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 3, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1959, S. 555 ff.
- Bénard, E. Contribution à l'étude des agglomérations françaises, in: Population, Revue trimestrielle de l'Institut national d'études démographiques, Jg. 1 (1952), S. 95 ff.
- Bobek, H. Grundfragen der Stadtgeographie, in: Geographischer Anzeiger, Jg. 28 (1927), S. 213 ff.
Über einige funktionelle Siedlungstypen und ihre Beziehungen zum Lande, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II sect. IIIa, S. 88 ff.
- Boermann, W. Een en ander over de ontwikkeling van het bedrijfsleven in haar betekenissen voor den stedenbouw, in: Tijdschrift voor Economische Geographie, Jg. 28 (1937), S. 285 ff.
- Boustedt, O. Abgrenzung von Agglomerationen im Ausland, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 160 ff.
Der Beitrag der Statistik zur Regionalforschung in Frankreich, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 13 (1955), S. 223 ff.
Die Stadtregionen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 37 (1953), S. 13 ff.
Die Stadt und ihr Umland, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 11 (1953), S. 20 ff.
Eine Untersuchung der Agglomerationen der grossen Städte, in: Bayern in Zahlen, 1953, S. 162 ff.
Neue Wege der regionalen Gliederung in der Statistik der USA, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 34 (1950), S. 162 ff.

- Boustedt, O. u. H. Ranz Regionale Struktur- und Wirtschaftsforschung, Veröffentlichungen der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 33, 1957
- Brückner, N. Die Entwicklung der großstädtischen Bevölkerung im Gebiet des Deutschen Reiches, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 1 (1890), S. 135 ff. u. S. 615 ff.
- Carol, H. Das Agrargeographische Betrachtungssystem, in: Geographica Helvetica, Jg. 1 (1952), S. 17 ff.
- Chabot, G. La détermination des courbes isochrones en géographie urbaine, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II sect. IIIa, S. 110 ff.
- Cholnoky, E. v. Die Notwendigkeit einer genaueren Bestimmung geographischer Begriffe, in: Földrajzi Közlemények, Geographische Mitteilungen, Zeitschrift der Ungarischen Geographischen Gesellschaft, 1932, S. 90 ff.
- Christaller, W. Die zentralen Orte in Süddeutschland, Jena 1933
Rapports fonctionels entre les agglomérations urbaines et les campagnes, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II sect. IIIa, S. 123 ff.
- Dickinson, R.E. City, Region and Regionalism, London 1947
- Dittrich, E. Das Stadt-Umland-Verhältnis in seiner planerischen Problematik, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 65 ff.
- Dörries, H. Die Städte im oberen Leinetal, Göttingen, Northeim und Einbeck, Göttingen 1925
- Dussart, F. La méthode des courbes isochrones, Son application à la ville de Liège, Liège 1939
- Engelmann, R. Österreichs städtische Wohnplätze mit mehr als 25 000 Einwohnern Ende 1910, in: Statistische Monatsschrift, Neue Folge Jg. 19 (1914), S. 413ff.
- Die Entwicklung der Bevölkerung in den Stadtregionen, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 22, Hannover 1963
- Fehre, H. Zur Abgrenzung der Stadtregion, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 150 ff.
Zur Bevölkerungsentwicklung der deutschen Stadtregionen von 1939 bis 1960, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 21 (1963), S. 129 ff.
Zum Entwurf einer korrelativen Volksdichtekarte, in: Berichte zur deutschen Landeskunde, Bd. 7 (1949), S. 102 ff.

- Feyer, U. Die Vorortentwicklung von Hannover außerhalb des politischen Stadtgebietes, Diss. Stuttgart 1948
- Fischer, L. Probleme der Abgrenzung städtischer Agglomerationen, in: Bericht über die 55. Tagung in Augsburg 1955, Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.), 1955, S. 105 ff.
- Sonderprobleme der Abgrenzung städtischer Groß-Agglomerationen in Nordrhein-Westfalen, in: Bericht über die 10. Tagung in Wuppertal am 30. September und 1. Oktober 1955, Arbeitsgemeinschaft Nordrhein-Westfalen im Verband Deutscher Städtestatistiker, Sonderheft der Statistischen Mitteilungen der Stadt Köln, Jg. 10 (1955), S. 68 ff.
- Fürst, G. Stadt und Land in der Methodik der Statistik, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 20 (1930), S. 484 ff.
- Geddes, P. Cities in Evolution, neue Aufl., New York 1950
- Gradmann, R. Die städtischen Siedlungen des Königreiches Württemberg, in: Forschungen zur deutschen Landes- und Volkskunde, Bd. 21 (1914), Heft 2, S. 137 ff.
- Griesmeier, J. Berechnung wirtschaftlicher Leistungswerte für kleinere Gebietseinheiten, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 39 (1955), S. 17 ff.
- Gunzert, R. Das Sozialprodukt der Stadt Frankfurt am Main 1950 - 1953, Sonderheft 3 der Statistischen Monatsberichte Frankfurt am Main, 1955
- Hanslik, E. Biala, Eine deutsche Stadt in Galizien, Leipzig 1909
- Harris, Ch.D. A functional classification of cities in the United States, in: Geographical Review, Vol. 33 (1943), S. 86 ff.
- Hasse Eingemeindung, in: Handwörterbuch der Kommunalwissenschaften, Bd. 1, Jena 1918, S. 570 ff.
- Hasse, E. Die Intensität großstädtischer Menschenanhäufungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 2 (1891/92), S. 615 ff.
- Hassinger, H. Beiträge zur Siedlungs- und Verkehrsgeographie von Wien, in: Mitteilungen der K. K. Geographischen Gesellschaft in Wien, Bd. 53 (1910), S. 5 ff.
- Großstadtgrenzen, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 6 (1942), S. 97 ff.
- Haubner, K. Methoden zur Raumgliederung, insbesondere im Bereich von Stadt und Umland, in: Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 14, Bremen 1960, S. 113 ff.

- Heine, W. Die Einwirkung der Großstadt Kiel auf ihre ländliche Umgebung, Kiel 1938
- Hoffmann, F. u. R. Klöpfer Schrifttum zur Abgrenzung von Stadt und Umland, Mitteilungen des Stadtgeographischen Arbeitskreises, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 14 (1955), S. 195 ff.
- Hook, K. Die Stadtregion und ihre begriffliche Problematik, in: Beiträge zur Statistik der Stadt Mannheim, Heft 48, 1955, S. 23 ff.
- Jefferson, M. Great Cities of 1930 in the United States with a Comparison of New York and London, in: Geographical Review, Vol. 23 (1933), S. 90 ff.
The Antropography of some Great Cities, in: Bulletin of the American Geographic Society, Vol. 41 (1909), S. 537 ff.
- Keuning, H. J. Een typologie van de Nederlandse steden, in: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Jg. 41 (1950), S. 187 ff.
- Klöpfer, R. Der geographische Stadtbegriff, in: Geographisches Taschenbuch 1956/57, S. 453 ff.
- Klüber, H. Industriekreise, in: Die Öffentliche Verwaltung, Jg. 1953, S. 117 ff.
Die kommunalen Zweckverbände und die sonstigen Gemeinschaftsorganisationen, in: Handbuch der kommunalen Wissenschaft und Praxis, Bd. 1, Berlin/Göttingen/Heidelberg 1956, S. 541 ff.
Wege zur Lösung gemeinsamer Aufgaben der Stadt und ihres Umlandes, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 12 (1954), S. 74 ff.
- Knibbe, H. Großstädtische Agglomerationen, in: Die Statistik in Deutschland nach ihrem heutigen Stand, F. Burgdörfer (Hrsg.), Bd. 1, Berlin 1940, S. 214 ff.
Die Großsiedlung Hannover, Die wirtschaftliche Verflechtung der politischen Stadt mit dem Vorraum, Mitteilungen des Statistischen Amtes der Hauptstadt Hannover, Neue Folge Nr. 9, Hannover 1934
- Kok, R. Isochronenkaarten voor het locale en regionale openbaar personenvervoer van s'Gravenhage, in: Tijdschrift voor Economische en Sociale Geografie, Jg. 42 (1951), S. 261 ff.
- Kühn, A. Conurbation in Großbritannien, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 37 (1953), S. 225 ff.
- Landsberg, O. Eingemeindungsfragen, Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Heft 2, Breslau 1912

- Leyden, v. Das Problem der Großgemeinde, in Gegenwartsfragen der Kommunalverwaltung, 1929, S. 41 ff.
- Leyden, F. Groß-Berlin, Geographie einer Weltstadt, Breslau 1933
- Loschelder, W. Gutachten über die Raumprobleme der Stadt Kiel, u. H. Storck, Magistrat der Stadt Kiel (Hrsg.), Kiel 1955
E. Mäding
- Martiny, R. Die Grundrißgestaltung der deutschen Siedlungen, in: Petermanns Mitteilungen, Ergänzungsheft 197, 1928
- Mayer, R. Der geographische Stadtbegriff, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 11 (1943), S. 446 ff.
Die Grenzen der Stadt Graz, 23. Jahresbericht des Ersten Bundes-Realgymnasiums in Graz, Graz 1935
Methoden zur Bestimmung der Stadtgrenzen, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 4 (1936), Halbbd. 1, S. 548 ff.
- Meynen, G. u. Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: F. Hoffmann Geographisches Taschenbuch 1954/55, S. 418 ff.
- Mitteis, H. Deutsche Rechtsgeschichte, 3. Aufl., München/Berlin 1954
- Nieden, zur Der Industriekreis und sein Verhältnis zur Großstadt, Das Eingemeindungsproblem, in: Constantin-Stein (Hrsg.), Die deutschen Landkreise, Bd. 1, Berlin 1926, S. 141 ff.
- Olbricht, K. Die deutschen Großstädte, in: Petermanns Mitteilungen, Jg. 59 (1913), Halbbd. 2, S. 57 ff. u. Tafel 12
- Owtschinnikow, A. Die russische Volkszählung vom 6. Januar 1937, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 26 (1936/37), S. 439 ff.
- Pagenkopf Die dezentralisierte Selbstverwaltung, in: Jahrbuch für Kommunalwissenschaft, Halbjahresbd. 2, 1934, S. 94 ff.
- Peter, H. Regionalplanung im Kanton Zürich, Zürich 1945
- Peters, H. Lehrbuch der Verwaltung, Berlin 1949
- Planitz, H. Die deutsche Stadt im Mittelalter, Graz/Köln 1954
- Ratzel, F. Anthropogeographie, Bd. 2, 2. Aufl., Stuttgart 1912
Die geographische Lage der großen Städte, in: Jahrbuch der Gehe-Stiftung, Bd. 9, 1903, S. 33 ff.
- Reichl, J. Die Agglomerationen der deutschen Großstädte 1910 - 1925, in Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 18 (1929), S. 37 ff.

- Richthofen, F.v. Vorlesungen über Allgemeine Siedlungs- und Verkehrsgeographie, O. Schlüter (Hrsg.), Berlin 1908
- Rostow, W. W. Stadien wirtschaftlichen Wachstums, Göttingen 1960
- Rubić, I. Geografsko određivanje okolice grada (The geographical limitation surrounding a town), in: Geografski Glasnik, Bd. 11/12 (1949/50), Zagreb, S. 45 ff.
- Schlüter, O. Bemerkungen zur Siedlungsgeographie, in: Geographische Zeitschrift, Jg. 5 (1899), S. 65 ff.
- Schmid-Renner, G. Ökonomisch-geographische Grundsatzfragen der Städtebildung, in: Geographische Berichte, Jg. 3 (1958), S. 16 ff.
- Standort, Stadt und Territorium, in: Geographische Berichte, Jg. 3 (1958), S. 106 ff.
- Schmoller, G.v. Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, Teil 1, 1. - 3. Aufl., Leipzig 1900
- Schoeberg, H. Wuppertal, Eine moderne Umgemeindung, geographisch betrachtet, Zugleich ein Beitrag zur Geographie dieser Stadt, Diss. Köln 1935
- Schöller, P. Beiträge zur geographischen Stadtabgrenzung, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 168 ff.
- Aufgaben und Probleme der Stadtgeographie, in: Erdkunde, Jg. 7 (1953), S. 161 ff.
- Schott, S. Die großstädtischen Agglomerationen des Deutschen Reiches 1871 - 1910, Schriften des Verbandes deutscher Städtestatistiker, Heft 1, 1912
- Großsiedlungen (großstädtische Agglomerationen), in: Statistisches Jahrbuch der deutschen Städte, Jg. 24 (1929), S. 66 ff.
- Wachstum der deutschen Großstädte seit 1871, in: Jahrbuch Deutscher Städte 1903, S. 129 ff. u. 1904, S. 18 ff.
- Schrepfer, H. Zur Geographie der Großstadt und ihrer Bevölkerung, in: Zeitschrift für Erdkunde, Jg. 12 (1944), S. 264 ff.
- Schroll, H. Über Eingemeindungsprobleme der deutschen Großstädte, Diss. Breslau 1933
- Schubert, G. u. W. Schlitt Stadt-Umland-Probleme des Städtebaues, in: Raumforschung und Raumordnung, Jg. 14 (1956), S. 118 ff.
- Schwarz, G. Allgemeine Siedlungsgeographie, 2. Aufl., Berlin 1961

- Sirp, E. Methoden zur Abgrenzung von Stadt und Umland, in: Berichte zur Deutschen Landeskunde, Bd. 14 (1955), S. 38 ff.
- Sombart, W. Der moderne Kapitalismus, Bd. 1, 2. Aufl., München 1916, Bd. 2, 6. Aufl., München 1924, Bd. 3, Halbbd. 1, 4. Aufl., Berlin 1955
Der Begriff der Stadt und das Wesen der Städtebildung, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 25 (1907), S. 1 ff.
Städtische Siedlung, Stadt, in: Handwörterbuch der Soziologie, A. Vierkandt (Hrsg.), Stuttgart 1931, S. 527 ff.
- Smith, A. An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations, Vol. 2, 11. Aufl., London 1805
- Stadtregionen in der Bundesrepublik Deutschland, Forschungs- und Sitzungsberichte der Akademie für Raumforschung und Landesplanung, Bd. 14, Bremen 1960
- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg (Hrsg.) Die Wirtschaftskraft des Landes Baden-Württemberg und seiner Stadt und Landkreise, Methoden und Ergebnisse regionaler Sozialproduktsberechnungen, Statistik von Baden-Württemberg, Bd. 48, Stuttgart 1958
- Strölin Raumprobleme im Bereich der Großstadt, unveröffentlichtes Manuskript, 1941
- Turegg, K.E.v. Kommunale Großkreise, in: Demokratische Gemeinde, 1951, S. 160 ff.
- Voigt, H. Untersuchung über das Umland der Stadt Kiel, Niederschrift eines Beitrages zu den von der Bundesanstalt für Landeskunde durchgeführten Arbeitsbesprechungen zur Abgrenzung von Stadt und Umland im Frühjahr 1953, Remagen 2.3.1953 (verv. Manuskript)
- Wagner, H. Lehrbuch der Geographie, 9. Aufl., Hannover/Leipzig 1912
- Weber, M. Die Stadt, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, Bd. 47 (1920/21), S. 621 ff.
- Wehner, B. Grenzen des Stadtraumes vom Standpunkt des innerstädtischen Verkehrs, Diss. Berlin 1934
- Willing, G. Verwaltungsprobleme des städtischen Großraumes, Diss. Kiel 1954
- Joshimura, S. The rate of land cultivation as an indication of the boundary of a large city with special reference to Tokyo, in: Comptes rendus du Congrès international de Géographie Amsterdam 1938, Leiden 1938, Teil II sect. V, S. 196 ff.

Sonstiges

Demographic Yearbook 1948, United Nations (Hrsg.), Lake Success/New York 1949

Fifteenth Census of the United States: 1930, Metropolitan Districts, Population and Area, Washington 1932

Münchener Statistik, Statistisches Amt der Landeshauptstadt, 1955

Report of the Proceedings of the 4th Session of the International Statistical Congress in London 1860, London 1861

Rheinland-Pfalz, Grundlagen zur Raumplanung, Landesplanung Rheinland-Pfalz (Hrsg.), 1954

Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1959/60

Statistisches Jahrbuch der Stadt Linz 1953, Statistisches Amt der Stadt Linz (Hrsg.), 1954

LEBENS LAUF

Am 11. August 1933 wurde ich als Sohn des Stadtinspektors Josef Mantke und dessen Ehefrau, der Lehrerin Maria Mantke, in Beuthen O/S geboren.

Nach dem Besuch der Volksschule ging ich auf die Oberrealschule in Beuthen, alsdann auf die Realschule Herzberg/Harz und schließlich auf die Oberrealschule Osterode/Harz. Die Reifeprüfung bestand ich 1955 in Osterode.

In der Folge studierte ich Rechtswissenschaft und Volkswirtschaft an den Universitäten Freiburg i.Br. und Köln. 1959 legte ich in Freiburg i.Br. die Erste juristische Staatsprüfung und 1964 in Stuttgart die Zweite juristische Staatsprüfung ab. Seitdem bin ich als Rechtsanwalt tätig.

